

An:

Von:  
GG/BO-Soligruppe Jena  
c/o Infoladen Jena  
Schillergässchen 5  
07745 Jena

Jena, 6. September 2016

Liebe GG/BO-ler und widerständige Häftlinge!

Ihr haltet unser viertes Info-Bulletin in der Hand! Wir haben alle Infos zusammengestellt, die wir so auftreiben konnten. Lest es durch und schickt uns gerne ein Feedback an

GG/BO-Soligruppe Jena  
c/o Infoladen  
Schillergässchen 5  
07745 Jena

Wir möchten auf einige Sachen besonders hinweisen:

Diesen Juli gab es **in Würzburg einen Hungerstreik** von 40 Gefangenen. Sie haben 10 Tage lang durchgehalten. Damit haben sie einen der größten kollektiven Hungerstreiks der letzten Jahrzehnte durchgezogen. Mehr Infos dazu im Teil zu Widerständen und Kämpfen im Knast.

Die **Verweigerung des Mittagessens in der JVA Tonna** geht weiter! Wir werden diesen Protest weiterhin unterstützen und dazu die Tage noch einen Text rausgeben. Je mehr ihr uns dabei helft, desto besser können wir das tun. Jungs, lasst euch nicht kleinkriegen!

Für den 9. September haben wir als GG/BO vor dem US-amerikanischen Konsulat in Leipzig eine **Solidaritätskundgebung für die US-amerikanischen Gefangenen** organisiert (den Aufruf der GG/BO findet ihr bei „Solidarität von drinnen und draußen“). Sie beginnen an dem Tag einen USA-

weiten Streik, d.h. Arbeitsniederlegung, gegen die Knast-Sklaverei. Das wird einer der größten Gefangenen-Kämpfe nicht nur in der Geschichte des US-amerikanischen Gefangenenwiderstands, sondern weltweit werden. Falls ihr Solidaritätsaktionen oder -schreiben für die inhaftierten Arbeiter und Mitkämpfer machen wollt, meldet euch gerne. Wir helfen, das zu publizieren.

Am 12. September findet unser **monatliches Briefeschreiben** an Gefangene statt.

Ansonsten geht es in **Thüringen** voran: Wir haben mittlerweile Kontakt in drei Knäste – Untermaßfeld, Tonna und Suhl – und bauen Kontakt nach Arnstadt in den Jugendknast auf. Falls ihr mit Kontakten helfen könnt, meldet euch! In Tonna werden es immer mehr Mitglieder. Weitere Neumitglieder sind immer willkommen. Mitgliedsanträge schicken wir gerne rein.

Wir haben die Infos wie gewohnt einmal in 5 Kapitel untergliedert

1. Kämpfe und Widerstände im Knast (Seite 3)
2. Aus den sozialen Kämpfen in den Knast (Seite 23)
3. Repression hinter Gittern (30)
4. Gefängnis-News (Seite 36)
5. Solidarität von draußen und drinnen (Seite 42)
6. Suizide und Todesfälle (Seite 48)

# (1) Kämpfe und Widerstände im Knast

## Diskussion zu Hungerstreiks und Arbeitsstreiks

Peter Nowak, der in verschiedenen Zeitungen (Neues Deutschland, Jungle World, Freitag) schon solidarische Artikel zur GG/BO geschrieben hat und in seinem letzten Buch „Ein Streik steht, wenn mensch ihn selber macht“ auch ein Interview mit Olli Rast, einem der Gründer der GG/BO und in der Berliner Soligruppe, abgedruckt hat, hat neulich das neue Buch von Sabine Hunziker zur Geschichte des Hungerstreik rezensiert. Darin erwähnt er auch die GG/BO und ihre Möglichkeit, das Repertoire von Kampfformen vom Hungerstreik auf den Bummel- oder Arbeitsstreik zu erweitern.

Dazu passt ganz gut ein Artikel der im Juni in den USA veröffentlicht wurden. Die Autorin zeichnet nach, wie Häftlinge merken mussten, dass Hungerstreiks nur begrenzt effektiv sind. Denn der Hungerstreik appelliert ja letzten Endes an die Moral des Staats. Eine Moral, die der Staat gar nicht hat. Entsprechend orientierten sich die rebellischen Häftlinge in den USA um und fingen gezielt wilde Arbeitsstreiks an. Die tun Staat und Kapital richtig weh und bauen wirklich Druck auf. Der Artikel ist weiter unten auf Englisch abgedruckt.

### Kurze Geschichte der Hungerstreiks

8. Juli 2016, von Peter Nowak

Quelle: <https://www.freitag.de/autoren/peter-nowak/kurze-geschichte-der-hungerstreiks>

Sabine Hunziker Die Schweizer Publizistin gibt einen Überblick über eine Kampfform, bei dem die Menschen ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen und die nicht nur im Knast angewandt wird.

Ein Blog-Beitrag von Freitag-Community-Mitglied Peter Nowak

Die Ereignisse um die von der Polizei seit über eine Woche belagerte Rigaer Straße 94 ist ständiges Medienthema. Doch kaum erwähnt wird der Hungerstreik des Künstlers Olaf Bahn (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/183708>), der seit dem 30. Juni aus Protest gegen die Polizeirepression und die Einschränkung von Mieter\_innenrechten seinen Platz am Rande des Dorfplatzes im Nordkiez von Friedrichshain nicht verlassen hat. Dass sein Hungerstreik bisher so wenig Resonanz bekam, liegt an der Spezifik einer Aktionsform, die erst das mediale Interesse bekommt, wenn Lebensgefahr für die oder den Hungerstreikenden besteht. Zudem stellt sich immer die Frage, nach den Alternativen.

„Es gibt nicht viele Möglichkeiten, im Knast zu protestieren. Die Verweigerung von Nahrung – oft Hungerstreik oder Hungerfasten genannt, ist eine davon“, schreibt die Schweizer Journalistin Sabine Hunziker in der Einleitung ihres kürzlich im Unrast-Verlag erschienenen Buches, das den Anspruch, eine „Einführung zum Hungerstreik in Haft“ zu geben, erfüllt. Der Buchtitel „Protestrecht des Körpers“ verdeutlicht, dass Menschen, die keine andere Möglichkeit zum Widerstand haben, ihren Körper zur Waffe machen. Das betrifft neben Gefangenen zunehmend auch Geflüchtete, die in den letzten Jahren mit Hunger- und teilweise auch Durststreiks auf ihre Situation aufmerksam machen. So besetzten im Sommer 2010 Geflüchtete gemeinsam mit antirassistischen Unterstützern einen Platz in der Nähe der Schweizer Bundesregierung in Bern. Um ihren Forderungen nach einem Bleiberecht Nachdruck zu verleihen, traten 3 iranische Geflüchtete in einen Hungerstreik, der mehrere Wochen andauerte. Hunziker begleitete die Aktion, erlebte wie die gesundheitliche Situation der AktivistInnen immer kritischer wurden und wie sie noch lange nach dem Abbruch der Aktion mit den körperlichen Folgen zu kämpfen hatten. „Aus dem Spital entlassen, versuchten die Iraner in der Wohnung einer solidarischen Person eine Suppe zu essen, die sie bald wieder erbrachen“, schreibt Hunziker. Nach diesen Erlebnissen war stellte sie sich die Frage, warum Menschen zu dieser Kampfform greifen. In dem Buch sammelt sie viele Zeugnisse von Hungerstreikenden aus den unterschiedlichsten sozialen und politischen Kontexten. AktivistInnen aus Kurdistan, Nordirland und der Schweiz kommen ebenso zu Wort wie ehemalige Gefangene aus militanten Gruppen in der BRD. Dabei wird deutlich, dass es ein Kampf um Menschenwürde geht. „Wir machen hier einen Hungerstreik, um zu zeigen: dass wir nicht jede Schweinerei hinnehmen werden ohne zu mucken“, schrieb eine Gruppe weibliche Gefangener aus den bewaffneten Gruppen RAF und „Bewegung 2. Juni“ im Jahr 1973. Der Wiener Mathematiker Martin Balluch begründete seinen Hungerstreik nach seiner Verhaftung wegen seiner Aktivitäten in der Tierrechtsbewegung im Jahr 2008: „Der unmittelbare Anlass war meine Hilflosigkeit, in der ich dieser Ungerechtigkeit gegenüberstand.“ Der politische Aktivist Fritz Teufel, der sich auch an mehreren Hungerstreiks beteiligte, suchte schon in den 70er Jahren nach Alternativen zu einer Kampfform, in der es schnell um Leben und Tod geht. Die Gefangenengewerkschaft könnte eine solche Alternative bieten. Nicht ihr Körper sondern ihre Arbeitskraft, die sie auch hinter Gittern besonders billig verkaufen müssen, könnte dann zur Waffe werden. Hunziker hat mit ihrer kleinen Geschichte des Hungerstreiks einen guten Überblick gesehen. Es ist zu hoffen, dass andere AutorInnen daran anknüpfen. Eine Geschichte der Hungerstreiks von politischen Gefangenen in den letzten fünf Jahrzehnten in der BRD muss noch geschrieben werden - Es wäre auch ein Stück der weitgehend vergessenen Geschichte der außerparlamentarischen Linken.

Peter Nowak

Sabine Hunziker Protestrecht des Körpers, Einführung zum Hungerstreik in Haft, ISBN 978-3-89771-585-1 März 2016, 106 Seiten, Unrast-Verlag, 9,80 Euro.

## **Forget Hunger Strikes. What Prisons Fear Most Are Labor Strikes**

Prisoners throughout Alabama and Texas reclaim their humanity—and power—by shutting down the economic infrastructure of their prisons.

Quelle: <http://www.yesmagazine.org/peace-justice/forget-hunger-strikes-what-prisons-fear-most-is-labor-strikes-20160607>

7. Juni 2016, von Raven Raki

On May 1, prison labor came to a halt in multiple prisons in Alabama, including Holman and Elmore prisons. Starting at midnight that day, prisoners stayed in their dormitories—refusing to show up for work at their assigned posts: the kitchen, the license plate manufacturing plant, the recycling plant, the food processing center, and a prison farm.

The prisoners' demands were pretty simple: basic human rights, educational opportunities, and a reform of Alabama's harsh sentencing guidelines and parole board.

The strike in Alabama was just the latest in a series of strikes at U.S. prisons. On April 4, at least seven prisons in Texas staged a work strike after a prisoner sent out a call with the help of outside organizers. About a month earlier, prisoners in multiple states including both Texas and Alabama, as well as Virginia and Ohio, called for a national general strike among prisoners on Sept. 9, 2016, the 45th anniversary of the Attica Rebellion, where guards and inmates died during a prison revolt in upstate New York.

The labor strikes are a turn from the most familiar type of political protest behind bars: the hunger strike. While hunger strikes pull at the moral heartstrings of the public, work stoppages threaten the economic infrastructure of the prison system itself.

The strike in Alabama was organized by the Free Alabama Movement, a nonviolent grassroots organizing group created by prisoners that focuses on the human rights of Alabama's imprisoned. Not only does Alabama have one of the highest incarceration rates in the United States, but it also has one of the most overcrowded prison systems. The system's current population sits at about 80 percent over capacity. With nearly double the inmates that the prisons were designed to hold, the packed prisons produce violence, unsanitary conditions, and medical neglect.

"We view prison labor as real slavery...[in] 1865 when the 13th Amendment was ratified...they started the first wave of mass incarcerating black people," said Melvin Ray, co-founder of the Free Alabama Movement. In the years after slavery, a formal prison system formed in the South. Some plantations were bought by the state and turned into prisons. "They use [these prisons] as a tool of control. They target African-American communities. They target politically conscious people, politically conscious organizations. And they use these prisons as a form of social control in addition to a plantation [that's] generating revenue."

In 2014, when Ray, along with Robert Council, founded the Free Alabama Movement, they organized a work stoppage at the Holman and St. Clair prisons. The strike at Holman prison, where Council was incarcerated, lasted from Jan. 1 to 22. Immediately afterward, both men were thrown into solitary confinement. Ray stayed there for more than a year and was just recently released to general population. Council remains in solitary confinement to this day.

Prison officials list a number of justifications for Council's segregation including that he allegedly administered the Free Alabama Movement Facebook group, and he was a leading and significant factor in the work strike.

In the past, hunger strikes have targeted solitary confinement. The well-known hunger strike in 2013, where tens of thousands of prisoners across California refused to eat for 60 days, protested the state's use of indefinite solitary confinement. It was coupled with other political organizing, including lawsuits and another smaller hunger strike in 2011. Two years after what was called the largest hunger strike in U.S. history, California agreed to limit its use of solitary confinement.

From Robben Island to Guantanamo to San Quentin, the hunger strike and the penitentiary seem attached to each other. Yet the organizers of the Free Alabama Movement have intentionally moved away from the practice.

In an essay titled "Let The Crops Rot in the Fields," Ray and Council laid out a plan for tackling mass incarceration. The essay argues that the old ways of protesting in prisons—including hunger strikes and letter-writing campaigns—are not sufficient. Instead, organizers should attack the economic incentive of prisons. The answer, then, is to stop working—and remove the corporate profit from the prison industrial complex. The title was a reference to work strikes conducted by people who were enslaved in the South.

Members of the Incarcerated Workers Organizing Committee, the prison-organizing group of the Industrial Workers of the World labor union, started sending copies of "Let The Crops Rot in the Fields" to prisoners in other states. The labor union, apparently the only current union that welcomes prisoners, has about 800 members behind bars across the country. The essay has inspired prisoners in Virginia, Ohio, and Mississippi to organize to participate in the National Day of Strike in September 2016 and, for Texas, to have organized a work strike of their own in April.

Ray and Council haven't always held these views. "Over the years we've tried a few other different things. We've tried letter-writing campaigns. We've tried marching, protesting, filing complaints in the court. We've tried basically all of the avenues that can be used that are made available to people who are incarcerated," Council said.

In 2007, the entire population at Holman prison, including Council, participated in a hunger strike. The prison was in a deplorable state—backed-up sewage issues, mold on the walls, collapsed and rusted pipes. The prisoners demanded that internal affairs and reporters be allowed inside the prison to document the conditions.

Ray and Council met in prison when they were both jailhouse lawyers, assisting other prisoners with filing lawsuits and complaints about the issues in the prison while also writing their own. As their incarceration continued and their lawsuits and grievances against

the prisons went nowhere, Council, Ray, and other prisoners began to have a change of heart on how to bring about change. “We were begging [officials] to please follow the rules. Please have mercy on me. We’re asking some people to have mercy that just don’t have any mercy,” Council explained. “That revelation brought us to the fact that you can’t appeal to the moral [part] of a system that doesn’t have morals.”

The sentiment echoes the thoughts of the late Stokely Carmichael, a civil rights leader and organizer with the Student Nonviolent Coordinating Committee, which led the civil rights movement among youth in the South. “In order for nonviolence to work, your opponents must have a conscience,” he famously said in 1967, two years after the assassination of Malcolm X and a year before Martin Luther King Jr. was killed. “The United States has none.”

Alex Friedmann, the managing editor of *Prison Legal News*, a publication of the Human Rights Defense Center, said, in an email, that prisons would “grind to a halt” without the use of prison labor. “The work strikes in the Alabama and Texas prison systems are a natural and predictable result of treating prisoners as slaves and benefiting—and often profiting—from their labor. If prison officials treat prisoners as slaves, then they should not be surprised when there are occasional slave revolts,” Friedmann said.

In prisons across the country, incarcerated people are paid as little as 15 to 45 cents an hour. Even worse, in Texas, the minimum wage for a prisoner starts at zero dollars. However, these wages aren’t always what employers are paying to hire prisoners. Employers in states like Alabama, Colorado, and South Carolina pay the federal hourly minimum wage for prisoner labor. However, the wage is paid to the state, and prisoners see only a fraction of that check. In Alabama, the Department of Corrections is authorized to take up to 80 percent of a prisoner’s income, half of which can go to “offset the costs of the inmate’s incarceration.”

Corrections departments across the country have laws stating they can take part or most of prisoners’ wages to pay for the upkeep of the prison or room and board. Incarcerating the highest rate of prisoners in the world comes at a cost, so states have increasingly used the prisoners’ own labor to lower prison costs. Prolonged work stoppages threaten to increase these costs and create a more expensive prison system—some states, like Alabama with its high budget deficit, simply can’t afford that.

Two weeks after May’s strike ended, the warden at Holman Correctional Facility, Carter Davenport, retired. Davenport had arrived at Holman in December 2015, and just three months later, a major prison uprising erupted where a prisoner stabbed him (he recovered). Before Holman, he was the warden at St. Clair Correctional Facility from 2010 to 2015. In 2012, he was suspended for two days after punching a handcuffed inmate in the face, according to an Alabama news site. Equal Justice Initiative, a nonprofit in Alabama, sued Davenport, as well as the Alabama Department of Corrections, in 2014 for facilitating a culture of violence at St. Clair (the lawsuit is ongoing). That same year, with violence at St. Clair increasing, the nonprofit called for Davenport to be replaced as warden.

Last year, Charlotte Morrison of the Equal Justice Initiative criticized Davenport’s leadership at St. Clair. “[Those] in charge of leading these facilities are creating abusive, dangerous environments,” Morrison said. “Warden Davenport, somebody who punched a handcuffed inmate in the face, that’s the kind of leadership he models. And what we see at the prison is control through intimidation and violence.” Prisoners at Holman had similar opinions about Davenport, so his retirement was a major victory for them.

The ADOC denies Davenport’s retirement resulted from the work strike or the March uprising; however, his removal was a goal for nonprofit advocates and prisoners alike. Now, he’s gone.

## Rückblick: Hungerstreiks von Gefangenen in Makedonien

In Makedonien kam es im September 2015 zu einer Hungerstreikbewegung unter den Gefangenen. In mehreren Haftanstalten forderten sie frühere Haftentlassung und protestierten gegen die krasse Überbelegung und schlechten Lebensbedingungen. In den Monaten darauf kam es zu Petitionen von Angehörigen und einer Petition von 2.200 Gefangenen an den Präsidenten. Diese wurde abgelehnt. Daraufhin begannen 106 inhaftierte Frauen aus dem Knast von Idrizovo am 25. April 2016 einen Hungerstreik. Für den 5. Mai wurde dann ein allgemeiner Hungerstreik in 13 Knästen geplant. Während die Behörden an dem Tag selbst jeglichen Hungerstreik leugneten, erschienen in der Presse Berichte davon, wie Häftlinge und ihre Angehörige vom Staat unter Druck gesetzt wurden, den Hungerstreik nicht durchzuführen. Es folgt ein Artikel auf Englisch mit mehr Hintergrundinfos:

### **Prisons in Macedonia: the Infected Wounds of a Fractured Social State**

30. Mai 2016, von Adela Gjorgjioska

Quelle: <http://www.criticatac.ro/lefteast/prisons-in-macedonia-the-infected-wounds-of-a-fractured-social-state/>

*Note from LeftEast Editors: This article has been published in collaboration with the web-portal [Bilten.org](http://bilten.org).*

A month and a half has passed since a Presidential blanket amnesty of over 50 corrupt government figures and their collaborators sparked social upheaval across Macedonia. The action laid bare deep societal rifts, cracked open by double legal standards, dividing on the one end a corrupt political class and their clients shielded by impunity, economic capital, and political power, and on the other the majority of citizens dispossessed of access to legal and social justice. Although public attention has focused on those protesting in the streets and the corrupt elite’s attempts to [castigate](#) them, other forms of protest were also sparked by the amnesty, by those who are already behind bars, the prisoners across the country’s overcrowded penitentiary system.

Already in September 2015, hunger strikes [spread](#) across Macedonia’s prisons, with prisoners demanding pardon for less serious crimes to combat overcrowding and inhumane conditions in the country’s jails. The initiative gained momentum following pressures

made by relatives of individuals imprisoned for up to 5 years. A large number of people, for example, had been arrested for transporting refugees across the country in the period before this was made legal in July 2015. The prisoners and their families started an initiative for submitting an amnesty bill to pardon inmates convicted of lesser crimes who have served 40% of their sentences. Following half a year of impasse, the Presidential amnesty for officials in mid-April produced an echo of amnesty demands such as a letter by 2,200 prisoners addressed to the President, asking for a reduction of their prison terms by 30-50%. Following his refusal to grant the pardon, on the excuse that the blanket amnesty of politicians had been in the national interest, which doesn't apply in the case of other prisoners, 106 female prisoners from the main prison in Idrizovo went on hunger strike on the 25th of April whilst a more general strike across 13 penitentiaries across the country was scheduled for the 5th of May. However, on the day of the scheduled strike, reports came from the management of the main prison in Skopje (Idrizovo), denying that the strike had taken place, and media circulated reports of attempts at coercing the convicts and their families against striking, with threats of subjecting them to worsened conditions in prison, or promising reductions of penalties in exchange for their foregoing of the strike.

Three key issues were exposed with the prisoners' demands and the subsequent Presidential refusal to grant them an amnesty. The first one relates to the selective justice, which was exposed through the impunity reserved for over fifty members of the corrupt political elite. Amongst those pardoned were individuals pardoned for up to 16 charges. The amnestied charges ranged from covering up murder, rigging elections and massive embezzlement of public property and money. Juxtaposed with the absence of leniency in granting reduced sentences for less serious crimes, which pale in comparison to those committed by members of the corrupt elite, the vulgar extremes of selective justice in the country were illuminated.

Secondly, the prisoners' demands exposed the dire conditions in the country's penitentiary institutions. Indeed, one of the key arguments put forward in the case for the amnesty have been the substandard conditions in Macedonia's prisons. [According](#) to the Helsinki Committee of Human Rights for Macedonia, there is overcrowding of 156%, with 156 people on average accommodated in spaces that can take only 100. As of 12th of April 2016, the number of people in one of the 13 penitentiary institutions across the country is 3,446 whilst the capacity for accommodation is 2,026. *(There is a discrepancy between the figures provided by the Helsinki Committee, and the Directorate for the Execution of Sanctions within the Ministry of Justice, with the former saying the capacity is 2026 as of April 2016 and the latter 2519 as of January 2016)*. In addition to overcrowding, the Helsinki Committee reports also on inadequate healthcare, inefficient legal support, failure to implement re-socialization programs, bad hygiene, infestation and abuse by the prison management. Additionally, their reports confirm that almost everything can be bought from the prison, from mobile phones and drugs to conditional release to better accommodation in the prison.

Indeed, the Council of Europe's anti-Torture committee had on multiple occasions following their site visits [confirmed](#) that conditions are substandard and require urgent improvement. It was such alarms that paved the way for the Council of Europe's Development Bank (CEB) granting of a €46-million loan to the Macedonian Ministry of Justice in 2010, to renovate the existing facilities and building [new ones](#) in the central prison facility in Idrizovo in order to increase the capacity from 900 to over 1,600 people, alongside revamping facilities across the rest of the country. However, in spite of claims by the Ministry of Justice made in 2010, that this "Project for Reconstruction of the Penitentiary Institutions" would be completed by 2012, it has still not been completed four years after the deadline.

Meanwhile, in spite of the availability of the CEB loan for over 6 years, and in spite of reported reconstruction work in the intervening period (in 2013, the Ministry signed a contract with the private Slovak construction firm Chemkostav to revamp the existing prison blocks and build new facilities at the main prison in Skopje, with a scheduled finish of September 2015), the total capacity in the penitentiary institutions has in fact decreased from capacity of 2,531 in November 2015, to a capacity of 2519 in January 2016, as reported by the very institution responsible for implementing the Project, the Directorate for the Execution of Sanctions, a body within the Ministry of Justice.

In a political context marred with high levels of embezzlements of public funds and corruption amongst the political class as confirmed in recent [wiretaps](#), the inability to efficiently put to use the €46-million loan raises questions as to the possible mishandling and/or misappropriation of these funds. What is also highly worrying is the absence of a mechanism by the loan provider, the CEB, for tracking the use of the money towards the project's implementation. Indeed, in response to a question on this specific issue, the CEB Communications Unit confirmed "the Evaluation Department has not yet undertaken evaluations of CEB-financed projects in the penitentiary sector." Furthermore, they confirmed that the project is being delayed, citing economic slowdown as the cause: "Considering the economic slowdown and resultant budget retrenching in Skopje, the implementation of the project did not advance as originally planned. As a result, the overall project is now being restructured with Technical Assistance funded by the EU/Western Balkans Investment Framework, with the aim to complete the whole project under a new timetable. The CEB is closely monitoring the process in terms of progress reports, procurement, environment and other social safeguards."

It is questionable however how an "economic slowdown" can affect a loan, which is already granted and which should have been in the process of implementation for over 6 years now. The outcome is all the more concerning considering that similar penitentiary sector projects have also been funded by the same institution across the region. It shows not only the incapacity of government to put to appropriate use the existing funds, but also the inability of European institutions to monitor and advance the project's implementation. Secondly, the questionable use of funds points to the possibility of appropriation of funds from loans for further enriching of corrupt elites and their further empowerment. Beyond such familiar concerns with the implementation of EU projects, the EU financing for expanded prison capacity across the region has possible implications for the financialization of the prison system, which could in fact serve as a prelude to privatization of prisons in South East Europe.

The question of capacity and substandard conditions in the penitentiary sector is only in part caused by the institutional incapacity to address these challenges even when the funds are available. The second part of the problem relates to the fact that the justice system

is sending more people to prison, and for longer periods, than the prison capacity allows. This problem requires that in addition to the problem of capacity, the causes of prison overcrowding are also addressed in relation to the crime levels in the country and their rootedness in the degradation of the welfare state in the years following the onslaught of neoliberalism and the accompanying state capture in the hands of corrupt establishment figures, especially during the last 10 years under the leadership of the governing coalition of DPMNE and DUI.

According to the Directorate for the Execution of Sanctions, the number of convicts in prisons has been on a consistent rise, having increased by 46% from 2010 to 2016. That the convicts represent “categories trapped in the margins and cracks of the new neoliberal economic and moral order,” (Wacquant), is apparent from the spread of prison convicts according to the type of transgression. According to the [latest figures](#) out of a total 3,016 convicts, in 2014, the largest majority of 1,303 prisoners falls under the category of Crimes against Property. This is a category where we find robberies, most likely inflicted by those most badly affected by poverty and the inability of the welfare state to answer their needs. Another subcategory in this group is also the theft of electrical energy, which is directly related to the privatization and monopolisation of electricity provision in the country, which has resulted in widespread energy poverty across the country.

The second largest category of convicts consists of 466 convicts imprisoned for Crimes against Health. It is here that we find a subcategory of drug addicts, which in the state’s inability to open and manage appropriate rehabilitation centers means that the large majority is being sent to prisons.

It is such categories of unemployed, drug addicts, homeless and poor people which are the living incarnation of the generalized social insecurity produced by the erosion of the welfare state and the decomposition of the social solidarities (Robert Castel). Additionally, in the Macedonian context, the capturing of the institutions by the trio formed of the police, the judiciary and the prisons in the hands of political party clientelism and corruption, means that those with least connections with the political parties, and those with the least finances available for bribes, are also the most likely to become victims of the penal system, whilst those responsible for serious crimes enjoy impunity or at least a privileged position within the penal hierarchy. Considering the political nature of the prison problem, the division between political and criminal prisoners becomes blurred in a system where the combination of corruption, clientelism, and a collapsed welfare state makes a good majority of those imprisoned suitable for the qualification of political prisoners.

With this in mind the first step in the direction of addressing the wider problem is to resist the neoliberal temptation of succumbing to a logic, which solely considers individual responsibility in isolation of the wider collective and political irresponsibility of the failed social contract. An approach which considers only the question of prison capacity in isolation from the deeper societal and ideological causes of prison overpopulation, would signify the creation of incentives for more imprisonment, as the penal system turns into another profit making enterprise another public institution to be privatized or another source for misappropriation of public funds. Correspondingly, the solution of Macedonia’s overcrowded prisons, requires a two pronged approach, one which in parallel to the provision of more humane conditions in prisons also addresses the deep causes of overcrowding and starts considering its prisons as wounds of a welfare state fractured and collapsed under the offensive of neoliberal economic inequality, political clientelism and corruption.

While some in the prison reform movement may welcome the expansion of capacity to decrease overcrowding, the experience in general of such expansions has simply meant an expansion of the prison population itself (with little to no relief in terms of overcrowding); this is especially true in cases where the prison system itself becomes a substitute for social welfare provision, mental health programs, and a coherent anti-poverty and anti-homelessness policy.

*Adela Gjorgjioska is a PhD Student living in Rome, researching the social representations of human rights and justice. Her research interests include contemporary radical politics, social representations of the Left and of the Ottoman Empire, and conflict resolution.*

## **USA: Wilde Streiks und Aufstände in den Knästen gehen weiter, USA-weiter Aktionstag gegen Knast-Sklaverei steht an**

Anfang Juni Hungerstreik im Knast von Wisconsin gegen die Iso-Haft. Die Knastleitung reagiert durch Zwangsverlegung und Zerschlagung der widerständigen Gefangenenkerne sowie die Folter der Zwangsernährung. 2. August Aufstand im Knast von Holman. Dort hatte es im März schon zwei große Gefangenenrevolten gegeben, in denen mehrere Trakte übernommen wurden, ein Wärter abgestochen und der Direktor durch einen Messerstich verletzt wurden. Dieses Mal wurde ein Schlafsaal übernommen und abgefackelt. Es wurden Barrikaden aufgebaut und kam zu Kämpfen mit der Polizei. Die Spannung steigt vor dem USA-weiten Streik- und Aktionstag der Gefangenen gegen die Knast-Sklaverei. Mehr dazu siehe den Aufruf der GG/BO zu einer Solidaritätskundgebung im Teil zur Solidarität von drinnen und draußen. Es folgen die englischen Artikel in voller Länge.

### **Wisconsin Prisoner Hunger Strike Enters Second Week, Spreads to Multiple Facilities.**

Quelle: <https://itsgoingdown.org/wisconsin-prisoner-hunger-strike-enters-second-week-spreads-multiple-facilities/>  
18. Juni 2016

*From Support Prisoner Resistance*

Prisoners who called for the “Dying to Live” June 10th food refusal campaign have not given up their protest, despite retaliation from the Wisconsin Department of Corrections (DOC) and increasing health concerns. Last week seven prisoners vowed to refuse to eat

until the DOC moves toward eliminating their practice of long term solitary confinement. Some prisoners began refusing food early so that their hunger strike would be officially recognized by the 10th. At least one prisoner, named Ras Atum-ra Uhuru Mutawakkil (s/n Norman Green) has been refusing food since June 5th.

The DOC has responded by separating the prisoners to make a negotiated resolution of the protest impossible. Mutawakkil was transferred from Waupun to Columbia CI before the strike officially began, he has not yet received his property and Columbia officials deny that anyone is refusing food at their institution. Of the declared hunger strikers, two remain at Waupun CI, where the protest originated. Two others have been moved to Columbia CI, and one to Green Bay CI. LaRon McKinley, who has been in Administrative Confinement for more than 27 years and remains determined to participate in this protest, despite health concerns. Cesar DeLeon, one of the first hunger strikers who has been on AC in Waupun for years, has complained of stomach problems, which the hunger strike has exacerbated. The water at Waupun is known to contain high levels of copper and lead, and DeLeon is demanding uncontaminated water.

Calls from both concerned citizens and state representatives to the DOC have been either ignored or sent to DOC public relations officer Tristan Cook, who says the DOC is monitoring the situation, but will not admit how many prisoners are refusing food, or what the official DOC policy is for dealing with hunger strikes. In April, another prisoner at Waupun CI named Robert Tatum went on a hunger strike lasting fourteen days, after which he was force fed by staff, even though he had given up the strike and eaten a meal when threatened. The American Medical Association and United Nations have unequivocally condemned force feeding a conscious and resisting "patient" as very dangerous and medically unethical.

Outside supporters have been monitoring the situation calling the DOC and demanding that they negotiate with the hunger strikers and organizing support rallies. Next Tuesday, they plan to hold a vigil outside of the DOC offices in Madison. If the DOC remains intransigent, they will deliver a public letter to DOC central office in Madison and demand a response.

### **July 5th Solidarity Action Against Wisconsin Torture Practices**

Quelle: <https://supportprisonerresistance.noblogs.org/post/2016/06/29/july-5th-solidarity-action-against-wisconsin-torture-practices/#more-637>

29. Juni 2016

On Tuesday July 5, employees of the Wisconsin Department of Corrections (DOC) will return from a long holiday weekend of cooking out and summertime patriotism to a day of protest at their workplace. Starting before the office opens and continuing until the DOC commits to stepping down from the use of long term solitary confinement, we will protest in fierce solidarity with the prisoners who have been refusing food since early June.

Cesar DeLeon, LaRon McKinley Bey, Uhuru Mutawakkil kicked off a hunger strike on June 5· they called it the "Dying to Live Humanitarian Food Refusal Campaign Against Torture." Dozens of prisoners were ready to join them initially, but DOC retaliation, harassment, transfers and threats divided and repressed many of them. Ten or so prisoners were on board on June 10 and 11, when supporters held the first rallies in Milwaukee and Madison.

On June 17, the DOC made good on their threats by force feeding the prisoners. Seven days without food is not long enough to seriously endanger the human body, and the risks of force feeding certainly exceed the benefit, so this action was clearly about torturing the prisoners to break their protest. Our most recent correspondence confirmed six prisoners are still refusing food, DeLeon and McKinley Bey, as well as Joshua Scolman, Parish Golden, Lamar Larry and Shirell Watkins. At least two, but possibly all of these people have been subjected to regular force feedings for the last ten days. There may be other participants in the hunger strike who remain isolated from the other prisoners and hidden by the DOC, who refuses to answer any questions at all. Uhuru Mutawakkil, who was transferred to Columbia CI to isolate him from the others, recently began accepting food again because his body and mind were not accepting the starvation and force feeding. He wanted to focus on drafting a specific proposal of new rules for the DOC to follow as well as lawsuits against the DOC for the force feeding.

[UPDATE 6/30: WI DOC has begun force feeding Joshua Scolman. He has a deviated septum so they could not get the tube down his nose, but kept trying until they burst blood vessels in his face. He was taken to the hospital because so much bleeding-stayed one and a half days with 3 intravenous tubes. Doctors said his liver is failing.

The DOC wants to implant the feeding tube in his stomach directly. They would rather perform a major surgery on a prisoner they have already hospitalized with their brutality than negotiate.

If you would like to get involved from afar, please donate to the Milwaukee IWW to help them mobilize for Tuesday.]

We support all of these prisoners and recognize that, whether they refused food for only one day or have endured swallowing a tube shoved up their nose by unfriendly DOC staff multiple times a day, they are resisting the practice of solitary confinement, and we will continue to resist alongside them.

There are many things in the works for July 5<sup>th</sup>, diverse tactics and actions are being considered and planned. We will have a picket



line that DOC employees will have to cross, there will be speeches and re-enactments of solitary confinement and torture endured by prisoners, mass call-ins and campaigns. Civil disobedience, banner drops and other more confrontational activities are on the table, but the organizers will maintain a lawful protest space as well, to protect the safety of formerly incarcerated and potentially undocumented participants to the best of our ability.

Leading up to the day of action, the Milwaukee IWW has begun a series of overpass banner actions to raise awareness. The Overpass Light Brigade will also do a solidarity demonstration. Over the holiday weekend there will be constant reminders that the US is not the land of the free and that Wisconsin prisons are torture chambers.

A broad coalition of prisoner support and advocacy groups have been coordinating support for the hunger strike, including the Incarcerated Worker's Organizing Committee of the Milwaukee IWW, Forum For Understanding Prisons, Ex-Prisoners Organizing, members of the faith-based WISDOM Network, and others.

Acts of solidarity in other states are encouraged, please send communiqués about them to [iww.milwaukee@gmail.com](mailto:iww.milwaukee@gmail.com). Thank you.

Please write to the prisoners. Do not mention the hunger strike specifically, or any organizing, the WI DOC is very aggressive and blocks mail on the thinnest pretext of it "causing disruptions":

Cesar Deleon #322800  
Lamar Larry #293906  
Rayshun Woods #390831  
LaRon McKinley #42642  
Joshua Scolman #422508  
Parish Golden #188323  
Shirell Watkins #359661  
Waupun Correctional Institute  
P.O. Box 351  
Waupun, WI 53963

Ras Atum-Ra Uhuru Mutawakkil (s/n Green) #228971  
Columbia Correctional Institute  
P.O. Box 900  
Portage, WI 53901

### **Wisconsin Prison 'Dying to Live' Hunger Strikers Continue Quest to End Prolonged Solitary Confinement – LaRon McKinley Bey**

Quelle: <https://supportprisonerresistance.noblogs.org/post/2016/08/10/wisconsin-prison-dying-to-live-hunger-strikers-continue-quest-to-end-prolonged-solitary-confinement-laron-mckinley-bey/>

10. August 2016

*From Arawak City Anarchist Black Cross, by Laron McKinley Bey, #42642*

In a nation that would not tolerate shutting in zoo animals 23-24 hours per day the State of Wisconsin has no compunction confining prisoners to indefinite isolative Administrative Confinement (AC) alone in a parking-space size cell for 164 of the 168 hour week. Such prolonged social, environmental, and occupational isolation and lack of stimulation is well known to pose a substantial risk of harm to mental and physical health.

Norman Uhuru Green and I, 2 of the longest standing Wisconsin prisoners held in this type of endless isolation at 18 years, and nearly 28 years respectively, together with Cesar DeLeon, form the 3 remaining original 'Dying to Live' movement hunger strikers who continue to refuse to eat or drink in hopes of forcing an end to the state's practice of indeterminate seclusion.

On June 7, 2016, a group of 10 Wisconsin prisoners in solitary confinement at the Waupun and Columbia correctional institutions began refusing nourishment to expose the inhumane conditions of their confinement, and to facilitate dignified treatment of all humans. Within a few weeks the Department of Corrections had obtained court orders to force-feed Uhuru, DeLeon, and I 3 times daily which entails being placed in full restraints, and then strapped into a 'restraint chair' and having a nasal-gastro tube inserted in one nostril to the stomach where a liquid mixture of nutrition is funneled. Besides violating the sanctity of our bodies, this procedure is an invalid state response to a dignified struggle and it can cause significant internal injury.

Despite this, our strength and morale remains high, and we are determined until we see substantive change.

Among our reasonable demands are a 1 year cap on the length of AC, and a 15 day cap on punitive isolation. A coalition for support of prisoners on the outside has carried our reasonable demands to the DOC officials and state legislation, which may lead to proposed

legislation on a negotiated settlement.

-Laron McKinley Bey, #42642

Waupun Correctional Institution

PO box 351

Waupun, WI 53963

### **Holman Prison Has Errupted Against, Prisoners Take Over Dorm**

Quelle: <https://itsgoingdown.org/holman-prison-errupted-prisoners-take-dorm/>

2. August 2016

*From Atlanta Anarchist Black Cross (ABC) and Incarcerated Workers Organizing Committee (IWOC) and It's Going Down*

Inmates at Holman in Alabama took over a dorm on August 1st, setting fires, and initially resisting the CERT team which was brought in to suppress the uprising. At this time, it remains unclear if the revolt has been completely put down, or if it is continuing. Mainstream media reports that guards have restored order but rebels on the inside have yet to describe the entire scene.

The revolt began when several prisoners and at least 1 CO were injured in an altercation which led to this most recent riot. As the altercation moved from fight to riot, a barricade was set up as the Cert Team arrived. The barricade was put in place in the C Dorm, which houses 114 prisoners. Power and water were shut off after the dorm was taken and the entire prison was put on lockdown. According to media reports, the revolt began around 3pm and last for about 6 hours, when CERT team officers entered back into the dorm without incident. As stated prior, it remains to be seen if this was, or is, the actual case.

Prisoners through various channels with outside anarchist rebels and members of support organizations are calling for news of this resistance to be spread. This is only the most recent in a series of rebellions at the prison, and it will not be the last! Those outside the prison walls are encouraged to get in touch with prisoners and get organized to support them.

In March of this year, the facility erupted in several rounds of riots and the stabbing of the warden, as inmates set fire to guard towers and took over dorm areas. The riots took place over the period of several days and brought a spotlight to the horrible conditions in the facility and also the growing radical movement of prisoners to organize against their conditions, which includes groups such as the Free Alabama Movement (FAM).

This latest riot also occurs against a backdrop of the fast approaching general strike of prisoners across the US on September 9th. On that day, prisoners have stated that they will strike against prison slavery; under the 13th Amendment, prisoners can legally be worked for free or next to nothing. This unpaid work generates massive profits for multi-national corporations and the US government and military. Prisoners are vowing to shut down prison facilities and refuse to work, as support organizations on the outside have vowed to act in solidarity.

## **Stralsund: Gefangene schicken Protest-Brief an Zeitung**

In Stralsund haben Gefangene einen Protest-Brief an die Ostsee-Zeitung geschickt, um so die Behörden unter Druck zu setzen, was gegen den knastinternen Drogenhandel und seine gesundheitlichen Folgen für die Häftlinge zu unternehmen.

### **Häftlinge: Gefängnis wird zum Drogen-Knast**

Insassen der Justizvollzugsanstalt Stralsund schreiben einen anonymen Brief an die OSTSEE-ZEITUNG und werfen dem Personal Willkür vor.

Quelle: [www.ostsee-zeitung.de/Vorpommern/Stralsund/Haeflinge-Gefaengnis-wird-zum-Drogen-Knast](http://www.ostsee-zeitung.de/Vorpommern/Stralsund/Haeflinge-Gefaengnis-wird-zum-Drogen-Knast)

18. Juni 2016, von Alexander Müller

Stralsund. Die Justizvollzugsanstalt in Stralsund hat ein Drogenproblem. In einem anonymen Brief an die OSTSEE-ZEITUNG beschreiben Gefangene, wie sich die gefährliche Droge „Spice“ im Gefängnis ausbreitet. Es ist bereits vom Drogen-Knast die Rede.

Grund seien Willkür und Ungerechtigkeiten der Vollzugsbeamten, meinen die Autoren des Briefes. Ein Insasse sei nach dem Konsum der Droge ins Krankenhaus gekommen. Beim Justizministerium MV ist das „Spice-Problem“ bekannt. Ein Sprecher bestätigte, dass seit Beginn des Jahres sechs Gefangene mit der Droge auffällig waren.

Alexander Müller

## **Erfolgreicher GG/BO-Protest gegen Fernseh-Zoo von RTL in Zeithain**

Anfang Juni skandalisierte die GG/BO in Zeithain gemeinsam mit der Soligruppe in Leipzig, dass die JVA-Leitung den Fernsehsender RTL Bilder von Gefangenen während Durchsuchungen schießen ließ, ohne dass diese dem zustimmen. Im Knast hat das ordentlich für Welle gesorgt, aber auch außerhalb. Im Landtag wurde eine Anfrage gestellt, ein paar Artikel sind dazu erschienen.

### **Schwere Verletzung der Persönlichkeitsrechte von Gefangenen durch RTL?**

Quelle: <http://ggbbo.de/schwere-verletzung-der-persoendlichkeitsrechte-von-gefangenen-durch-rtl/>

4. Juni

Am 24. Mai 2016 fanden mehrere Sicherheitskontrollen in den Hafträumen der JVA Zeithain statt. Dazu wurden nicht nur Zelleneinrichtungen abgebaut, sondern auch Gefangene körperlich untersucht. Der Verdacht liegt nahe, dass die Haftraumdurchsuchungen nicht der Sicherheit und Ordnung dienen.

„Das schlimme dabei war die Begleitung durch ein Kamera-Team von RTL (Das Jenke-Experiment)“ so Manuel Matzke, unser Sprecher der JVA Zeihain. Das Drehteam stellte, trotz mehrfachem Widerspruch der Gefangenen, die Aufnahmen nicht ein.

Uns erschließt sich nicht, warum die Gefangenen nicht um Einwilligung zu den Aufnahmen gebeten wurden. Spätestens beim Widerspruch hätte das Drehteam abbrechen müssen. Persönlichkeitsrechte gelten nicht nur in Freiheit. §76 Abs. 1 Sächsisches Strafvollzugsgesetz regelt klar, dass das Schamgefühl bei Durchsuchungen von Gefangenen, Sachen und Hafträumen zu schonen ist.

Das Justizministerium wird sich, auf eine von uns eingeleitete Anfrage, zu dem Vorfall positionieren müssen. Wie auch immer die Antwort aussehen mag, für uns steht fest, dass die Maßnahmen eine Inszenierung zugunsten von RTL waren. Die GG/BO verurteilt eine derartige Instrumentalisierung und fordert RTL auf, sich mit unserem Sprecher Manuel Matzke in Verbindung zu setzen.

Soligruppe Leipzig

Leipzig, 04. Juni 2016

Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Meier:

[Filmaufnahmen in der JVA Zeithain](#)

### **Aufregung um RTL-Dreh im Knast**

Der Sender dreht in der JVA Zeithain für eine Dokumentation. Das sorgt schon vor der Ausstrahlung für Ärger im Landtag.

<http://www.sz-online.de/sachsen/aufregung-um-rtl-dreh-im-knast-3437443.html>

7. Juli 2016

Zeithain. Die Gefangenen werden von Kopf bis Fuß abgetastet, die Hafträume nicht nur gründlich gefilzt, sondern sogar deren Einrichtung in ihre Einzelteile zerlegt. Die Justizbeamten gehen bei ihrer Sicherheitskontrolle an jenem Dienstag Ende Mai in der JVA Zeithain besonders gründlich vor. Gefilmt werden sie dabei durch ein Kamerateam des Fernsehsenders RTL – für die neue Staffel von „Das Jenke Experiment“.

Die Dokumentations-Reihe, in der der 50-jährige Reporter Jenke von Wilmsdorff teils in Selbstversuchen aktuelle gesellschaftliche Themen wie Alkoholmissbrauch, Armut oder Stress in den Fokus rückt, soll im Herbst ausgestrahlt werden. Zu welchem Thema in Zeithain gedreht wurde, gab der Sender auf Nachfrage der Sächsischen Zeitung allerdings nicht bekannt. Erst einige Wochen vor der Ausstrahlung werde RTL das Geheimnis lüften und hofft damit auf hohe Einschaltquoten. In der Vergangenheit verfolgten immerhin bis zu vier Millionen Menschen „Das Jenke Experiment“.

In Sachsen sorgen die jetzt bekannt gewordenen Dreharbeiten allerdings erst einmal für reichlich Wirbel und waren sogar Thema für den Landtag. „Obwohl die involvierten Insassen mehrfach zum Ausdruck gebracht haben sollen, nicht gefilmt werden zu wollen, wurden die Aufnahmen nicht eingestellt“, äußerte sich nämlich die Abgeordnete Katja Meier von der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr kritisch zu den Fernsehaufnahmen und forderte vom sächsischen Justizministerium eine offizielle Stellungnahme. Ins Rollen gebracht hatte die Diskussion die Gefangenen-Gewerkschaft GG/BO. Demnach hätten einige Häftlinge die Begleitung der Sicherheitskontrollen als „schlimm“ empfunden und den Verdacht geäußert, dass diese Kontrollen nicht allein der Ordnung und Sicherheit dienen, sondern eine Inszenierung für RTL war.

Das Ministerium aber dementiert. Laut Justizminister Sebastian Gemkow (CDU) wurden die Aufnahmen mit der Pressestelle des Ministeriums abgesprochen. Im Vordergrund habe bei den Dreharbeiten die Arbeitsweise der Sicherheitsgruppe Justizvollzug gestanden. Es handelte sich um routinemäßige Arbeiten. „Die Kontrolle fand nicht aufgrund der geplanten Filmaufnahme statt“, so Sebastian Gemkow. Zudem sei der Dreh letztlich nur ein kleiner Teil der RTL-Reportage.

Mit der Redaktionsleitung vom „Jenke Experiment“ sei vereinbart worden, dass der fertige Videoschnitt der Pressestelle des Ministeriums noch vor der Ausstrahlung zur Überprüfung zur Verfügung gestellt werde. Damit will das Ministerium einerseits die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Gefangenen sicherstellen und andererseits die Geheimhaltung sicherheitsrelevanter Dinge in der JVA Zeithain. Schon vor der Genehmigung von Filmaufnahmen wäge das Ministerium außerdem immer zwischen dem Informationsrecht der Presse und dem Schutz anderer, zum Beispiel privater Interessen ab. „Gegebenenfalls müssen die Personen,

deren Einwilligung nicht vorliegt, zum Beispiel durch grafische Verschleierung oder stimmliche Verfremdung derart unkenntlich gemacht werden, dass eine Identifizierung nicht möglich ist“, erklärte Sebastian Gemkow.

RTL selbst kann die Aufregung um die Dreharbeiten deshalb auch nicht nachvollziehen. „Selbstverständlich beachten wir bei jedem Dreh die Persönlichkeitsrechte der Beteiligten“, erklärt Unternehmenssprecher Christian Körner, „wenn jemand im Bild ist, der das nicht will, wird er gepixelt.“

Zudem sei alles mit den Behörden abgesprochen, „das sind ja keine Undercover-Einsätze.“ Er lässt allerdings durchblicken, dass es wohl einige Probleme beim Dreh in Zeithain gegeben habe, will vorab aber keine Details verraten. In der Sendung werde sich das alles aufklären.

## Über die Auswirkungen von Zwangsarbeit im Knast

Quelle: <http://ggbo.de/hannover-ueber-die-auswirkungen-von-zwangsarbeit-im-knast/>

5. Juli 2016

In Deutschland ist Zwangsarbeit erlaubt und wird immer noch großflächig verordnet – in den Justizvollzugsanstalten. Welche Auswirkungen hat die Zwangsarbeit im Knast auf die Gefangenen? Welche Auswirkungen hat sie auf die Familie draußen? Einen zusammenfassenden Überblick gibt uns im folgenden Kai Rollenhagen, Sprecher der GG/BO Sehnde.

1. Außerhalb der Justiz sind wir unseren Kindern gegenüber unterhaltsverpflichtet. Im Umkehrschluss sind also – wie draußen – unsere Kinder unsere ersten Gläubiger. Die Justiz stellt sich dazwischen und schöpft unsere Produktivität ab und unsere Kinder sind automatisch sozial benachteiligt. Draußen kann man Millionenschulden haben und die Kinder sind als Erste dran, wenn man Geld verdient. Hier kann man keinen Unterhalt zahlen und wenn man in der Altersarmut ist, versucht der Staat die Kinder zu verpflichten, für uns zu zahlen. Die größte Sauerei, die es geben kann!
2. Jeder fordert Reue und Wiedergutmachung vom Straftäter, dabei macht das perfide System die Zahlung von Entschädigungen völlig unmöglich.
3. Wer Schulden hat – und das sind im Knast die meisten – geht in die Privatinsolvenz und die Gläubiger setzen die entgangenen Summen wegen der niedrigen Rückzahlungsquoten von der Steuer ab. Also zahlt de facto der Steuerzahler unsere Schulden, obwohl wir zur Vollzeitarbeit gesetzlich verpflichtet werden.
4. Die fehlenden Rentenbeiträge führen dazu, dass trotz staatlich verordneter Vollbeschäftigung die Inhaftierten in die Altersarmut getrieben werden. So zieht sich der Staat die Rückfalltäter selbst heran. Herzlichen Glückwunsch zum Erhalt der Justizarbeitsplätze!!!
5. Lebenslängliche sind theoretisch bis zum Tode inhaftiert und können daher auf Auszahlung der gesammelten Tage „Freistellung als Anerkennung der Arbeit“ alle 10 Jahre pochen, weil sie ja theoretisch nicht mehr rauskommen.

Trotzdem werden sie verpflichtet, obwohl sie nie Arbeitslosengeld bekommen werden, in die Arbeitslosenversicherung einzubezahlen. Im Knast gibt es kein Arbeitslosengeld, wer nicht arbeitet der kann Taschengeld beantragen.

Wer aber außerknastliche Einkünfte hat kriegt niemals Taschengeld oder Arbeitslosengeld, obwohl er gezwungen wird, von seinem lächerlichen Lohn in die Arbeitslosenversicherung einzuzahlen. Also Abzocke.

Alle diese Punkte müssen dazu führen, dass Gefangene Mindestlohn und Rente bekommen, insbesondere damit ihre Kinder nicht benachteiligt werden. Der Geruch von Sippenbestrafung wie im Dritten Reich liegt in der Luft.

Die Arbeitskraft eines Mannes gehört seinen Kindern und nicht seinen Sklaventreibern. Ich entschuldige mich hiermit ausdrücklich bei Julia, weil sie unser Kind aufopferungsvoll alleine ernährt und erzogen hat. Danke Julchen!

Kai Rollenhagen  
c/o JVA Sehnde  
Schwedebruch 8  
31319 Sehnde

Hannover, 05. Juli 2016

[GG/BO Soligruppe Hannover](http://ggbo.de)

## Gefangene in der Türkei im General-Widerstand

Quelle: <http://political-prisoners.net/item/4484-gefangene-in-der-tuerkei-im-general-widerstand.html>

25. Juli 2016

Über einen Brief aus dem F-Typ Gefängnis Nr 1 in Izmir, sowie durch eine Stellungnahme des Angehörigensolidaritätsvereins politischer Gefangener TAYAD erfuhren wir, dass sich derzeit in der gesamten Türkei revolutionäre Gefangene im General-Widerstand befinden...

\*\*\*

Alle "freien Gefangenen"\* befinden sich im General-Widerstand

Nachdem die AKP ihre Repression gegenüber den Gefangenen verschärft hat, sind nun die "freien Gefangenen" in den türkischen Gefängnissen in einen General-Widerstand getreten.

Die Forderungen des Widerstands lauten:

- \* Umsetzung des Rechts auf Unterhaltung zwischen 10 Personen für 10 Stunden pro Woche, welches in Folge des großen Todesfastenwiderstands mit dem Rundschreiben Nr 45/1 errungen wurde,
- \* Freilassung der kranken Gefangenen,
- \* Aufhebung der Einschränkung von Büchern und Publikationen,
- \* Umsetzung des Rechts auf Behandlungen,
- \* Beendigung der Verbannungen und Zwangsverlegungen,
- \* Aufhebung der praktizierten Limitierung von Gegenständen in den Zellen.

Im Rahmen dieses Widerstands;

führten die Freien Gefangenen im Bakirköy Frauengefängnis eine Aktion durch, indem sie sich weigerten, den Besucherraum zu verlassen. Nachdem die Angehörigen während ihres Besuchs die Aktion unterstützten, wurden sowohl die Gefangenen als auch die Angehörigen gewaltsam aus den Besuchertrakt entfernt.

Nach diesem Angriff kann eine der Gefangenen, Sultan Isikli, die bei einer Auseinandersetzung während ihrer Verhaftung am Arm verwundet wurde, aufgrund von Folter nicht mehr bewegen.

Alle Gefangenen weisen Spuren von Folter und von Abdrücke von Handschellen, die hinter dem Rücken angelegt wurden, auf.

Bei dieser Aktion riefen die Gefangenen die Parolen: "SCHLUSS MIT DEN BÜCHER- UND PUBLIKATIONSVERBOTEN, DAS RECHT AUF UNTERHALTUNG MUSS UMGESETZT WERDEN"

Im Edirne F-Typ Gefängnis haben die "freien Gefangenen" vergangene Woche den Gesprächsraum verwüstet, nachdem der Gefangene Süleyman Matur nicht gebracht wurde. Daraufhin wurden die Gefangenen unter Folter in Einzelzellen verbracht.

Diese Woche hat der Direktor des Edirne F-Typ Gefängnisses, Haydar Ali Ak, die Gefangenen mit einem zweimonatigen Verbot des Unterhaltungsrechts "bestraft".

Vorwand für diese Maßnahme war "sie seien außerhalb ihrer Zellen gefährlich".

Daraufhin setzten die Gefangenen im Edirne F-Typ Gefängnis 4 verschiedene Zellen in Brand und sagten "eigentlich sind wir nur gefährlich wenn ihr uns die Unterhaltung verbietet".

Nach dieser Brand-Aktion ist die Gefängnisleitung ratlos. Die Gefangenen teilten mit, dass ihr Widerstand gerade erst begonnen habe und dass sie jegliche legitime Aktion durchführen wollen, bis ihre Forderungen erfüllt werden.

Nach der Brand-Aktion in den Zellen, wurden die Gefangenen in eine mit Schaumstoff isolierte Zelle verlegt und danach in Einzelzellen.

Auch in den Gefängnissen Sincan, Kiriklar, Bolu, Kirikkale, Kandira und Tekirdag finden Aktionen statt, bei denen an die Zellentüren geschlagen wird und Parolen gerufen werden. Auch dort hieß es seitens der Gefangenen, sie würden ihre Aktionen intensivieren, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

\*\*\*

Brief mit Berichten über Rechtsverletzungen aus dem Gefängnis Izmir / Kiriklar Nr. 1 vom Juli 2016

...

Wir schreiben euch aus den Isolationszellen des F- Typ Gefängnisses Nr. 1 in Izmir

Unser gesamtes Land wurde in ein Blutbad und regelrecht in ein "offenes Gefängnis" verwandelt.

Niedergerissene und niedergebrannte Städte, Tote ohne Gräber und Leichengewänder, junge Menschen Berkin, die auf Gerechtigkeit warten, Akademiker-Journalisten, die verhaftet bzw. entlassen wuren, weil sie nach "Frieden" rufen, unsere Natur, die Ausbeutung und Verwüstungen ausgesetzt ist...

Das ist kurzum die Lage in unserem Land.

Wer diese Lage näher betrachtet, kann sich in etwa die Situation in "geschlossenen Gefängnissen" vorstellen.

Als "BewohnerInnen" zwischen den vier Wänden der "Ruheinsel", möchten wir über die Repression, die Angriffe und Rechtsberaubungen berichten.

Eigentlich sind wir überhaupt nicht "ruhig", denn jeder neue Tag bringt neue Angriffe mit sich. Es ist ja auch unvorstellbar, dass uns jene, die Unterdrückung und Lüge auf ihre Stirn geschrieben haben, nicht angreifen. Und wir haben 16 Jahre lang, jeden Tag gegen

die Isolationsfolter Widerstand geleistet und unsere politische Identität und Menschenwürde verteidigt. Wir werde diese auch weiterhin verteidigen.

Wir leben in einer Zeit, in der es unmöglich ist, Rechte und Freiheiten, und erst recht nicht revolutionäre-sozialistische Ideen zu verteidigen, ohne Widerstand zu leisten und Risiken einzugehen.

Wir sagen, es gibt keinen anderen Weg, als gegen eine Regierung anzukämpfen und Widerstand zu leisten, die alle, die nicht so ticken wie sie unterdrückt und als Feinde betrachtet, die Menschen mittels Repression und Einschüchterungsmethoden "zügel" will. Wie ihr euch erinnern könnt, wurden die F-Typ Isolationsgefängnisse mit einem blutigen Massaker eröffnet.

In unserem 7 Jahre andauernden Todesfasten-Widerstand haben 122 unserer FreundInnen ihr Leben geopfert und der Isolation einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Mit Veröffentlichung des Rundschreibens Nr. 45/1 am 22. Januar 2007, welches das Recht auf Unterhaltung unter den Gefangenen festlegte, haben wir das Todesfasten ausgesetzt.

Dieses Rundschreiben, welches vorsieht, dass 10 Personen für 10 Stunden pro Woche eine Unterhaltung führen können, wird in kaum einem Gefängnis zur Gänze umgesetzt. Der damalige "Justiz"minister Cemil Cicek hatte versprochen, dass das Recht auf Unterhaltung auf "20 Stunden" erhöht werden soll. Aber dieses Versprechen wurde in den letzten 9 Jahren nicht nur nicht eingehalten, sondern die Isolation wird Tag für Tag verschärft.

Mit einem "geheimen" Rundschreiben, das angeblich im Mai erlassen wurde, werden unsere Zellen regelmäßig gestürmt und geplündert.

Unsere Bücher und Zeitschriften, sowie Bilder, die unsere politische Meinung und Überzeugung repräsentieren, werden angegriffen. In vielen Gefängnissen wurden Bücher und Zeitschriften eingeschränkt, die Konfiszierung hat bereits begonnen.

Wer unsere Werte angreift muss natürlich mit Gegenwehr rechnen.

Die Behandlung von kranken Gefangenen wird behindert und damit die Massakerpolitik fortgesetzt.

In den letzten 10 Jahren sind mindestens 3077 Gefangene durch "stille Vernichtung" ermordet worden.

Zuletzt wurde im Bolu F-Typ Gefängnis unser Freund Riza Yildirim mit dieser Politik ermordet.

Heute werden unser krebskranker Freund Kemal Avci und hunderte kranke Gefangene langsam ermordet.

Fast täglich werden Dutzende Gefangene zwangsverlegt und diese Verlegungen dienen als Mittel der Tyrannei und Einschüchterung.

Bei Fahrten zum Krankenhaus oder Gericht kommt es zu systematischen Angriffen und Misshandlungen, unsere Rechte auf Verteidigung und Behandlung werden uns entzogen. Gefangene, die sich diesen Angriffen widersetzen, werden "bestraft" und diese Strafen werden als Vorwand benutzt um vorzeitige Entlassungen zu verhindern. Rechte wie Besuch, Briefe, Telefonate werden uns entzogen.

Gegen all diese Angriffe beginnen wir Gefangenen, die im DHKP-C Prozess angeklagt werden am 10. Juli 2016 mit einem General-Widerstand.

Auch wenn es mit Opfern verbunden ist, verkünden wir, dass wir unsere revolutionäre Identität und unsere Werte verteidigen werden.

Für alle möglichen Vorfälle sind die politischen Machthaber und ihre Minister, Staatsanwälte, Direktoren und Wärter verantwortlich.

Mit der Hoffnung, dass ihr sensibel seid und unsere Stimme an die Öffentlichkeit weiterträgt...

Izmir F Typ Gefängnis Nr. 1, Freie Gefangene

10. Juli 2016

\* Die Bezeichnung "Freie Gefangene" hat sich insbesondere nach Einführung der F-Typ Isolationsgefängnisse in der Türkei etabliert. So werden symbolisch jene revolutionären Gefangenen genannt, die sich dem Unterdrückungsapparat in den Hochsicherheitsgefängnissen nicht beugen...

## **Wegen Cannabisanbau – Zu fünf Jahren verurteilt, sieben Jahre im Gefängnis**

Quelle: <https://sensiseeds.com/de/blog/wegen-cannabisanbau-zu-funf-jahren-verurteilt-sieben-jahre-im-gefängnis/>  
3. August 2016

Interview Oliver Liermann war sieben Jahre und elf Monate wegen Cannabis-Anbau inhaftiert, obwohl er lediglich zu fünf Jahren und elf Monaten Haft verurteilt wurde. Er war 2008 während einer laufenden Bewährungsstrafe beim Anbau von einem Kilogramm Cannabis erwischt worden und saß bis im Mai diesen Jahres ununterbrochen hinter Schloss und Riegel.

Oliver Liermann klagt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Um eine frühere Haftentlassung zu erwirken, stimmte Oliver Liermann zu Haftbeginn einer Maßnahme im Maßregelvollzug zu. Laut Wikipedia werden dort "psychisch kranke oder suchtkranke Straftäter nach §63 und §64 des deutschen Strafgesetzbuches unter bestimmten Umständen entsprechend den Maßregeln der Besserung und Sicherung untergebracht". Obwohl ein Gerichtsgutachter ihm in der U-Haft bescheinigt hatte, dass keine Drogenabhängigkeit vorliege und Herr Liermann kerngesund sei, stimmte der kurz nach Haftantritt der Maßnahme aufgrund der Aussicht auf eine stark verkürzte Gesamtstrafe zu.

Wegen Cannabisanbau - Zu fünf Jahren verurteilt, sieben Jahre im Gefängnis

Während der Therapie wurde dem mittlerweile 53jährigen Architekten mangelnde Einsicht bezüglich seiner Drogenabhängigkeit unterstellt. Er widersetzte sich, wie er es ausdrückt, der kognitiven Re-Konditionierung: „[...] Man legte dort sehr viel Wert darauf, meine politischen Einstellungen zu hinterfragen. ‚Herr Liermann, Ihre politischen Einstellungen sind eine Illusion, die aus ihrem Krankheitsbild resultiert und daher Ursache ihres nicht-systemkonformen Verhaltens. Wäre Ihnen in der Kindheit dieses und jenes nicht passiert, hätten sie diese Einstellung nicht und wären auch nicht kriminell und süchtig. Wenn sie das nicht einsehen, müssen sie zurück in die JVA. Sie gelten dann als nicht therapierbar.‘ Ich hatte Angst, versuchte mich anzupassen und sagte, was man von mir hören wollte. Wenn ich etwas Falsches sagte, hatte das Konsequenzen. Trotz des gegenteiligen Gutachtens wurde ich formal zum Drogenabhängigen gemacht [...],“ schrieb Liermann in Ausgabe 48 des „Lautsprecher – Zeitung für Psychiatrie Erfahrene“.

Weil er seine politische Auffassung zur aktuellen Drogenpolitik nicht ändern wollte, galt er nach dreieinhalb Jahren geschlossenem Maßregelvollzug als nicht therapierbar, obwohl weder in Freiheit noch in Haft je eine Abhängigkeit vorgelegen hatte. So ging es mit einer negativen Prognose zurück in den normalen Vollzug. Zwei der dreieinhalb im Maßregelvollzug verbüßten Jahre wurden nicht auf die Gesamtstrafe angerechnet. Hätte er seine Strafe einfach abgesessen, hätte sich Oliver bereits seit Anfang 2015 wieder auf freiem Fuß bewegen können. Nach dem gescheiterten Maßregelvollzug beschäftigte sich der ehemalige Hanfbauer in der JVA Frankenthal mit der Gründung einer Gefangenengewerkschaft und versuchte außerdem, seinen Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu bringen. Schließlich sollte er jetzt zwei Jahre länger weggesperrt werden als es das eigentliche Urteil vorsah. Liermann bekam Besuch von der Grünen Bundestagsabgeordneten Corinna Rütter und als der „stern“ 2015 erstmals über Gefangenengewerkschaften berichtete und eine Interviewanfrage bei der Anstaltsleitung stellte, wurden Liermann alle Vergünstigungen gestrichen sowie die bereits geplante Eingliederungshilfe für das Leben in Freiheit verwehrt. Die Interviewanfrage wurde abgelehnt.

Mittlerweile haben Liermann und sein Anwalt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde gegen diese Doppelbestrafung eingereicht. Parallel zu der Beschwerde hat Oliver Liermann den Petitionsausschuss des Bundestages angerufen, seinen Fall zu prüfen.

Nach seiner Haftentlassung im Mai ist „Oli“ in seine Wahlheimat Berlin zurückgekehrt, um sich erst einmal eine Bleibe und einen Job zu suchen. Ich treffe ihn in einem Café in Mitte, wo er schon mit einer prall gefüllte Dokumentenmappe (im Knast gibt's weder Laptops noch Internet) zur „Causa Liermann“ auf mich wartet.

Hi Oliver. Wie geht es Dir heute?

Angesichts meiner aktuellen Obdach- und der damit verbundenen Perspektiv- sowie Schlaflosigkeit ganz gut. Ich wurde im Mai ja einfach vor die JVA in Frankenthal gestellt und muss seitdem sehen, wie ich klar komme. Jetzt habe ich die meisten Ämtergänge hinter mir und suche dringend eine Alternative zu den wechselnden Sofas, auf denen ich derzeit unterkomme.

Hi Oliver. Wie geht es Dir heute?

Angesichts meiner aktuellen Obdach- und der damit verbundenen Perspektiv- sowie Schlaflosigkeit ganz gut. Ich wurde im Mai ja einfach vor die JVA in Frankenthal gestellt und muss seitdem sehen, wie ich klar komme. Jetzt habe ich die meisten Ämtergänge hinter mir und suche dringend eine Alternative zu den wechselnden Sofas, auf denen ich derzeit unterkomme.

Weshalb hast Du so lange hinter Gittern gesessen?

Ich bin wegen wiederholtem Cannabisanbau zu insgesamt fünf Jahren und elf Monaten verurteilt wurden. Beim letzten Mal haben sie ungefähr ein Kilo Gras gefunden. Ich habe aber nie verkauft, sondern hatte damals eine MS- und eine HIV- kranke Freundin, für die ich angebaut habe. Ich habe auch ab und an gekiffert, aber nie exzessiv, andere Drogen habe ich sowieso nicht genommen. Deshalb hatte ich ja in der Haft auch kein Problem, überhaupt Nichts zu nehmen und war auch ansonsten ein Musterhäftling. Ich rauche nicht einmal und meine bescheinigte Untherapierbarkeit ist nicht auf positiven Urinproben, sondern meine Einstellung zu Cannabis zurückzuführen. Ich habe im Knast sogar ein Hanf-Manifest verfasst.

Dann solltest Du Dich über die negative Beurteilung eigentlich nicht wundern, oder?

Genau darum geht es ja. Ich habe nicht gekiffert, wollte nicht kiffen und mit anderen Drogen hatte ich sowieso nie was am Hut. Mir geht es ohne Gras bestens, das stand im Gefängnis nie zur Debatte. Aber meine politische und persönliche Haltung, nicht nur die zur Drogenpolitik, haben mir das Genick gebrochen. Wie soll ich außerdem Einsicht in ein Suchtverhalten haben, das nie vorlag? Im Prozess hat der Gutachter eine Langzeit-Therapie abgelehnt, weil „keine Abhängigkeit“ bestünde. Ich habe mich auf einen Deal eingelassen, denn mir wurde in Aussicht gestellt, „damit in zwei Jahren wieder draußen zu sein.“ Aber ich habe während des Maßregelvollzugs gemerkt, dass ich mich verstellen und innerste Überzeugungen über Bord werfen soll, um das Therapieziel der „Selbstreflektion“ zu erreichen. Ich war dann lieber ehrlich und habe die Konsequenzen auf mich genommen.

Wie lange hat die Therapie gedauert?

Dreieinhalb Jahre, danach ging es zurück in die JVA. Als ich erfahren habe, dass mir nur zwei Jahre der Therapie angerechnet werden

sollen, habe ich mich entschlossen, im Rahmen meiner Möglichkeiten was dagegen zu tun. Ich habe zum dem Gesetz recherchiert und festgestellt, dass ich nicht der Einzige bin, der von einer Doppelbestrafung betroffen ist, weil ein Therapieziel angeblich verfehlt wird. In vielen Fällen ist das nicht so extrem wie bei mir, oft sind es nur ein paar Wochen oder Monate, die nicht angerechnet werden. Als man das Gesetz 1986 verabschiedet hat, war man sich der Schwächen durchaus bewusst und spätestens als das Bundesverfassungsgericht 2012 die Mehrfachbestrafung als nicht verfassungsgemäß eingestuft hatte, hätte der Gesetzgeber reagieren müssen. Das ist leider bis heute nicht passiert. Selbst wenn man ein Drogenproblem hat, kann man deshalb doch nicht länger eingesperrt werden als es das Urteil sagt. Deshalb habe ich mich zusammen mit meinem Anwaltsbüro Hembach dazu entschlossen, bei Gericht Beschwerde gegen das Urteil einzulegen. Nach diversen Ablehnungen blieb mir nur noch der Gang nach Straßburg.

Nach der Rückkehr ins „normale“ JVA-Leben hast Du Dich der Gründung einer Gefangenengewerkschaft gewidmet. Braucht man die im Knast überhaupt?

Angesichts eines Stundenlohns von unter einem Euro pro Stunde würde ich schon sagen, dass da Handlungsbedarf besteht. Ich habe mich für die Vertretung der Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) in „meiner“ JVA eingesetzt, was mir bei meinen Mitgefangenen eine Menge Respekt verschafft hat. Bei der Gefängnisleitung war das genau anders herum. Seit der „stern“ über meine Bemühungen, einen lokalen Ableger der Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) zu gründen, berichtet hat, wurde es für mich noch schwerer. Nicht nur, dass mir alle Vergünstigungen gestrichen wurden. Mir wurde gesagt, mein Wiedereingliederungshelfer habe aufgrund meiner Pressekontakte das Vertrauen zu mir verloren. Das heißt im Klartext, dass ich zur Wiedereingliederung nicht den sonst üblichen, sechsmonatigen Freigang erhalten habe, in dessen Rahmen ich zusammen mit einem ehrenamtlichen Vollzugshelfer auf die Freiheit vorbereitet werde. Ich habe meine Strafe bis zum letzten Tag abgesessen, obwohl ich mir in den sieben Jahr keinerlei disziplinarische Verfehlungen zu Schulden kommen ließ. Mein Vollzugshelfer hat mir übrigens schriftlich bestätigt, dass er meinem Fall weiterhin gerne betreut hätte, kein Wort von dem angeblich fehlenden Vertrauensverhältnis. Den Brief habe ich dabei. Dazu ist es allerdings bis zu meiner Entlassung nicht mehr gekommen, im Gegenteil. Ich wurde noch im Mai, drei Tage vor meiner Entlassung, in Handschellen dem Gericht vorgeführt. Ich akzeptiere ja mein Strafmaß nicht, weshalb auch drei Tage vor Ende der sieben Jahre Haft noch Fluchtgefahr bestünde.

Wie kann man sich Gewerkschaftsarbeit im Knast vorstellen?

Also erst einmal wird der GG/BO seitens der Vollzugsbehörden der Gewerkschaftsstatus verwehrt. Gefangene seien keine Arbeitnehmer, die Inhaftierten könnten ihre Rechte über die Gefangenenmitverantwortung geltend machen. Darüber hinaus bestünde für Gefangene in Rheinland-Pfalz dem Vollzugsrecht zufolge keine Arbeitspflicht. Neben der Arbeit, meiner Klage am EGMR und der Gewerkschaftsarbeit war ich noch Redakteur der Gefangenenzeitung „in/side“. Bei der täglichen Arbeit ist das Beschaffen der Materialien sehr zeitintensiv. Bücher ausleihen, Zeitung lesen, der notwendige Kontakt mit dem Anwalt, Telefonate, Briefmarken kaufen und Briefe verschicken- all das dauert viel länger als draußen.

Kennt Euch der Deutsche Gewerkschaftsbund ?

Ja, Sandro Witt vom DGB-Thüringen nennt uns „eine Organisationsform, die noch nicht Gewerkschaft , sondern eine Interessengemeinschaft ist.“ Die tun sich ein wenig schwer mit uns.

Wie ging es Dir dann bei der Haftentlassung im Mai?

Obdach- und arbeitslos mit ein paar Euro in der Tasche bist Du froh, wenn Dich alte Freunde nicht vergessen haben. Außerdem muss ich als Ex-Knacki ja die Auflagen der Führungsaufsicht erfüllen. Dazu gehört unter anderem, mir innerhalb von drei Tagen einen festen Wohnsitz zu suchen. Den suche ich immer noch, aber immerhin bekomme ich jetzt ALG 1, wegen der Arbeit im Knast. Aber bei einem Verdienst von sieben Euro/Tag ist das nicht mehr als der Mindestsatz. Ich bereite mich jetzt mit meinem Anwalt auf die Klage beim EGMR vor.

Was versprichst Du Dir von der Klage?

Sollte ich Recht bekommen, müsste der Staat endlich handeln, das Gesetz nachbessern und so zukünftig diese Art der Doppelbestrafung verhindern. Ich möchte Schadensersatz für die Zeit, die ich zu lange hinter Gittern saß. Das könnte für die Bundesrepublik ein Problem werden, weil mein Fall für viele steht. Denen stünde dann auch eine Entschädigung für die Zeit zu, die ihnen trotz Aufenthalt in einer Gefängnis ähnlichen, geschlossenen Einrichtung nicht auf die Haftstrafe angerechnet wurde. Was als Eingliederungsmaßnahme gedacht ist, dient im Bereich der Drogenkriminalität weder der Eingliederung noch der Versöhnung mit der Gesellschaft – im Gegenteil. Statt die Parolen staatlicher Drogenpolitik nachplappern zu müssen, sollte man den Gefangenen im Maßregelvollzug die Möglichkeit geben, sich durch die Erfüllung von Pflichten und die Wahrnehmung ihrer Rechte wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Ich habe meine Pflichten während meiner Zeit im Knast zu 100% erfüllt, über mein Verhalten gab es nie Anlass zur Klage. Ich wurde jedoch beim Wahrnehmen meiner Rechte behindert und schlussendlich sogar schikaniert. So produziert man Ausschusware, die früher oder später wieder als Rückläufer in dieser Abteilung landen muss.

## **Kollektiver Hungerstreik in der JVA Würzburg**

Vom 11. bis 21. Juli fand in der JVA Würzburg ein kollektiver Hungerstreik von 47 Häftlingen mit vier Forderungen nach Methadon-



Programmen, Telefonaten, ein Ende der Arrestbehandlung und früherer Haftentlassung statt. André Moussa machte einen Solidaritätshungerstreik. Die GG/BO unterstützte den Hungerstreik durch Veröffentlichungen und Aufrufe. Es handelt sich dabei um einen der größten Hungerstreiks und Gefangenenproteste der letzten Jahre. Alles andere entnehmt ihr den folgenden Artikeln.

### **Bayrische Staatsregierung auf Konfrontationskurs**

Quelle: <http://ggbo.de/bayrische-staatsregierung-auf-konfrontationskurs/>

19. Juli 2016

Seit Montag den 11. Juli befinden sich 41 Gefangene der JVA Würzburg im Hungerstreik. Laut Anstaltsleiter Robert Hutter wurden acht Insassen verlegt, die als „Rädelsführer“ ausgemacht wurden. Während wir ersteres bestätigen können, handelt es sich bei den Verlegten nicht um Rädelsführer.

Pressevertreterinnen wird der Kontakt zu Gefangenen untersagt. So lässt sich erklären, dass unkorrekte und unvollständige Informationen den Weg über die Anstaltsleitung in die Presse finden. Es handelt sich bei den Streikenden nicht um „überwiegend Russen, Deutsche aus Russland und Osteuropäer“, wie Hutter von der [Mainpost](#) wird. Um rassistischer Stimmungsmache vorzubeugen, wollen wir als Randnotiz erwähnen, dass die Zahl der Streikenden nicht-deutscher Herkunft sich auf zehn beläuft. Ebenso lässt Hutter verlauten, dass die Häftlinge „alle gut drauf sind“. Die [Mainpost](#) lässt sich sogar zu dem Titel „Haben Häftlinge Lebensmittel gebunkert“ hinreißen. Auch hier können wir versichern, dass dem nicht so ist. Den Häftlingen ist die Mangelernährung anzusehen und die verschärften Zellenkontrollen sollten unmissverständliche Klarheit über vermeintliche Lebensmittelbunker geschaffen haben.

Was wir der Presse bislang nicht entnehmen konnten, war der bescheidene Forderungskatalog und eine Auseinandersetzung mit der zugrundeliegenden Motivation. Die Forderungen lauten im Detail:

#### 1. Substitution im Strafvollzug

Der kalte Entzug, bei gleichzeitigen Arbeitszwang, darf mehr als fahrlässige Körperverletzung gewertet werden. Der INDRO e.V. hat diesbezüglich für den bayrischen Strafvollzug eine [aufschlussreiche Studie](#) erstellt und auch die [TAZ berichtete](#) über die kalte Entzugspraxis in Bayern.

Profiteure dieser unmenschlichen Praxis sollen [Volkswagen](#) und [BMW](#) sein. Im Knast werden Kabel an Air-Bag-Teile montiert, die anschließend zur Weiterverarbeitung nach Rumänien geschickt, um letztendlich in den Fahrzeugen verbaut zu werden. Ebenso sollen [Jurchen Technology GmbH](#) Teile für Solaranlagen oder die [BRUDER Spielwaren GmbH + Co. KG](#) Kinderspielzeug produzieren lassen.

#### 2. Telefon

Bayern regelt die Telefonie seit der Strafvollzugsgesetzreform sehr restriktiv. Telefonate sind nur in dringenden Ausnahmefällen gestattet und auch hier werden Gespräche mittels einer Beamtin – vermutlich häufig rechtswidrig – überwacht.

Bezeichnend ist, dass diese überbezahlten Telefonate nur mittels Zwangsarbeit, d.h. über das Hausgeld finanziert werden können. Telefonie mittels Überweisung durch Angehörige ist nicht möglich.

#### 3. Arrestbehandlung

Das JVA Würzburg, selbst im Landesvergleich Bayern, extrem oft von Arrest gebrauch macht, zeigte bereits eine [kleine Anfrage](#) von Florian Streibel (Freie Wähler).

Wer sich im Knast mit Erstatzdrogen oder einem Mobiltelefon erwischen lässt, um den unmenschlichen Rahmenbedingungen Abhilfe zu verschaffen, dem drohen 14 Tage Isolationshaft. Abgesehen von den psychischen und physischen Folgen, nach dem man diese Praxis als Folter klassifizieren kann, wird die Arrestbehandlung den Häftlingen mit 13,90€/Tag in Rechnung gestellt. Das Mobiltelefon macht 14 Tage Bunker und somit 194€. Bunker droht übrigens auch für ein Poster im Haftraum.

#### 4. Haftzeitverkürzung

Was in den meisten Bundesländern üblich ist, nämlich die 2/3- oder Halbstrafe, scheint in der JVA Würzburg die Ausnahme. Wer wegen oben genannter Disziplinarverfahren auffällig geworden ist, hat keine Aussicht auf die Haftzeitverkürzung.

Die von der Anstaltsleitung forcierte Schönfärberei in der Presse wird nicht funktionieren, solange diese kritisch hinterfragt. Gegenüber dem [BR](#) verkündete die bayrische Staatsregierung, dass sie sich nicht „von Häftlingen erpressen lässt“. Das scheint auf den ersten Blick legitim, angesichts der widerlichen Praxis und der zu erwartenden Solidarität jedoch mehr als illusorisch.

Die GG/BO appelliert an die bayrische SPD, Freie Wähler, Grüne und nicht zuletzt die breitere Öffentlichkeit, sich kritisch mit den Protagonistinnen auseinander zu setzen. Aktivist\*innen werden aufgefordert, die GG/BO in diesem Teilkampf gegen die unmenschlichen Bedingungen des gefängnisindustriellen Komplexes zu unterstützen, bis die letzte Forderung aus Würzburg erfüllt

ist.

[Leipzig](#), 19. Juli 2016

### **Solidarität mit den Hungerstreikenden in der JVA Würzburg**

Quelle: <http://de.indymedia.org/node/10148>

17. Juli 2016, von Andre Moussa

Ich trete bis vorläufig Montagmorgen in einen solidarischen Hungerstreik für die Gefangenen in Würzburg.

Daß wir immer wieder unsere Gesundheit, ja sogar unser Leben einsetzen müssen für unsere Rechte hinter Gittern ist bekannt.

Doch seit Jahren kämpfen wir gegen die ärztliche Nicht-Versorgung hinter Gittern, besonders in der Behandlung von Drogenkranken, die NICHT in die Gefängnisse gehören.

In Bayern ist es besonders schlimm, weil dort die Gefangenen bis heute keinerlei Substitution erhalten.

Und so ist es nicht verwunderlich, dass es nun dort zu dieser Aktion von über 40 Gefangenen kommt.

Ihre Forderungen sind auch nicht illusorisch, Anstaltsleiter Robert Hutter, im Gegenteil: Wir, die wir wegen Drogensucht in Haft eingesperrt sind und auch so geführt werden, bringt enorme Nachteile mit sich: sei es, daß Vollzugslockerungen oder auch notwendige Besuche im LZB immer wieder mit dem Hinweis auf "Drogensucht" abgelehnt werden. Daß wir „krank“ sind, müsste sich mittlerweile auch in Bayern herumgesprochen haben, obwohl die dortige Drogenbeauftragte MORTLER (CSU) eher für Drogen (Alkohol und Zigaretten, die Geld in die Staatskasse bringen) sich einsetzt...Versuche, zumindest Werbung dafür zu untersagen, wird von ihr rigoros abgelehnt, aber die kleinen Kiffer sperren sie weiterhin in Bayern ein.

Da haben sie Erfahrung, doch die Menschen, die deshalb in Haft kommen, die draussen in einem „Programm“ waren, müssen in Bayern „kalt“ entziehen, das ist nicht nur Folter, sondern eine schwere Menschenrechtsverletzung und jeder Arzt in bayerischen Gefängnissen macht sich schuldig und sollte sich vor dem Ethikrat der Ärztekammer zu verantworten haben. Sie sind die eigentlichen Kriminellen.

Daher und zur Solidarität in ihrem Kampf für ihre Rechte zur medizinischen Versorgung trete ich in den Hungerstreik (zumindest bis Montag). Denn nur gemeinsam können wir den Kampf gewinnen für mehr Rechte in der Haft und die Abschaffung der Ein-ArztPolitik, desweiteren für ein Notfalltelefon in den Zellen, damit keiner mehr Suizid machen muss (das System ist seit Jahren auf dem Markt)..das gilt als Appell an den Justizminister Maas, der ja sonst immer ziemlich schnell mit Gesetzesänderungen (allerdings verschärften) auffällt.

Und wir fordern den Justizminister in Bayern auf, zur sofortigen Einführung der medizinischen Versorgung von Drogenkranken mit z.B. Methadon, denn nach den Richtlinien der Bundesärztekammer hat ein jeder/jede das Recht auf diese Art der medizinischen Versorgung

Mit kämpferischen und solidarischen Grüßen

Andre Moussa (z.Zt. JVA Wuppertal)

### **Entkriminalisierung ist das Mindeste**

Quelle: <http://jungle-world.com/artikel/2016/30/54560.html>

28. Juli 2016, von Frederik Schindler

Bärbel Knorr, Mitarbeiterin im Fachbereich Drogen und Strafvollzug der Deutschen Aids-Hilfe (DAH), sprach mit der Jungle World über die Folgen der herrschenden Drogenpolitik.

*Small Talk von Frederik Schindler*

Ein Hungerstreik von 47 drogenabhängigen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Würzburg wurde vergangene Woche erfolglos beendet. Die Gefangenen hatten ein Methadonprogramm, bessere medizinische Versorgung und Telefone auf der Station gefordert. Bärbel Knorr, Mitarbeiterin im Fachbereich Drogen und Strafvollzug der Deutschen Aids-Hilfe (DAH), sprach mit der Jungle World über die Folgen der herrschenden Drogenpolitik.

Warum gibt es für die Gefangenen keinen Zugang zu einem Substitutionsprogramm?

In Bayern wird die Behandlung mit Ersatzstoffen im Rahmen einer Therapie grundsätzlich abgelehnt und ist nur in wenigen

Einzelfällen bei Kurzstrafen möglich. Auch wenn Abhängige schon jahrelang mit Methadon substituiert werden, wird ihnen der Zugang dazu nach Beginn der Haft verwehrt. Die Substitution wird einfach abgesetzt, was heftige Schmerzen für die Betroffenen zur Folge haben kann. Es muss endlich eine flächendeckende Behandlung von Suchtkranken im Strafvollzug geben, damit eine Schadensminimierung gewährleistet werden kann.

Die Forderungen der Gefangenen wurden nicht erfüllt, die Häftlinge zum Teil in andere Haftanstalten verlegt. Welche Folgen hat das?

Wir hatten keinerlei Kontakt zu den Gefangenen. Wir gehen davon aus, dass sie versuchen werden, ihre Drogen unter hohem Druck innerhalb der JVA zu besorgen. Dies führt meist auch zu einer hohen Verschuldung. Wenn Gefangene ihre Spritzen untereinander tauschen, führt dies zu einem dramatisch höherem Risiko einer HIV- oder Hepatitis-Ansteckung. Vor ein paar Jahren hat beispielsweise eine saubere Spritze in einer JVA in Nordrhein-Westfalen 30 Euro gekostet. Das können sich viele nicht leisten. Wir betreuen gerade einen ehemaligen Gefangenen, der während seiner sechsjährigen Haft in Bayern trotz Indikation nicht substituiert und so zum kalten Entzug gezwungen wurde. Davor war er bereits 18 Jahre lang im Methadonprogramm. Er hat sich durch alle Rechtsinstanzen geklagt, nun liegt seine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und wir warten auf das Urteil.

Die DAH fordert neben der flächendeckenden Einführung von Drogenkonsumräumen auch eine kontrollierte Abgabe von bislang illegalen Substanzen. Wie soll eine Entkriminalisierung von Drogenkonsum den Tod von Drogenabhängigen verhindern?

Für einen selbstbestimmten und sicheren Umgang mit Drogen ist eine Entkriminalisierung das Mindeste. Die Gesundheit von Drogenkonsumenten lässt sich viel besser schützen, wenn es einen kontrollierten Zugang zu sauberen Substanzen gibt, die von geschulten Verkäufern im Fachhandel unter bestimmten Auflagen abgegeben werden. Durch eine Kriminalisierung wird eine medizinische Versorgung erschwert und die Stigmatisierung der Konsumenten verstärkt. Zudem gibt es zurzeit nicht in allen Bundesländern Konsumräume, in denen bei Überdosierungen schnelle Hilfe vor Ort wäre und Schutz vor Infektionen geboten würde, den es auf öffentlichen Plätzen oder in der eigenen Wohnung nicht gibt. Die Drogentoten sind also auch eine Folge der Repression. Strafverfolgung ist keine Lösung. Wir brauchen eine grundsätzliche Neuorientierung der Drogenpolitik bis hin zur Legalisierung.

Mit welchen Mitteln ließe sich die Zahl der Drogentoten aus Ihrer Sicht noch verringern?

Konsumenten sollten zum Zweck der Schadensminimierung ihre Drogen testen lassen dürfen und Substanzanalysen bei Apothekern vornehmen lassen können. Auch das Notfallmedikament Naloxon ist für Abhängige im entscheidenden Moment nicht verfügbar, obwohl es bei Atemlähmungen durch Überdosierungen Leben retten kann. Zudem sollten auch im Strafvollzug saubere Spritzen verfügbar sein.

### **Kampf im Knast**

Quelle: <http://peter-nowak-journalist.de/2016/08/18/kampf-im-knast/>  
16.08.2016, von Peter Nowak

In der JVA Würzburg haben Gefangene nach elf Tagen ihren Hungerstreik abgebrochen

Im Juli haben sich 47 Gefangene in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Würzburg mit einem Hungerstreik für bessere Zustände im Gefängnis eingesetzt. Das Medieninteresse blieb allerdings erstaunlich gering. Dies hat dazu geführt, dass die Gefangenen ihre Aktion nach elf Tagen erfolglos abbrechen mussten. Wie die regionale Presse den Streik interpretierte, zeigt ein Bericht der Onlinezeitung [infranken.de](http://www.infranken.de) zum Streikabbruch. Der Anstaltsleiter Robert Hutter kam dort mit der Erklärung zu Wort, dass die Zahl der Hungerstreikenden »mit jeder Mahlzeit weniger geworden« seien, obwohl ihre Forderungen nicht erfüllt wurden.

Auf jene Forderungen der Hungerstreikenden, die in der Onlinezeitung als »drogenabhängige Straftäter« diffamiert werden, wird genau so wenig eingegangen, wie auf die Repression der Gefängnisleitung, die auch zum Abbruch des Hungerstreiks beigetragen hat. Die Anstaltsleiter hatte »acht Rädelsführer« in andere Gefängnisse verlegen lassen, heißt es in der kurzen Meldung. Auch hier ist die diffamierende Diktion eindeutig erkennbar: Gefangene, die für ihre Rechte eintreten und auch Mitgefangene motivieren, werden mit als »Rädelsführer« bezeichnet. Dass Häftlinge Rechte haben, wird in dem Beitrag nicht einmal erwähnt.

Dass sich in den letzten Monaten mehr Gefangene für ihre Rechte einsetzen, hängt auch mit der Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) zusammen, die im Mai 2014 in der JVA-Tegel gegründet wurde. (ak 612) »Einige der am Würzburger Hungerstreik beteiligten Häftlinge sind Mitglieder der GG/BO. Wir standen mit ihnen Kontakt und haben den Hungerstreik insgesamt unterstützt, indem wir in einer Pressemitteilung die Forderungen publiziert und zur Solidarität aufgerufen haben«, erklärt Konstantin von der GG/BO Jena gegenüber ak.

Dass die Würzburger Gefangenen nicht für die drei Kernforderungen der GG/BO – Mindestlohn, Sozial- und Rentenversicherung und Anerkennung der Gewerkschaft – in den Hungerstreik gegangen sind, hält Konstantin nicht für eine Beliebigkeit. »Die GG/BO vertritt wie auch alle anderen Gewerkschaften die Interessen und Bedürfnisse der inhaftierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich in ihr organisieren – in all ihrer Vielfalt.« Das können mehr Telefonate, bessere Ernährung, bessere medizinische Versorgung, frühere

Haftentlassung, ein Ende der rassistischen Diskriminierung oder die Abschaffung der Postzensur sein.

Besonders restriktive Haftanstalt

Die Würzburger Häftlinge forderten unter anderem ein Methadonprogramm und die Lockerung der Arrestbedingungen für Gefangene, die sich im Drogenentzug befinden. Betroffene berichteten, dass in der JVA Würzburg auch diese Gefangene trotz ihrer körperlichen Beeinträchtigungen weiterhin zur Pflichtarbeit gezwungen werden. Von den extrem niedrigen Löhnen dieser Zwangsarbeit profitiert unter anderem der VW-Konzern, wie ein Mitglied der GG/BO Leipzig in einem Interview mit dem Freiburger Sender Radio Dreyeckland erklärte.

Für die Rechtsanwältin Christina Glück, die einen der Würzburger Häftlinge vertritt, verletzt die JVA Würzburg durch den erzwungenen kalten Entzug die Menschenwürde. Die Häftlinge litten vor allem am Anfang unter starken Entzugserscheinungen, klagten über schweren Durchfall und Erbrechen. Die in der Würzburger Justizvollzugsanstalt zuständigen Ärzte hielten trotzdem an dieser Form des Entzugs fest. Die Menschenwürde der Gefangenen wird in der JVA Würzburg auch dadurch verletzt, dass sie nur in ganz wenigen Ausnahmefällen telefonieren dürfen. Dann bleibt als einziges Kommunikationsmittel nach Draußen das in allen Gefängnissen verbotene Mobiltelefon. Wenn ein Handy bei einem Gefangenen gefunden wird, folgt als Sanktion eine 14-tägige Isolationshaft, der sogenannte Bunker. Wie die Antwort der bayerischen Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des bayerischen Landtagsabgeordneten Florian Streibel (Freie Wähler) zeigt, hält die JVA Würzburg bei diesen Bunkerstrafen in Bayern den Rekord. Eine weitere Verschärfung in der JVA Würzburg besteht darin, dass die Gefangenen ihre seltenen Telefonate nur mit dem Geld, das sie durch die Pflichtarbeit im Knast verdienen, begleichen dürfen. Telefonate durch Überweisungen von Außen hingegen sind nicht möglich.

Die Arbeitskraft zur Waffe machen

Wie verzweifelt die Situation der Gefangenen ist, zeigte sich daran, dass die zum Mittel des Hungerstreiks gegriffen haben. »Es gibt nicht viele Möglichkeiten, im Knast zu protestieren. Die Verweigerung von Nahrung – oft Hungerstreik oder Hungerfasten genannt, ist eine davon«, schreibt die Schweizer Journalistin Sabine Hunziker in der Einleitung ihres im März dieses Jahres erschienenen Buches »Protestrecht des Körpers«. Schon der Titel verdeutlicht, dass Menschen, die keine andere Möglichkeit zum Widerstand haben, ihren Körper als Waffe einsetzen. In dem Buch kommen auch Hungerstreikende aus verschiedenen Knastkämpfen zu Wort. Der politische Aktivist Fritz Teufel, der sich auch an mehreren Hungerstreiks beteiligte, suchte schon in den 1970er Jahren nach Alternativen zu einer Kampfform, in der es schnell um Leben und Tod geht.

Die Gefangenengewerkschaft könnte eine solche Alternative bieten. Nicht ihre Körper, sondern ihre Arbeitskraft, die sie hinter Gittern besonders billig verkaufen müssen, könnte dann zur Waffe werden. »Bis dahin braucht es aber sicher noch einiges an Organisationsarbeit und gemeinsamen Erfahrungen«, erklärt Konstantin von der GG/BO Jena. Der Hungerstreik in der JVA Würzburg kann so auch nach ihrem Abbruch zur Bewusstseinsbildung der Gefangenen beitragen. Selbst JVA-Leiter Hutter geht von weiteren Protesten in der JVA Würzburg aus. Es wäre zu wünschen, dass sich dann neben der GG/BO auch weitere Teile der außerparlamentarischen Linken und zivilgesellschaftliche Gruppen für die Rechte der Gefangenen einsetzen würden. Von ihnen war in den elf Tagen des Hungerstreikes nicht zu hören.

Peter Nowak schrieb in ak 617 über die Zukunft der Freien Archive.

Zum Weiterlesen:

Sabine Hunziker: Protestrecht des Körpers. Einführung zum Hungerstreik in Haft. Unrast Verlag, Münster 2016. 108 Seiten, 9,80 EUR.

## Gefangenenprotest in der JVA Tonna

Seit Ende Juli verweigern über 200 Häftlinge in der JVA Tonna das Anstalts-Mittagessen. Aufgrund von Umbauarbeiten in der Anstaltsküche wird das Mittagessen von einem externen Catering-Service geliefert. Die Qualität ist äußerst schlecht. Im folgenden die zwei Texte, die wir als GG/BO-Soligruppe Jena veröffentlicht haben, und ein Artikel aus der Presse, aus dem hervorgeht, dass die Anstaltsleitung den Protest kleinredet.

### **Massiver Gefangenenprotest in der JVA Tonna. Seit bereits zehn Tagen Verweigerung der Anstaltskost.**

Quelle: <https://gefangenensolijena.noblogs.org/post/2016/08/01/massiver-gefangenenprotest-in-der-jva-tonna/>  
Jena, 1. August 2016, GG/BO-Soligruppe Jena

Seit Jahren herrscht unter den Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Tonna Unzufriedenheit mit den Haft- und Lebensbedingungen. Immer wieder brechen daher Proteste aus. Erst im August und September 2012 sowie im Dezember 2013 kam es zu Hungerstreiks mehrerer Gefangener aufgrund der unzureichenden medizinischen Versorgung, des überbezahlten Fernsehprogramms und schikanöser Disziplinarmaßnahmen.

Jetzt brodelt es wieder. Anlass ist dieses Mal die Nahrungsversorgung. Aufgrund von Umbauarbeiten in der Anstaltsküche wurde ein externer Catering-Service engagiert. Die Häftlinge sind sich einig: Das „Essen“ ist der schlechteste Fraß, der ihnen jemals vorgesetzt wurde. Es handelt sich um ungewürzte Mini-Portionen in Alu-Assietten. Deswegen verweigern seit dem 23. Juli wohl Hundert bis

Zweihundert Gefangene das Essen. Daran beteiligen sich auch Mitglieder der GG/BO sowie Häftlinge, die mit der GG/BO zusammenarbeiten und mit denen wir in Kontakt stehen.

Unserem Wissen nach wurden zumindest die Häftlinge im Offenen Vollzug verpflichtet, zu unterschreiben, dass sie sich die Assietten um 12:00 selbst abholen und persönlich um 12:30 gereinigt wieder abgeben.

Laut unseren Informationen versucht die Anstaltsleitung teilweise, die Gefangenen zu erpressen. Wer nicht esse, dürfe nicht arbeiten, bekäme folglich seinen Hungerlohn nicht und auch keine Freisteller (d.h. keine erlassenen Hafttage pro gearbeitete Tage).

Das Austeritätsprogramm des deutschen Staats, Schäubles berühmte „Schwarze Null“, stellt einen Angriff auf das Lebensniveau von allen von uns dar und bedeutet für jede und jeden von uns Einschränkungen. Am härtesten trifft es aber die Gefangenen. Mit ihnen, glaubt der Staat, alles machen zu können. Freizeit- und Sportprogramme werden gestrichen, für Telefonate, Einkäufe und Fernsehen werden ihnen von Monopolanbietern in Zusammenarbeit mit den Anstalten exorbitante Preise und Gebühren auferlegt und nun wird ihnen sogar eine anständige Ernährung verweigert. Jetzt, wo sie sich auflehnen, müssen wir sie unterstützen, denn das Einsparen an allen Ecken und Enden betrifft jeden und jede von uns – nur gemeinsam können wir dem etwas entgegensetzen!

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen:

1. Schluss mit dem Catering-Fraß, anständige Ernährung für die Häftlinge!
2. Sofortige Einstellung der Erpressung der widerständigen Gefangenen!

Wir rufen dazu auf, die Gefangenen in ihrem Protest zu unterstützen. Fragt z.B. bei der Justizvollzugsanstalt oder direkt beim Justizministerium nach, wann sie endlich auf anständige Nahrungsversorgung umstellen und die Erpressungen sein lassen.

Justizvollzugsanstalt Tonna  
Im Stemker 4  
99958 Tonna  
Tel.: 036042 / 770  
Fax: 036042 / 77107  
E-Mail: [poststelle@jvatonna.thueringen.de](mailto:poststelle@jvatonna.thueringen.de)

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz  
Werner-Seelenbinder-Straße 5  
99096 Erfurt  
Tel.: 0361 3795-000  
Fax: 0361 3795-888  
E-Mail: [poststelle@tmmjv.thueringen.de](mailto:poststelle@tmmjv.thueringen.de)

### **Gefangenenprotest in der JVA Tonna geht weiter: Immer noch über 200 verweigerte Mittagessen täglich**

Quelle: <https://gefangenensolijena.noblogs.org/post/2016/08/10/gefangenenprotest-in-der-jva-tonna-geht-weiter/>

Am 23. Juli 2016, vor bald drei Wochen, haben die Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Tonna angefangen, aufgrund seiner schlechten Qualität das Mittagessen zu verweigern. Im Zuge von Umbauarbeiten in der Anstaltsküche wurde ein externer Catering-Service engagiert. Die Portionen sind viel zu klein, die Qualität des Essens vollkommen unzureichend, außerdem wird es in Alu-Assietten serviert. Mittlerweile ist dazu [in der Thüringer Allgemeine auch ein Artikel](#) erschienen. Die Inhaftierten setzen ihre Verweigerung bis heute fort. Laut unseren Informationen hat die Anstaltsküche der Justiz am 5. August 2016 exakt 214 Verweigerungen der Annahme des Mittagessens registriert. Die Gefangenen fordern nicht mehr und nichts weniger als eine anständige Essenversorgung.

Viele von ihnen beschwerten sich darüber, dass das Essen aufgrund der Alu-Assietten einen Metall-Geschmack annimmt. Der Zahnarzt der Anstalt hat das in einem Aushang bestätigt. Darin behauptet er allen Ernstes, der Metall-Geschmack käme nicht von den Aluminium-Assietten, sondern von Zahnplomben. Die Häftlinge machen sich Sorgen über ihre Gesundheit. Schließlich gab es in den letzten Jahren immer wieder Diskussionen über die Schädlichkeit und das Krebsrisiko von Aluminium, zuletzt in Bezug auf Kosmetika und Deo. Diese Sorgen sind durchaus berechtigt. Das [Bundesinstitut für Risikobewertung empfiehlt](#), Essen nicht in Aluminium aufzubewahren.

Die seit bald drei Wochen anhaltende Verweigerung des Mittagessens stellt die Gefangenen vor ernsthafte Probleme. Sie müssen sich nun selbst versorgen. Angesichts der vollkommen überbeuerten Preise der gefängnisinternen Läden und des Hungerlohns, mit dem sie für ihre Arbeit hinter Gittern abgespeist werden, ist das für Viele nicht so einfach möglich.

Von Seiten des thüringischen Justizministeriums oder der JVA Tonna ist bisher keine Stellungnahme erfolgt. Als Minister Dieter Lauinger (Grüne) am 10. August bei seinem Besuch in Meiningen auf den Protest in der JVA Tonna angesprochen wurde, antwortete er darauf, es sei ja bloß eine Übergangsmaßnahme und es handle sich ja um keinen richtigen Hungerstreik.

Unsere Solidarität gilt unseren Kollegen, den Gefangenen und ihrem Widerstand in der JVA Tonna. Wir fordern die Anstaltsleitung dazu auf, endlich eine anständige Essensversorgung zu gewährleisten.

### **Häftlinge protestieren gegen schlechtes Essen**

Quelle: <http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Haeflinge-protestieren-gegen-schlechtes-Essen-2060747906>  
4. August 2016, von Kai Mudra

In der Haftanstalt in Gräfentonna wird die Anstaltsküche umgebaut. Das Mittagessen wird deshalb von einem Menüservice geliefert Erfurt. Essen trägt zur guten Stimmung bei. Das gilt auch für Gefängnisse. Besonders dann, wenn das Mahl nicht mundet, erlangt dieser Spruch Bedeutung. Die Konsequenz daraus erlebt derzeit größte Haftanstalt in (Landkreis ). Etwa "hundert bis zweihundert Gefangene" sollen dort seit etwa zehn Tagen das Essen verweigern. Darüber informierte gestern die GGBO (Gefangenengewerkschaft – bundesweite Organisation). Anlass der Aktion sei das schlechte Essen, welches aus "ungewürzten Mini-Portionen in Alu-Assietten" bestehe. Grund für die besondere Kost ist der Umbau der Gefängnisküche, sodass die Mittagsmahlzeit von einer externen Menüservice geliefert werden, kritisiert die Gewerkschaft. Das Thüringer Justizministerium bestätigte gestern, dass derzeit Häftlinge in dem Gefängnis das Mittagessen verweigern. Allerdings seien es um die 30 Gefangene, und auch diese würden sowohl Frühstück wie Abendbrot zu sich nehmen. Das komme weiter aus der Gefängnisküche, hieß es. Eine medizinische Versorgung wegen Nahrungsverweigerung sei daher derzeit nicht erforderlich. Die Anstaltsleitung sei zudem mit den Häftlingen im Gespräch, um nach Lösungen zu suchen, sagte ein Ministeriumssprecher. So sollen zusätzlich Gewürze bereitgestellt werden.

Bereits 1993 gab es einen Kloßstreik in Thüringen

Die Gefangenengewerkschaft protestiert zugleich dagegen, dass aus ihrer Sicht bei Gefangenen besonders intensiv gespart werde. Dem Land wird vorgeworfen, "Telefonate, Einkäufe und Fernsehen" von Monopolisten in den Anstalten zu überhöhten preisen anzubieten. Kritisiert wird auch die medizinische Versorgung. Nach Angaben des Justizministeriums soll der Umbau der Anstaltsküche in noch bis Oktober andauern.

In der Haftanstalt gab es in den vergangenen Jahren immer wieder einmal zeitlich begrenzte Protestaktionen von Insassen. In dem Gefängnis sitzen vor allem Häftlinge mit langen Freiheitsstrafen. Es ist eine von zwei im Freistaat nach der Wende neu gebauten Haftanstalten.

Schlechtes Essen führt nicht das erste Mal zu Protesten hinter Gefängnismauern. 1993 revoltierten in -Goldlauter Häftlinge, weil ihnen zum Weihnachtsfest zerkochte Thüringer Klöße gereicht worden waren. 27 Gefangene wollten mit ihrem Sitzstreik aber auch das Ablösen von Küchenkräften aus ihren Reihen verhindern.

### **Widersprüchliche Angaben zum Hungerstreik in Gräfentonna**

Quelle: <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Widerspruechliche-Angaben-zum-Hungerstreik-in-Graefentonna-1808619427>

12. August 2016, von Kai Mudra

Laut Justizministerium protestieren gerade einmal 13 Häftlinge – die Gefangengewerkschaft spricht dagegen von 200. Erfurt. Aus gutem Grund sind Gefängnisse Orte, an die nicht jeder so einfach gelangt, die vor allem aber nicht ungehindert verlassen werden können. So ist die Welt hinter Mauern und Stacheldraht eine für sich. Gefällt einem in Freiheit das Essen nicht, wird das Restaurant gewechselt. Hinter Gittern fehlt eine solche Alternative.

Wird also eine Gefängnisküche umgebaut, wie in größtem Gefängnis in (Kreis ), muss der Häftling erst einmal essen was auf den Tisch kommt.

Die Anstalt wegen eines vermeintlich schlechten Caterings zu wechseln, scheidet aus, also folgen Proteste. Und so teilt die Gefangenengewerkschaft aktuell auf ihrer Internetseite mit, dass vor einer Woche Freitag mehr als 200 Insassen in der Haftanstalt in die Annahme ihres Mittagessens verweigert hätten.

Das klingt viel. Anlass des Protestes sollen zu kleine und nicht schmackhafte Portionen des Ersatzessens in Aluassiette sein.

Gefangenenprotest auch in Untermaßfeld

Das Justizministerium bestätigte erneut die Proteste, weist aber darauf hin, dass gestern gerade einmal 13 Gefangene kein Mittagessen angenommen hätten. Vor eine Woche Mittwoch sollen es 30 gewesen sein. Frühstück und Abendbrot würden normal konsumiert. Das liefert weiter die Gefängnisküche.

Nach Beginn der Proteste soll die Leitung der Haftanstalt für die Gefangenen zusätzlich Gewürze bereitgestellt und auch für größere Portionen gesorgt haben. Das Justizministerium widerspricht damit deutlich der Gefangenengewerkschaft, die von massenhaften Protesten in schreibt.

Nach Beginn der Proteste soll die Leitung der Haftanstalt für die Gefangenen zusätzlich Gewürze bereitgestellt und auch für größere Portionen gesorgt haben. Das Justizministerium widerspricht damit deutlich der Gefangenengewerkschaft, die von massenhaften Protesten in schreibt.

## (2) Aus den sozialen Kämpfen in den Knast

### Freiheit für die Basel 8

Nach einer Demo gegen Rassismus, Repression und Vertreibung am 24. Juni 2016 in Basel sitzen 8 Leute in U-Haft. Es gibt einen Soli-Kreis und gab schon einige Soli-Aktionen. Alle Infos in den folgenden Artikeln.

#### **Basel: Kommunique zum Umzug gegen Rassismus, Repression und Vertreibung vom 24. Juni 2016**

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/en/node/183412>

27. Juni 2016

Für vergangenen Freitag wurde zu einer Demonstration gegen Rassismus, Repression und Vertreibung aufgerufen. Es ging darum, in Zeiten immer stärkerer Fremdenfeindlichkeit, der Unterordnung jeglicher Existenz unter kapitalistische Interessen, einer wachsenden Kontrolle und Überwachung des Alltags und von Verdrängung von QuartierbewohnerInnen durch die profitorientierte Stadtentwicklung, ein starkes Zeichen zu setzen.

Der Umzug zog den Steinengraben entlang, einer Strasse, in der es nur noch Platz hat für anonyme, protzige Bürogebäude. Aus dem Umzug heraus wurden dann auch die Scheiben mehrerer Versicherungen (Vaudoise, Helvetia) eingeschlagen, die seit Jahren mitverantwortlich sind für diese Entwicklung weg von einer lebendigen, bewohnten Strasse zu einer sterilen, toten Umgebung.

Auch Kroo Security wurde angegriffen, eine Sicherheitsfirma, die sich nicht zu schade ist, besetzte Häuser nach der Räumung vor erneuten Wiederbelegungsversuchen zu "schützen". Weiter lief der Umzug am Büro der SVP vorbei, dessen Eingangsbereich entglast wurde. Ihre rassistische Politik hat zu einer gesellschaftsweiten, fremdenfeindlichen Grundstimmung geführt. Auch sonst tritt die SVP für mehr Kontrolle und Überwachung und für massenhafte Ausschaffungen ein und steht ganz klar auf der Seite der Reichen und Mächtigen. Wäre man auf dem Weg noch an weiteren Büros oder Einrichtungen von anderen Parteien, die diese Politik stützen und mittragen, vorbeigekommen, wären diese wohl ebenfalls angegriffen worden, denn alle etablierten Parteien sind mitverantwortlich für das gesellschaftliche Desaster.

Dieses repressive Klima betrifft alle - mit immer neuen Überwachungsgesetzen, der Verfolgung von jeglichem Ungehorsam - und darum wurde das Gerichtsgebäude eingefärbt. Zum Beispiel soll hier auf mehreren Personen der Prozess gemacht werden, denen vorgeworfen wird, letzten Herbst gegen die Militärübung Conex15 und die Militarisierung der Grenzen auf die Strasse gegangen zu sein.

Die schnell anrückenden Bullen wurden zur Verteidigung entschlossen angegriffen und konnten mehrmals vertrieben werden.

In der Nähe des Unispitals wurden 14 Personen verhaftet, denen vorgeworfen wird, Teil des Umzugs gewesen zu sein. Sie sollen nun für das entschlossene Auftreten der Demo büssen. Ob sie am Umzug teilgenommen haben oder nicht, ob sie Bullen angegriffen haben oder nicht, wir sind solidarisch mit allen Gefangenen und wünschen ihnen viel Kraft und Durchhaltewillen.

Auch wenn sie versuchen, euch zu isolieren - ihr seid nicht allein!

Grüsse gehen raus an die Rigaer94 in Berlin, die bereits seit Monaten im "Gefahrengebiet" von der Polizei terrorisiert und nun letzte Woche teilgeräumt wurde, was vielerorts zu diversen Widerstandshandlungen geführt hat. Ebenfalls sollen all die wilden DemonstrantInnen in Frankreich gegrüsst werden. Die Revolte, die aus dem Widerstand gegen neue Arbeitsgesetze erwuchs und es seit Monaten vermag, die Wirtschaft zu blockieren und zu sabotieren, inspiriert und ermutigt uns.

Lasst uns zusammen kommen, uns organisieren, gemeinsam den Käfig verwüsten und die Gitterstäbe aus verschiedenen Formen des Zwanges und der Unterdrückung durchbrechen, um uns neue Wege in die Zukunft zu eröffnen.

#### **Basel: Zur wilden Demonstration und den Verhaftungen vom 24. Juni 2016**

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/186346>

31.07.2016

Am Freitag, den 24. Juni 2016 fand in Basel eine kleine, aber wilde Demonstration gegen Rassismus, Repression und Gentrifizierung statt. Bei dieser wurden diverse Gebäude und die Polizei angegriffen. Das Strafgericht, eine private Sicherheitsfirma, ein Büro der rechts-populistischen SVP und ein Versicherungsgebäude waren unter anderem Ziel der Attacken.

14 Personen wurden im Nachgang der Demonstration verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, am Umzug beteiligt gewesen zu sein. Zwei Personen wurden bei der Verhaftung verletzt.

Die bisherigen Vorwürfe reichen von Landfriedensbruch und Sachbeschädigung über Körperverletzung und Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte bis hin zu Angriff.

Noch am gleichen Wochenende gab es in diversen Schweizer Städten Hausdurchsuchungen im Rahmen dieses Verfahrens.

Sieben Personen wurden am Sonntag, den 26. Juni 2016 aus der Haft entlassen, gegen die restlichen sieben wurde Untersuchungshaft zwischen zwei und sechs Wochen verhängt. Einige der Gefangenen hätten mittlerweile bereits entlassen werden sollen, die Untersuchungshaft wurde in diesen Fällen jedoch offenbar verlängert. Den restlichen Verhafteten wird es wohl nicht anders ergehen.

In einem Communiqué\* zum Umzug steht: "Ob sie am Umzug teilgenommen haben oder nicht, ob sie Bullen angegriffen haben oder nicht, wir sind solidarisch mit allen Gefangenen und wünschen ihnen viel Kraft und Durchhaltewillen. Auch wenn sie versuchen, euch zu isolieren - ihr seid nicht allein! "

Und weiter: "Lasst uns zusammen kommen, uns organisieren, gemeinsam den Käfig verwüsten und die Gitterstäbe aus verschiedenen Formen des Zwanges und der Unterdrückung durchbrechen, um uns neue Wege in die Zukunft zu eröffnen."

Der Staat und seine Bullen, Gerichte und Knastwärter\_innen hoffen, dass uns die Repression brechen und unsere Verlangen zerstören wird. Sie begreifen nicht, dass sie uns damit nur umso mehr Gründe für die Revolte liefern.

Unsere Solidarität gilt allen - egal ob drinnen oder draussen -, die sich gegen die bestehende Ordnung auflehnen.

Wir senden Grüße an diejenigen, die sich in den letzten Monaten für die Rigaer94 in Berlin eingesetzt haben. Die vielen Aktionen und eure Solidarität haben unsere Herzen ebenso erwärmt! Auch der Angriff auf einen Polizeiposten am 27. Juli 2016 in Zürich hat ein Lächeln auf unsere Gesichter gezaubert.

#### **[Basel] U-Haft aller 7 Gefangenen verlängert**

Quelle: <http://ch.indymedia.org/de/2016/08/97901.shtml>

13. August 2016

Nachfolgend ein Update zur Situation der sieben Untersuchungshäftlinge von Basel, die nach einem Umzug am 24. Juni 2016 festgenommen wurden.

Seit dieser Woche ist klar, was sowieso erwartet wurde: Das Zwangsmassnahmengericht hat bei allen sieben Inhaftierten die Untersuchungshaft verlängert und zwar zwischen 4 und 6 Wochen. Mit vorgeschobenen, teilweise abstrusen Argumenten wird die als Untersuchungshaft getarnte Beugehaft begründet. Es ist offenkundig, dass der Staat hier ein Exempel statuieren will, um anarchistische und anti-autoritäre Ideen zu schwächen. Ob die Gefangenen die ihnen vorgeworfenen Taten begangen haben oder nicht, spielt für uns keine Rolle.

Zusätzlich wurde diese Woche eine Person nach einer Vorladung in Haft genommen. Das Zwangsmassnahmengericht hat hier ebenfalls eine mehrwöchige Untersuchungshaft verhängt.

Falls es weitere Personen gibt, welche Vorladungen erhalten haben: Bitte meldet euch bei uns!

Wir wünschen den Gefangenen viel Energie, damit sie auch die weiteren Wochen möglichst unbeschadet überstehen können.

Ihr erreicht uns per Email unter [antirep-basel \[ät\] riseup.net](mailto:antirep-basel@riseup.net)

Falls ihr uns finanziell unterstützen wollt:

AntiRepressions-Gruppe Basel  
4000 Basel  
PC 60-425124-0



## Freiheit für Aaron und Balu

Nach einer Soli-Demo für das von krasser Polizeigewalt und Medienhetze betroffene widerständige Hausprojekt in der Rigaer Straße 94 in Berlin wurden Aaron und Balu in U-Haft gesteckt. Die U-Haft wurde seitdem verlängert.

### [B] Update zu Aaron und Balu

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/186082>

Verfasst von: solikreis. Verfasst am: 28.07.2016

Leider müssen wir euch mitteilen, dass unsere Gefährten Balu und Aaron seit dem 09.07.2016 in Berlin in der JVA Moabit in Untersuchungshaft sitzen. Sie wurden am Rande der R94 Solidemonstration "Rigaer 94 verteidigen! Investor\*innenträume platzen lassen!" in Gewahrsam genommen und später einem Haftrichter vorgeführt. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand, Sachbeschädigung und gefährliche bzw. versuchte gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

Am Donnerstag dem 21.07. fanden die Haftprüfungen statt. Es wurde dort entschieden, dass Aaron und Balu wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft bleiben sollen. Im Moment stehen ihnen auf jeden Fall ca. 3 Monate U-Haft bevor, bis dann irgendwann die zweite Haftprüfung stattfindet.

Die beiden haben juristische Beratung und erfahren Unterstützung von Antirepstrukturen. Trotzdem möchten wir euch aufrufen, die beiden zu unterstützen!

Sie sind gerade in Einzelzellen, das bedeutet, dass sie kaum Möglichkeiten haben mit anderen Menschen in Kontakt zu treten. Deshalb freuen sie sich über jeden Brief von draußen. Es gibt dafür eine Sammeladresse von der aus die Briefe dann weiter geleitet werden:

Lunte/co Rote Hilfe  
Weisstrasse 53  
12049 Berlin

Denkt aber bitte daran, dass jeder Brief auf jeden Fall aufgrund der U-Haft von der Staatsanwaltschaft bzw. dem\*der Richter\*in gelesen wird. Bitte überlegt euch also genau was ihr schreibt! (siehe auch: <http://www.rote-hilfe.de/aktiv-werden/gefangenen-schreiben>) Eine andere Möglichkeit ist selbst Soliaktionen zu machen. Lasst eurer Kreativität freien lauf! Gegebenfalls leiten wir Bilder und Berichte an die beiden weiter. Es werden bestimmt auch noch Aktionen vorm Kanst wie Kundgebungen und Demos folgen, achtet bitte auf Ankündigungen (oder stellt selbst was auf die Beine). Für weitere Infos, Soli-Material wie Flyer, Sticker und Plakate verweisen wir auf unsere homepage: [aaronbalu.blackblogs.org](http://aaronbalu.blackblogs.org)

Die Antirepstrukturen brauchen natürlich auch dringend Geld, jede Spende ist herzlich willkommen. Dazu gibt es 2 Solikonten:

Rote Hilfe e.V.  
GLS-Bank  
IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17  
BIC: GENODEM1GLS  
Stichwort: „support aaron und balu“

oder:  
Schwarz-Rote-Hilfe Münster  
Kto. 282052468  
BLZ 440 100 46  
Postbank Dortmund  
Stichwort „support aaron und balu“

Power durch die Mauer - bis sie bricht!  
Freiheit für Aaron und Balu!

### Free Aaron und Balu – Aufruf zur Solidaritätsdemonstation am Samstag, den 16.7.2016

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/185072>

Verfasst von: Rote Hilfe OG Berlin (Account: [Antirep](#)). Verfasst am: 14.07.2016

Seit der „Investorenräume platzen lassen“-Demo (9.7.2016) sitzen 2 Aktivist\*innen in Untersuchungshaft - In den letzten acht Monaten musste vor Allem die Berliner radikale Linke im Friedrichshainer Nordkiez so Einiges an Repression ertragen. Angefangen bei dem Ausrufen des „Gefahrengebiets“, welches unserer Auffassung noch nicht einmal mit dem Berliner Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) begründet werden kann, bis hin zum nunmehr festgestellten widerrechtlichen Eindringen in die Räume der Rigaer94.

So kam es in kürzester Zeit zu hunderten Kontrollen durch die Polizei, die sich in erster Linie gegen die lokale radikale Linke und die

Bewohner\*innen des Nordkiezes richteten, sowie zur Hausdurchsuchung in der Rigaer94. Dieses, von Frank Henkel (CDU) initiierte, repressive Vorgehen wurde mit Solidaritätsaktionen und der kraftvollen „rebellische Kieze schaffen“-Demo am 6.2.2016, bei der ca. 5.000 Menschen protestierten, beantwortet.

In den letzten acht Monaten musste vor Allem die Berliner radikale Linke im Friedrichshainer Nordkiez so Einiges an Repression ertragen. Angefangen bei dem Ausrufen des „Gefahrengebiets“, welches unserer Auffassung noch nicht einmal mit dem Berliner Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) begründet werden kann, bis hin zum nunmehr festgestellten widerrechtlichen Eindringen in die Räume der Rigaer94.

So kam es in kürzester Zeit zu hunderten Kontrollen durch die Polizei, die sich in erster Linie gegen die lokale radikale Linke und die Bewohner\*innen des Nordkiezes richteten, sowie zur Hausdurchsuchung in der Rigaer94. Dieses, von Frank Henkel (CDU) initiierte, repressive Vorgehen wurde mit Solidaritätsaktionen und der kraftvollen „rebellische Kieze schaffen“-Demo am 6.2.2016, bei der ca. 5.000 Menschen protestierten, beantwortet.

Doch damit nicht genug! Am 22.6.2016 folgte eine weitere Welle und Intensivierung der Repression, die Teilräumung der Rigaer94, welche selbst von dem Berliner Landesgericht am 13.7. als illegal befunden wurde, und der damit verbundene dauerhafte Aufenthalt der Repressionsorgane vor und in der Rigaer94. Daraufhin erlebte Berlin wochenlang schlaflose Nächte, bevor am 9.7.2016 erneut dazu aufgerufen wurde, gegen Gentrifizierung und in Solidarität mit der Rigaer94 zu demonstrieren. Die Polizei griff die Demonstration mehrmals mit völlig unverhältnismäßiger Gewalt an. Dabei wurden die Teilnehmer\*innen der Demonstration mit Fäusten, Knüppeln und Pfefferspray attackiert. Am nächsten Tag vermeldete die Berliner Polizei 86 Festnahmen.

Aaron und Balu wurden einem Haftrichter vorgeführt und sitzen nach wie vor in Untersuchungshaft. Unter dem scheinheiligen Vorwurf der Fluchtgefahr, wurden beide in der JVA Moabit eingekerkert. An ihnen soll ein Exempel statuiert werden, welches nur der Einschüchterung der radikalen Linken dienen kann. So wird versucht unseren Widerstand zu brechen und das auf Kosten zweier Menschen, die sich solidarisch mit der Rigaer94 zeigten und sich gegen eine, nach kapitalistischer Verwertungslogik umstrukturierte Stadt, aussprechen.

Lasst uns auch diesmal gemeinsam zeigen, dass wir nicht einzuschüchtern oder zu brechen sind.

Vor Allem vergessen wir keine Menschen, die an unserer Seite kämpfen und unsere Solidarität benötigen!

Deswegen setzen wir ein sichtbares Zeichen für die beiden Inhaftierten. Wir treffen uns zur Soli-Demonstration am 16.7.2016 um 20 Uhr vorm U-Bahnhof Turmstraße und ziehen gemeinsam zum Knast in Moabit wo wir unsere solidarischen Grüße für Aaron und Balu hinterlassen!

FREE AARON UND BALU!!!

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!!!

Rote Hilfe OG Berlin

#### **Gemeinsame Erklärung aus dem Knast 26.07.16**

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/186339>

Verfasst von: Aaron & Balu.

Der doppelt negative Ausgang unserer Haftprüfungen ist der letztnotwendige Beweis für den politischen Charakter unserer Inhaftierung in der JVA Moabit in Berlin. So stellen wir uns gerne der maroden Beweislage der Staatsanwaltschaft, die trotz nachweislich sozialer, beruflicher, familiärer und wissenschaftlicher Verpflichtung, „keine Verankerung in unseren Leben“

festzustellen vermag und eine akute „Fluchtgefahr“ herbeiphantastiert.

Dieses politisch begründete Hirngespinnst soll scheinbar ein Zeichen setzen – gegen uns alle! Offensichtlich ist, dass zuerst die Polizei, dann die Staatsanwaltschaft und zuletzt die „Justiz“ als verlängerter Arm der Berliner Innenpolitik agieren.

Aber auch wir geben uns alle Mühe: Wir tragen die Haft mit Würde, kämpfen mit unseren eigenen Schwächen und nutzen die Zeit um all das zu lesen, wofür uns der alltägliche Wahnsinn vorher nicht die Zeit lies.

Nach der Willkür der Wärter, die lieber als „Meister“ angesprochen werden, obwohl wir uns in einem „Menschenzoo“ befinden, gibt es derzeit „Freistunde“ und Aufschluss. Entsprechend finden wir uns öfter als uns das lieb wäre, allein in unseren Zellen wieder.

Damit konfrontiert, nicht nur einen schönen Sommer hinter Gittern zu verbringen, müssen wir auch von Freund\*innen, Geburtstagen, Studium, Familie, Konferenzen und Veranstaltungen Abschied nehmen. Stattdessen: Knastfraß, Langeweile und Haftschaden!

Jeden morgen um 6:20 Uhr („Guten Morgen!“) zu realisieren immernoch eingesperrt zu sein und am – sonst so erwarteten – Wochenende mit einer Stunde an der „frischen Luft“ auskommen zu müssen. Wichtigen Schriftverkehr überteuert (eine (!) Kopie kostet 50 Cent!) und mit Kontrollverzögerung abzuwickeln.

Das dieses Zuchthaus kein passendes Medium zur „Resozialisierung“ (ganz gleich welches Verbrechen den Gefangenen angelastet wird) darstellt, ist nicht erst seit heute bekannt. Das bezeugt sogar ein Anstaltsleiter aus Bayern (!) in der Knastzeitschrift „lichtblick“. Dabei ist der Knast Gedankenschmiede für Verhalten abseits der solidarischen Gemeinschaft. In diesem System verdammt der Staat Rechtsbrecher\*innen isoliert und auf engsten Raum zu verweilen, anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Trotz allem bleiben unsere Gedanken immer bei den Menschen draußen, im institutionalisierten, sich ausbreitenden Ausnahmezustand. Die Tag für Tag für eine bessere, eine freie Welt kämpfen und sich auch von der offen und schamlos agierenden Gewalt nicht abschrecken lassen. Bei all jenen die ihre Wut und ihre Enttäuschung über die herrschenden Verhältnisse auf die Straße tragen. Jenen, die ihre Hoffnungen und Träume formulieren und sich weigern stillschweigend die Ungerechtigkeiten hinzunehmen. Und auch jenen, die ihr bestes geben um ihre Mitmenschen solidarisch zu unterstützen.

Vereint im Ziel gibt es keine Hierarchie in der Wahl der Mittel!

Überall werden alternative Lebensentwürfe zurückgedrängt und werden die Räume, die für ein selbstbestimmtes und -verwaltetes Leben unverzichtbar sind, angegriffen.

Grade auch, weil diese Räume, ganz besonders heute, Schutzräume für viele Menschen, getroffen von Verfolgung, sind, gilt es sie zu verteidigen! Die ständigen staatlichen Angriffe können wir nur gemeinsam überstehen. Nur solidarisch, in gegenseitiger Achtung können wir die öffentlichen Plätze und Räume wiederbeleben.

Für uns in Haft ist es ganz deutlich, dass wir nicht alleine sind, da Eure Unterstützung und Euer Durchhaltevermögen uns tagtäglich – in Briefen oder Berichten – erreichen.

Das Ergebnis der „Festung Europa“ vor Augen fordern wir Freiheit für alle Abschiebegefangenen und politisch Inhaftierten!

Dankbar und vor allem kämpferisch!

Balu & Aaron

### **Briefe an Aaron und Balu**

Quelle: <http://www.berlin.rote-hilfe.de/briefe-an-aaron-und-balu/>

3. August 2016

An alle solidarischen Menschen, die Aaron und Balu schreiben wollen.

Wenn ihr im Briefaustausch mit beiden stehen wollt und nicht eure eigene Adresse verwenden wollt, könnt ihr unsere Adresse oder die eines nahe gelegenen Infoladens verwenden. Sprecht das bitte vorher mit dem Infoladen eures Vertrauens ab.

Um auch eine Antwort erhalten zu können, müsst ihr mit uns oder dem Infoladen eures Vertrauens absprechen, wie euch die Antwort zugestellt werden kann. Falls ihr uns (oder Andere) kontaktiert, müssen wir euch zuordnen können. Deshalb teilen wir euch auf Anfrage ein Pseudonym mit, unter dem Ihr Aaron und Balu schreiben könnt. Unter diesem Pseudonym, das nur wir zuordnen können, können wir die Antworten auch an die richtigen Absender zurücksenden.

Eine weitere wichtige Info die zu beherzigen wäre, ist die, dass falls ihr Briefe in den Knast schickt, dort keine juristisch relevanten Informationen oder Ähnliches reingeschrieben werden. Wie jeder weiß, werden Knastbriefe mitgelesen. Denkt bitte daran eine oder mehrere Briefmarken beizulegen. Die Gefangenen haben nur ein sehr stark beschränktes Budget. Daher erinnern wir an dieser Stelle zusätzlich nochmal an das Solikonto.

Adressen:

Aaron:

Buchnr.: 1777/16/7 (als Ersatz für Namen)

Balu:

Buchnr.: 1776/16/8 (als Ersatz für Namen)

JVA Moabit

10559 Berlin

Alt Moabit 12a

## **Gefangene des Kohle-Widerstands: Yu und Clumsy frei, Turtel weiter in Haft**

Diesen Sommer ging der Staat mit harten Bandagen gegen den Widerstand gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz vor. Ein Widerstandscamp wurde geräumt und mehrere Leute in U-Haft gesteckt. Yu ist nach einem Monat am 15. Juni entlassen worden, Clumsy am 20. Juli (siehe weiter unten). Turtel, inhaftiert am 14. Mai, sitzt immer noch. Seine Postadresse:

JVA Ebrach  
Moritz Neuner  
Marktplatz 1  
96157 Ebrach

### **Clumsy ist frei, aber das Verfahren noch nicht vorbei.**

<https://abcdd.org/2016/07/15/clumsy-ist-frei-aber-das-verfahren-noch-nicht-vorbei/>

15. Juli 2016

Erster Tag des Verfahrens gegen Clumsy in Görlitz.

Letzten Dienstag fand der erste Verhandlungstag gegen den Anarchisten\* Clumsy statt. Er wurde während der [LAutonomia](#)-Räumung festgenommen und ihm wird vorgeworfen, sich mit drei weiteren Menschen an die Schienen des Kraftwerks Schwarze Pumpe gekettet zu haben, um die Kohlezufuhr zu unterbinden. Für „die Störung öffentlicher Betriebe“ kann es eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren geben. Zusätzlich erwartet ihn eine Strafe für Hausfriedensbruch wegen der LAutonomia-Besetzung.

Vor dem Verfahren war Clumsy ca. sechs Wochen wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft.

Ca. 20 – 30 Menschen folgten dem Aufruf verschiedener Gruppen, unter anderem [ABC Rhineland](#) und ABC Dresden und versammelten sich vor dem Gericht, um ihre Solidarität mit Clumsy zu zeigen. Während der Kundgebung gab es Redebeiträge und es wurden Sprechchöre gerufen wie „Brick by brick, wall by wall, make this shitty prison fall“.

Alle, die sich das Verfahren anschauen wollten, mussten ihre Personalien abgeben. Diese wurden von den Cops gecheckt, unter dem Vorwand, ausstehende Haftbefehle zu überprüfen. Zudem wurden alle Ausweise gescannt/kopiert. Diese richterliche Anordnung wurde mit eventuellem zivilen Ungehorsam während der Verhandlung begründet. Im Verhandlungsraum gab es zudem drei bewaffnete Zivilbeamte. Ausserdem war es allen Personen, die nicht der Presse angehörten, untersagt, elektronische Medien mit zu führen.

Clumsy wurde mit Handschellen in den Verhandlungsraum gebracht, die erst abgelegt wurden, als der Richter den Raum betrat. Während des Verhandlungstages wurden drei Zeug\_innen vernommen – der leitende Beamte der Ermittlungen, eine Mitarbeiterin von Vattenfall für Umweltschutz und Renaturierung und der Sicherheitschef von Vattenfall. Die Zeug\_innen konnten keine ausreichenden Informationen bieten, um eine richterliche Entscheidung zu ermöglichen, so dass die Fortsetzung des Verfahrens auf den nächsten Mittwoch, 20. Juli gelegt wurde. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und Clumsy wurde frei gelassen.

Die hohen Sicherheitsanordnungen für das Gericht schienen ziemlich lächerlich. Es bleibt unklar was das Gericht erwartete und warum es der Meinung war, bewaffnete Zivilbeamte im Verhandlungssaal zu postieren. Aber es zeigt einmal mehr das hohe Repressionslevel gegen Klimaaktivist\_innen.

Wir möchten CLumsy an dieser Stelle zu seiner Freilassung gratulieren und alle aufrufen auch am nächsten Mittwoch solidarisch die Verhandlung zu begleiten.

Solidarität mit Clumsy.

ABC Dresden

## (3) Repression hinter Gittern

### Haftanstalt suspendiert Lehrerin

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/en/node/185005>

Created by: Thomas Meyer-Falk. Created on: 13.07.2016

Vor wenigen Tagen suspendierte die JVA Freiburg eine Lehrerin der Abitur-Klasse der Haftanstalt. Frau R. darf nicht mehr in der Anstalt unterrichten.

#### Die Abitur-Klasse

Bis vor wenigen Jahren wurde das Bildungszentrum der JVA Freiburg eng vom Katholischen Bildungswerk unterstützt, doch nach über 30 Jahren löste das Land die Kooperationsvereinbarung auf, so dass auch strukturelle Veränderungen erfolgten. Wurde früher via Telekolleg der Erwerb von Fachhochschulreife und später via Berufskolleg, der das Abitur ermöglicht, stellte man nun auf die sogenannte Schulfremdenprüfung für die allgemeine Hochschulreife um.

Hierfür wurden Lehrkräfte von Regelgymnasien an das erwähnte hiesige Bildungszentrum stundenweise abgeordnet; d.h. sie unterrichten weiter an ihren Regelschulen und ergänzend dann noch hier die Abitur-Klasse.

So lernten die Schüler im September 2015 Frau R. kennen, sie hatte zuvor noch nicht im Strafvollzug gearbeitet und begegnete den Schülern (darunter auch ich) auf Augenhöhe, forderte verantwortliches Handeln ebenso, wie die Bereitschaft, sich auf noch Unbekanntes einzulassen.

Sie unterrichtete in den Fächern Deutsch und Ethik, zwei Fächer, die von Kommunikation und Austausch geradezu leben. Hier hilft es wenig, bloße Formeln auswendig zu lernen, bestimmtes Fachvokabular. Wenn man, wie die Klasse, über mehrere Monate intensiv Max Frischs „Homo Faber“ liest und interpretiert, kennt man am Ende die Hauptfigur und sich selbst besser, als den Nachbarn am Schultisch. Ihr halbes Deputat erfüllte sie also in der JVA, die andere Hälfte als Beratungslehrerin und Beraterin an regulären Gymnasien.

#### Konflikte in der Klasse

In jeder Gemeinschaft gibt es Konflikte, erst recht in einer Haftanstalt, wo Menschen sitzen, die mit ihrer ganz speziellen Biografie letztendlich dort gelandet sind, hinter Gittern. Ob regelmäßiges „zu-spät-zum-Unterricht-kommen“, oder „nicht-gemachte-Hausaufgaben“, wie auch einen ersteren Konflikt zwischen zwei Schülern. Stets war Frau R. ansprechbar, vermittelte, forderte Eigenverantwortung und verträgliche Konfliktlösungen ein. Immer wieder stieß sie auch an die Grenzen des Sicherheitsapparates, wenn sie Ideen einbringen wollte, deren Umsetzung am Regime der Anstalt scheiterten.

Gefängnisse sind Orte, an denen schon ein USB-Stick unmittelbar Probleme mit dem Sicherheitsapparat nach sich ziehen.

#### Juni 2016 – Frau R. erscheint nicht zum Unterricht

Eigentlich verabschiedete sich Frau R. nur für einen mehrwöchigen Urlaub nach Down Under, deckte uns noch ordentlich mit Hausaufgaben für ihre Urlaubszeit ein. Sie wollte uns während der sich anschließenden regulären Schulsommerferien weiter unterrichten, wenn die übrigen Lehrkräfte abwesend sein würden. Als sie dann nicht zum eigentlich vorgesehenen Unterricht nach ihrem Urlaub erschien, wurde die Klasse von der JVA-Schulleiterin Frau M. getröstet. Erst am 6. Juli 2016 teilte Frau M. mit, dass ihre Kollegin nicht mehr zum Unterricht erscheinen werde. Die Anstalt sei händierend bemüht, bis nach den Schulsommerferien Lehrkräfte für Deutsch und Ethik zu organisieren. Über die Hintergründe wolle und könne sie uns jedoch nichts sagen. Zwischenzeitlich teilte Frau R. jedoch selbst in einem Schreiben mit, sie sei suspendiert worden, weil man sie für „nicht systemkompatibel“ erachtet habe. Sie sei „sehr gerne“ in die Anstalt gekommen, habe dort „interessante und liebenswerte“ Menschen kennen gelernt, ohne dabei deren „erhebliche Straftaten“ ausblenden zu wollen.

Für sie bedeute Bildung „mehr als Wissen“, es gehe auch immer darum, „Mut zu einer gewissen Nähe“ zu haben, dabei jedoch auch „Rolle und Profession“ als Lehrkraft nicht zu vergessen.

#### Einschätzung der Situation

Für die Klasse, letztlich aber auch das LehrerInnenkollegium und die Anstalt ist der – man kann es nicht anders sagen – Rauswurf von Frau R. ein Verlust, denn der Strafvollzug braucht frische, unverbrauchte, optimistische, lebendige, lebensbejahende externe Kräfte, die in die Anstalt kommen, ob nun um dort zu unterrichten, Gefangene zu besuchen, zu betreuen oder zu begleiten. Nicht, dass es die erste Lehrerin gewesen wäre, mit der man derart umsprang; schon in den 90'er Jahren wurde ähnlich mit einer engagierten Lehrerin verfahren. Es scheint so, als würden Menschen, die ein Maß an Einsatzfreude zeigen, welches über das von der Leitung vorgegebene Maß hinaus geht, auf (massive) Abwehr durch den Justizapparat stoßen. Nun kommt für Freiburg noch hinzu, dass dort ein Anstaltsleiterwechsel erfolgte; Herr Völkel war früher in Hamburg Anstaltsleiter und möglicherweise möchte oder muss er sich hier als Behördenleiter ein „standing“ verschaffen, oder er möchte auch nicht mit einer Entscheidung gegen „seinen“ Apparat die eigene Zukunft in der JVA gleich zu Beginn belasten.

Ehrenamtliche GruppenbetreuerInnen berichten seit einiger Zeit, dass sie entgegen früherer Praxis keine Lebensmittel mehr

einbringen können. Während sie also früher regelmäßig Gebäck, selbst Pizzen mitgebracht hätten, falle dies heute alles flach. Insofern ist der harte und menschlich bedrückende Umgang mit Frau R. symptomatisch für die Sicherheitsfixierung, nicht nur dieser Anstalt, sondern der auch außerhalb der Gefängnismauern zu beobachtende Umgang mit „Risiken“. Frau R. wurde als ein derartiges „Risiko“ eingeschätzt, dass selbst ein persönlicher Abschied nicht ermöglicht wurde.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA (SV), Hermann-Herder-Str. 8, D-79104 Freiburg  
<https://freedomforthomas.wordpress.com>

## Schikanen gegen Gülaferit Ünsal

Quelle: <http://soligruppeguelaferituensal.blogspot.de/2016/06/30/schikanen-gegen-guelaferit-uensal/>  
30. Juni 2016

Die JVA-Lichtenberg ist zur Zeit mit 133% überbelegt (Stand 29. Juni 2016).

Im Gefängnis werden sogenannte Regeln aufgestellt die für alle gelten. Nur wenn es darum geht den Frust der Gefangenen zu kanalisieren, werden manchmal diese Regeln ausgesetzt. Politischen Gefangenen wird bewusst versucht den Aufenthalt so unangenehm und schädigend wie möglich zu machen.

Über Gülaferits Zelle waren/sind Gefangene die die ganze Zeit am Laut Musik hören, sie lassen laute Fernseher rund um die Uhr laufen, tun sich auch nachts brüllend unterhalten, obwohl ab 22 Uhr Ruhezeit ist. Eingaben, Beschwerden das alles bringt nichts. Selbst als die Frau über ihr ihre Zelle anzündete gab es keine Verbesserungen. Die Sozialarbeiter\*Innen, die neue Gefängnisleitung und die sogenannte "Sicherheit" gehen ihr aus dem Weg oder suchen Ausreden. Als Sie laut dagegen protestierte, weil ihr nichts anderes half, wurden ihr wieder ihre Zeitungen verwehrt. Es wurde gar behauptet die Zelle über ihr sei gar nicht belegt.

Auf ihrer Station: Von vielen Gefangenen auf Gülaferits Station gab es Beschwerden gegen eine Gruppe von Frauen, die immer laut sind und Ärger machen, mit Duldung der Wärter\*Innen. Diese Gruppierung macht Gülaferit dafür verantwortlich und versucht Gülaferit seit Monaten sozial zu isolieren. Die Sozialarbeiter\*Innen weigern sich eine Gefangenen-Versammlung einzuberufen, die Stimmung sei explosiv.

Das ist auch was Gülaferit ärgert, das die Drogen, trotz Verbot ungehindert rein kommen, ihre Zeitungen aber nicht. Drogen und andere Gefälligkeiten machen Gefangene erpressbar, deshalb ändert sich stündlich die Situation unter den weiblichen Gefangenen.

Gülaferit hatte im Gefängnis Kleidung im Wert von 275 € bestellt, es wurden ihr aber die falschen zugesendet. Wir draußen senden dann einfach das Paket wieder zurück. Jenes taten auch angeblich die Wärter\*Innen, allerdings ohne beweisenden Rückschein. Das Paket kam nie zurück an, Gülaferit bekam ihre 275 € nie zurück.

Während Besuchsterminen werden einfach 10 Minuten Besuchszeit beschnitten, schlicht weil sie Gülaferit nicht zum Besuchsraum bringen, so war es letzte Woche schon mal eine Viertelstunde, die der Besuch im Besuchsraum sitzt, ohne dass sie Gülaferit zum Besuch bringen. Das Treffen wurde dann trotzdem schon nach 45 Minuten durch die Wärter\*Innen beendet, obwohl eine Stunde ausgewiesen war.

Alle diese Punkte müssen schon als Versuch angesehen werden Gülaferit Ünsal als politische Gefangene zu brechen oder zu provozieren. Die Schikanen gehen weiter.

Der Kampf auch!

## Repression gegen die Gefangenengewerkschaft in der Justizanstalt Graz-Karlau

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/184647>  
10.07.2016

Liebe Kolleg\_innen, unser Kollege Oliver Riepan wurde am 8. Juli 2016 auf Veranlassung der Leiterin des Maßnahmenvollzugs in der JA Graz-Karlau, Frau Dr. Alexandra Wabneg-Harnisch, abgesondert und in den anstaltsinternen Arrest verlegt. Riepan befindet sich seit mehreren Monaten in einem unbefristeten Hungerstreik, um gegen die schikanösen und gewerkschaftsfeindlichen Attacken in der JA Graz-Karlau zu protestieren.

Des Weiteren erfolgten gegen unseren engagierten Kollegen mehrere Zellenrazzien, und genehmigte Besuche von Journalist\_innen wurden kurzerhand verweigert.

Offizieller Hintergrund für diese fortgesetzte Drangsalierung gegen unseren österreichischen GG/BO-Aktivistin sei demnach, dass Oliver Riepan anderen, in der Regel migrantischen Gefangenen dabei geholfen habe, Ansuchen und Eingaben gegen Rechtsverletzungen zu formulieren. Dieser solidarische Akt für und mit Inhaftierten wird nun regelrecht kriminalisiert: der Kollege Riepan soll nach gut unterrichteten Kreisen in den folgenden Tagen in die JA Stein zwangsverschubt werden.

"Wir sehen diese Schikanen und Repressalien gegen Oliver Riepan und den Aufbauprozess der Gefangenen-Gewerkschaft in Österreich seitens der JA-Leitung in Graz-Karlau als Versuch an, das Gewerkschaftsrecht und die legitimen Forderungen nach einer Pensionssicherung und einen Mindestlohn hinter Gittern zu torpedieren," so der GG/BO-Sprecher Oliver Rast.

Die GG/BO ruft Aktivist\_innen in den sozialen Bewegungen und progressiven parlamentarischen Fraktionen Österreichs auf, sich mit dem Gewerkschaftsaktivisten Oliver Riepan zu solidarisieren, damit die permanente Rechtsbeugung in österreichischen Justizanstalten nicht nur öffentlich thematisiert wird, sondern ein Ende finden kann...

Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO), Berlin/Wien, 10. Juli 2016

Gefangenen-Gewerkschaft/  
Bundesweite Organisation (GG/BO)  
c/o Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin  
www.gefangenengewerkschaft.de  
info@gefangenengewerkschaft.de  
  
facebook.com/Gefangenengewerkschaft

## **U-Haft in Bayern: Auf Erdogans Wunsch im deutschen Gefängnis?**

Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tuerkei-auf-erdogans-wunsch-im-deutschen-gefaengnis-a-1105210.html>  
29.07.2016

Zehn Menschen türkischer Herkunft sitzen in Deutschland in Haft, weil sie eine Terrororganisation in ihrer Heimat unterstützt haben sollen. Eine der Betroffenen glaubt an einen Racheakt von Präsident Erdogan. Besuch im Hochsicherheitstrakt von Stadelheim.

Dilay Banu Büyükcavci sitzt hinter einem dicken Glasfenster. Als ihr Anwalt den Raum betritt, steht sie auf. Die beiden begrüßen sich, indem sie ihre Hände an die Scheibe legen. Hand an Hand. Büyükcavci, 45, türkische Staatsbürgerin, braune, lockige Haare, dezent geschminkt, elegante Bluse, sitzt in der Justizvollzugsanstalt München in der Stadelheimer Straße in Untersuchungshaft, seit über einem Jahr. Laut Strafprozessordnung ist die Trennscheibe bei "dringendem Verdacht einer Terrorismusstraftat" vorgeschrieben. Sie soll verhindern, dass Terrorbeschuldigte mithilfe von Besuchern Geheimschriften an die Außenwelt schmuggeln.

Büyükcavci blickt durch das Glas, schüttelt den Kopf, und in ihrem Blick liegt immer noch ein wenig Verwunderung über ihre Situation. "Was habe ich denn mit Terrorismus zu tun?", fragt sie.

Büyükcavci soll eine Organisation mit Spendengeldern unterstützt haben, die nach Ansicht der Bundesregierung womöglich eine Terrororganisation ist. Es geht um die 1972 gegründete Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch, kurz: TKP/ML. Das [Bundesjustizministerium](#) hat die Bundesanwaltschaft ermächtigt, gegen Anhänger dieser Gruppe in Deutschland zu ermitteln; hier soll sie 1300 Mitglieder haben.

Insgesamt zehn Menschen sitzen in bayerischen Gefängnissen in U-Haft, darunter Büyükcavci als einzige Frau, die diese Partei mit Spendengeldern unterstützt haben sollen. Büyükcavci selbst sagt, sie habe sich nur für eine Migrantenorganisation engagiert. Die allerdings soll der TKP/ML nahestehen. Eine Versammlung hier, ein bisschen Spendensammeln da und Unterstützung von ausländischen Frauen bei Behördengängen und beim Integrieren in Deutschland. Kein Terror, keine Gewalt, sagt sie.

### **Von der Anti-Terror-Einheit aus dem Café abgeführt**

Bis zum 15. April 2015 arbeitet Büyükcavci als Ärztin am Klinikum Nürnberg. Ihre Kollegen bezeichnen sie als "beliebt, kompetent und voll integriert". Ihre Festnahme sei für viele "ein Schock" und "nicht nachvollziehbar" gewesen.

Büyükcavci hat ihr Medizinstudium zwar in der Türkei absolviert, aber weil sie sich auf Psychiatrie spezialisieren wollte und es den passenden Studiengang in der Türkei nicht gab, kam sie 2005 nach Deutschland. Sie lernte Deutsch, studierte, promovierte, arbeitete, beantragte 2012 die deutsche Staatsbürgerschaft, die sie bislang noch nicht erhalten hat.

An jenem Mittwoch im April saß sie nach der Arbeit mit Freunden in einem Café, als plötzlich eine schwer bewaffnete Anti-Terror-Einheit anrückte und Büyükcavci und ihren Lebensgefährten festnahm. "Man hielt mir einen 60-seitigen Haftbefehl vor", erinnert sie sich.



Seither sitzt sie im Gefängnis. "Ich war vier Monate in Isolationshaft. 23 Stunden allein in der Zelle, eine Stunde Hofgang, wobei ich niemandem begegnen durfte. Warum?", sagt sie. "Was habe ich getan?"

Inzwischen wurden die Haftbedingungen zwar ein wenig gelockert. Sie empfinde ihre Lage aber "immer noch als Folter", und sie halte sie nur aus, weil sie sich als Psychiaterin viel mit dem Thema Isolation auseinandergesetzt habe. "Ich versuche, das Ganze als Experiment am eigenen Leib zu sehen."

Tatsächlich ist die TKP/ML keineswegs eine harmlose Organisation. In der Türkei wird ihr bewaffneter Arm für mehrere Terroranschläge verantwortlich gemacht. Sie kämpft erklärtermaßen gegen den türkischen Staat, sieht sich als Guerilla-Organisation, legt Sprengsätze und bedroht beispielsweise Baufirmen, die Aufträge von der Armee annehmen, oder Händler, die das Militär beliefern. Mehrfach hat sie Menschen erschossen und Bomben gelegt. Bei einem Anschlag kamen vier Kinder ums Leben. In der Türkei ist die Gruppe deshalb schon seit Langem verboten.

Die harsche Behandlung der Angeklagten in Deutschland und die inzwischen unverhältnismäßig lange U-Haft ist dennoch verwunderlich, da die Bundesanwaltschaft den Verdächtigen keine Gewalttat vorwirft, auch nicht, eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland zu sein.

### **"Geht es hier um Recht oder Politik?"**

Büyükcavci und die anderen neun Verdächtigen glauben, Opfer des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan geworden zu sein, dessen langer Arm bis nach Deutschland reiche. Sie sitze im Gefängnis, weil sie Kommunistin und Feministin sei und es gewagt habe, den autoritären Staatschef öffentlich zu kritisieren. Sie sei schon immer politisch aktiv gewesen, "links", sagt sie. Und gegen Erdogan. Glaubt man ihren Ausführungen, spielt vielleicht auch Naivität eine Rolle, der mit ihrem Idealismus einhergeht. Ihr Verteidiger Yunus Ziyal sieht sie jedenfalls als politischen Häftling. "Es drängt sich der Verdacht auf, dass es hier nicht um Recht, sondern um Politik geht."

Der türkische Präsident Erdogan selbst hat erst diese Woche wieder im ARD-Interview die [Auslieferung von "Terroristen" verlangt](#). Erst kürzlich hatten türkische Sicherheitsbehörden die Bundesregierung in einem geheimen Dossier vor einer neuen "linken Terrorfront" in der Türkei gewarnt, in dem auch ausdrücklich die TKP/ML als Verbündeter der kurdischen PKK genannt wird.

Bemerkenswert ist, dass einige der Angeklagten in der Türkei wegen ihrer angeblichen Nähe zur TKP/ML in Haft saßen, flüchten konnten und in Deutschland Asyl erhielten.

Festnahmen als politischer Liebesdienst für die Türkei? Die Bundesregierung dementiert ausdrücklich, dass das Vorgehen eine Art Gefälligkeit für Ankara wäre. Auf eine Anfrage der Linken im Bundestag, ob die türkische Regierung damit zu tun habe, antwortete die Bundesregierung: "Weder das Bundeskriminalamt noch der Generalbundesanwalt beim [Bundesgerichtshof](#) wurden von türkischen Behörden ersucht oder gebeten, strafrechtlich gegen die TKP/ML vorzugehen."

### **Langer Prozess in München**

Mit anderen Worten: Es war eine Entscheidung der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe selbst. Warum ausgerechnet gegen die TKP/ML? Ab wann ist eine Organisation eine Terrororganisation? Geht es ausschließlich nach juristischen Kriterien oder doch nach politischen?

Wusste sie denn nichts von den Anschlägen der TKP/ML in der Türkei? Büyükcavci guckt ungläubig. "Was habe ich mit denen zu tun? Ich habe mich für Migranten und Frauen in Deutschland eingesetzt, in einer Organisation, die in Deutschland nicht verboten ist."

Berlin verweist auf Paragraph 129b des Strafgesetzbuches als rechtliche Grundlage. Dieser stellt die Gründung, aber auch die Unterstützung und das Werben für eine "kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland" unter Strafe. Er war die Reaktion der Bundesregierung auf die Terroranschläge vom 11. September 2001. Die Bundesanwaltschaft braucht ganz ausdrücklich die "Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz". Konkrete Taten müssen den Beschuldigten dabei nicht zur Last gelegt werden.

Bei dem Prozess gegen Büyükcavci und die Mitangeklagten, der im Juni begonnen hat, handelt es sich laut Bundesanwaltschaft um ein "Pilotverfahren". Darin müsse erst einmal geklärt werden, ob es sich bei der TKP/ML überhaupt um eine terroristische Vereinigung handle. Bis Oktober wird es mindestens dauern - ein langer Prozess.

Die Erkenntnisse, auf denen die Vorwürfe basieren, stammen wahrscheinlich zum größten Teil von türkischen Ermittlungsbehörden. Die Bundesregierung selbst will dazu mit Verweis auf das laufende Verfahren des Generalbundesanwalts keine Angaben machen. Man habe jedoch über das Thema mehrfach auf politischer Ebene mit der türkischen Seite gesprochen, heißt es. Und die Bundesanwaltschaft ermittelt in der "Staatschutzsache" schon seit 2006 und lässt Verdächtige beobachten - mit Genehmigung der Bundesregierung.

Nach Ansicht der Angeklagten will Berlin aber auch deshalb keine konkreteren Angaben machen, weil man genau wisse, dass

türkische Ermittlungsergebnisse oft politisch motiviert und damit wertlos seien. [Tausende Entlassungen nach dem gescheiterten Putsch](#), ohne rechtliche Grundlage, ohne Prozess, ohne Beweise, seien ein Beleg dafür.

Jetzt, im Juli, haben die Anwälte die Einstellung des Prozesses beantragt. Dilay Banu Büyükavci hofft, dass sie bald wieder als Ärztin in ihrer Klinik arbeiten kann; ihre Stelle hat man ihr seit ihrer Festnahme freigehalten. Aber bis dahin wird sie weiter eine "dringend verdächtige Terrorbeschuldigte" sein.

---

**Zusammengefasst:** Eine Türkin sitzt unter harten Bedingungen in deutscher Untersuchungshaft, weil ihr vorgeworfen wird, eine Terrororganisation in der Türkei zu unterstützen. Sie hält sich für einen politischen Häftling und wirft der Bundesregierung vor, nach Erdogans Wunsch zu handeln. Berlin dementiert das. Problematisch ist, dass der Prozess, der ihr und neun weiteren Angeklagten gemacht wird, sich vermutlich zum größten Teil auf türkische Ermittlungsergebnisse stützen muss - und diese sind oft politisch motiviert und damit wertlos.

## Zensur in der JVA Freiburg

In Freiburg hat sich diesen Sommer eine GG/BO-Soligruppe gegründet und unterstützt seitdem die Sektion der Gefangenengewerkschaft in der JVA Freiburg mit ihrem Sprecher Afaq Sajid. Diesen Organisations- und Aufbauprozess versucht die Anstaltsleitung durch das Nichtaushändigen von Info-Material zu erschweren, wenn nicht sogar zu verhindern. Die ganze Sache wurde von der GG/BO skandalisiert und von den Medien aufgenommen.

### JVA Freiburg schränkt Recht auf informelle Selbstbestimmung ein

Quelle: <http://ggbo.de/jva-freiburg-schraenkt-recht-auf-informelle-selbstbestimmung-ein/>

1. August 2016

Seit über zwei Wochen wird dem Gefangenen Afaq S., unserem Kollegen, Mitglied und Sprecher der Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) in der JVA Freiburg die Aushändigung von zugesandten Flyern der GG/BO verweigert. Nun beantragt er beim Landgericht Freiburg eine richterliche Überprüfung dieser Anordnung.

Es geht um mehrere vierseitige Flugblätter, welche neben Kontaktadressen und Beitrittserklärungen, vor allem einige allgemeine Informationen zur GG/BO enthalten. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass es sich hierbei um „unerlaubte Beilagen“ handle.

Die GG/BO hat sich 2014 gegründet und hat mittlerweile einige hundert Mitglieder. Hinsichtlich der Gewerkschaftsgründung stützt sie sich u.a. auf das Grundrecht, Interessensvereinigungen zu bilden, wie es der Artikel 9 Abs.3 Grundgesetz (Koalitionsrecht) vorsieht.

In einem ähnlichen Fall hat das Landgericht Krefeld im Dezember 2015 jedoch den Beschluss getroffen und festgestellt, dass die Nichtaushändigung von Werbebroschüren mit Mitgliedsanträgen an einen Gefangenen in der JVA Willich 1 rechtswidrig war.

Die Leitung der JVA Freiburg scheint dies allerdings (noch) nicht zu kümmern. Leichtfertig greift diese durch ihre Maßnahme in grundrechtlich geschützte Freiheiten, wie die der Informationellen Selbstbestimmung des Gefangenen ein und versucht darüber hinaus hier ein Exempel zu statuieren, um weitere Interaktion mit der GG/BO zu verhindern.

Wir bewerten die Anhalteverfügung der Anstaltsleitung als Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuch von GewerkschafterInnen hinter Gittern und fordern die sofortige Aushändigung der einbehaltenen GG/BO-Infomaterialien!

Freiburg, 01. August 2016

Kontakt:

GG/BO Soligruppe Freiburg

E-Mail: [ggbo\\_support\\_freiburg@riseup.net](mailto:ggbo_support_freiburg@riseup.net)

### Die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) kritisierte am Dienstag die Justizvollzugsanstalt (JVA) Freiburg. Deren Leitung verhindere die Verteilung von Werbebroschüren und Mitgliedsanträgen der GG/BO:

Quelle: <http://www.jungewelt.de/2016/08-03/038.php>

03. August 2016

Ein Insasse der JVA Freiburg ist Mitglied und Sprecher der Gefangenengewerkschaft GG/BO, die ihm vierseitige Flugblätter zukommen lassen wollte. Die Flugblätter, die neben Kontaktadressen und allgemeinen Informationen zu Forderungen nach

Mindestlohn oder voller Sozialversicherung auch Beitrittserklärungen enthalten, sollte er unter den Häftlingen verteilen. Die Gefängnisleitung untersagte dies mit der Begründung, es handele sich dabei um unerlaubte Beilagen. Die Anordnung ist laut Gewerkschaft GG/BO unrechtmäßig, weil dadurch das Recht auf informelle Selbstbestimmung eingeschränkt werde. Nun soll das Landgericht Freiburg die Sache prüfen.

#### **Gefangenengewerkschaft kritisiert JVA Freiburg (Bericht des SWR)**

Quelle: <http://ggbo.de/gefangenengewerkschaft-kritisiert-jva-freiburg/>

2. August 2016

Die bundesweit tätige Gefangenengewerkschaft GG/BO übt harsche Kritik an der JVA Freiburg. Die Anstaltsleitung würde die Verteilung von Werbebroschüren und Mitgliedsanträgen verhindern. Ein Insasse der JVA Freiburg ist Mitglied und Sprecher der Gefangenengewerkschaft GG/BO, die ihm vierseitige Flugblätter zukommen lassen wollte.

Die Flugblätter, die neben Kontaktadressen und allgemeinen Informationen zu Forderungen nach Mindestlohn oder voller Sozialversicherung auch Beitrittserklärungen enthalten, sollte er unter den Häftlingen verteilen. Die Gefängnisleitung untersagte dies mit der Begründung, es handele sich dabei um unerlaubte Beilagen. Die Anordnung ist laut Gewerkschaft GG/BO unrechtmäßig, weil dadurch das Recht auf informelle Selbstbestimmung eingeschränkt werde. Nun soll das Landgericht Freiburg die Sache prüfen.

## (4) Gefängnis-News

### DGB scheut den Knast

Quelle: <http://ggbo.de/dgb-scheut-den-knast/>

1. Juni 2016, von Peter Nowak

Die 2014 gegründete Gefangenengewerkschaft hat heute über 900 Mitglieder

Welche Mittel zur Selbstverteidigung und zum Erhalt der Menschenwürde gibt es hinter Gittern? Die junge Gefangenorganisation schlägt neue Wege ein.

Eigentlich könnte das zweijährige Jubiläum der Gefangenengewerkschaft (GG) als Erfolgsgeschichte erzählt werden. Schließlich hat die im Mai 2014 von drei Insassen der Berliner Justizvollzugsanstalt Tegel gegründete Gewerkschaft heute über 900 Mitglieder in 80 Haftanstalten. Die zwei zentralen Forderungen nach einem Mindestlohn auch hinter Gittern und nach Einbeziehung der inhaftierten Beschäftigten in die Rentenversicherung hat in den letzten zwei Jahren viele Gefangene mobilisiert. Doch der GG-Sprecher Oliver Rast stellt eher die Schwachpunkte beim Gewerkschaftsaufbau in den Mittelpunkt.

Ein Problem für die GG sei die mangelnde Unterstützung aus dem Bereich des DGB. Dabei hielt Rast kürzlich einen Vortrag in der Hauptverwaltung des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg. Eingeladen wurde er vom Stipendiatenkreis der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung. Das Publikum bestand daher größtenteils aus Studierenden. Vom DGB-Vorstand war niemand anwesend. Das spiegelt nach Oliver Rast das Verhältnis der GG zum DGB gut wieder. »An der Basis mehrerer Einzelgewerkschaften hat es Unterstützung gegeben. Doch schon beim DGB-Mittelbau herrsche Funkstille. Als großes Problem benennt Rast die noch nicht gefestigten Strukturen der GG. Daher will Rast auch keine Prognose aufstellen, ob es die GG auch in drei Jahren noch geben wird.

Doch gelohnt hat sich die Arbeit für ihn schon heute. »Die GG hat in ihren zwei Jahren dazu beigetragen, dass Haftanstalten keine gewerkschaftsfreien Zonen mehr sind.« Sie habe zudem das Selbstbewusstsein der Mitglieder gestärkt, die sich als gefangene Gewerkschafter bezeichnen. Rast hielt einen bunten Gewerkschaftsausweis in die Höhe, der jedes Jahr neu gestaltet an alle Mitglieder geschickt wird. »Das Dokument ist für sie ein Zeichen, dass auch hinter Gittern eine selbstständige Interessenvertretung möglich ist«, hob Rast einen außerhalb des Knastes wenig beachteten Aspekt hervor.

Im Dezember 2015 kombinierten Gefangene der JVA Butzbach in Hessen erstmals einen Bummel- und Hungerstreik. Sie bezeichneten sich als gefangene Gewerkschafter und forderten von der hessischen Politik Verhandlungen über ihre Forderungen. Anfang März 2016 trat der Sprecher der Butzbacher Sektion der GG, Jürgen Rösner erneut in einen Hungerstreik, um sich gegen schikanöse Haftbedingungen zu wehren.

»Es gibt nicht viele Möglichkeiten, im Knast zu protestieren. Die Verweigerung von Nahrung – oft Hungerstreik oder Hungerfasten genannt, ist eine davon«, schreibt die Schweizer Journalistin Sabine Hunziker in ihrem kürzlich im Unrast-Verlag erschienenen Buch. Der Buchtitel »Protestrecht des Körpers« verdeutlicht, dass Menschen, die keine andere Möglichkeit zum Widerstand haben, ihren Körper zur Waffe machen.

In dem Buch sammelt sie Zeugnisse von Hungerstreikenden aus unterschiedlichen sozialen und politischen Kontexten. Aktivisten aus Kurdistan, Nordirland und der Schweiz kommen ebenso zu Wort, wie ehemalige Gefangene aus militanten Gruppen in der BRD. Sie führen einen Kampf um die Menschenwürde. »Wir machen hier einen Hungerstreik, um zu zeigen, dass wir nicht jede Schweinerei hinnehmen werden ohne zu mucken«, schrieb eine Gruppe weiblicher Gefangener aus der RAF und der »Bewegung 2. Juni« im Jahr 1973.

Der Wiener Mathematiker Martin Balluch begründete seinen 39-tägigen Hungerstreik nach seiner Verhaftung wegen seiner Aktivitäten in der Tierrechtsbewegung im Jahr 2008: »Der unmittelbare Anlass war meine Hilflosigkeit, in der ich dieser Ungerechtigkeit gegenüberstand.« Er habe damit ein Zeichen setzen wollen, dass auch hinter Gittern politische Arbeit möglich ist, betonte aber, wie wichtig eine Unterstützerszene draußen ist. Sie begleitete seinen Hungerstreik mit einer intensiven Pressearbeit und täglichen Kundgebungen vor dem Gefängnis.

Der APO-Aktivist Fritz Teufel beteiligte sich in den 70er Jahren an mehreren Hungerstreiks. Er hatte schon damals nach Alternativen zu dieser Kampfform gesucht, in der es schnell um Leben und Tod geht. Für ihn war der Aufwand eines Hungerstreiks größer als der politische Nutzen. Konkrete Alternativen benannte er allerdings in seinen Kritikpapier nicht. Könnte die Gefangenengewerkschaft eine solche Alternative bieten?

Realistische Alternativen zum »Protest des Körpers« kann die GG wohl erst entwickeln, wenn es ihr möglich ist in einen regulären

Arbeitskampf zu treten. Erst dann würden die Gefangenen nicht mehr ihren Körper sondern ihre Arbeitskraft, die sie hinter Gittern besonders billig verkaufen müssen, zur Waffe machen.

Sabine Hunziker Protestrecht des Körpers, Einführung zum Hungerstreik in Haft, ISBN 978-3-89771-585-1 März 2016, 106 Seiten, Unrast-Verlag, 9,80 Euro,

Von Peter Nowak

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1013673.dgb-scheut-den-knast.html>

Berlin, 01. Juni 2016

## **Gefangene sollen Handys erhalten**

Schon zwei Gefängnisaufseher wurden dieses Jahr beim Weitergeben von Mobiltelefonen erwischt. Ein Anwalt fordert nun, Insassen mit eigenen Handys auszurüsten.

Quelle: <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Gefangene-sollen-Handys-erhalten-24418743>

12. Juni 2016

Im April wird ein Aufseher von Champ-Dollon (GE) an seinem Arbeitsplatz verhaftet, nachdem er Insassen Telefone und Drogen beschafft hatte. Im Juni wird ein Wächter in der Strafanstalt von Orbe VD beim Schmuggeln von Handys und Drogen erwischt.

Zwei Gefängnisaufseher innerhalb von rund zwei Monaten ist viel. Doch statt nun die Kontrollen und Auflagen zu verschärfen, fordert der Genfer Anwalt Nicola Meier einen ganz anderen Weg: «Wenn Gefangene freien Zugang zu Handys hätten, was ihr gutes Recht ist, würde das die Gefahr von Korruption deutlich verringern», sagt er gegenüber «Le Matin Dimanche».

### **Gefangene im Vollzug dürfen Kontakt mit der Aussenwelt haben**

Meier argumentiert mit der Situation im Gefängnis Champ-Dollon, das ursprünglich als Untersuchungsgefängnis gebaut wurde, in dem sich mittlerweile aber rund die Hälfte der Insassen im Strafvollzug befinden. «Wer dort einen Anruf machen will, muss sich zum Teil einen Monat lang gedulden. Es müssten mindestens zehn weitere Telefonkabinen installiert werden, was aus Gründen der Infrastruktur nicht möglich ist. Darum müssen wir den Verurteilten ermöglichen, ein Handy zu haben.»

André Kuhn, Kriminologe und Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Neuenburg, findet den Vorschlag interessant. In den USA habe das Verbot von Alkohol zu einem grossen Schwarzmarkt und zu Kriminalität geführt. «Einmal legalisiert, gingen die Verstösse drastisch zurück. Diese Erkenntnis liesse sich auch auf die Mobiltelefone im Gefängnis übertragen. Vor allem Gefangene im Vollzug haben das Recht, Kontakt mit der Aussenwelt zu haben.»

### **Es geht um das Recht der Öffentlichkeit auf Sicherheit**

Im Genfer Amt für Strafvollzug hat man eine klare Haltung zu dieser Forderung: «Moderne Handys ermöglichen den Zugriff auf das Internet, E-Mails und Karten-Applikationen. Diese Plattformen könnten verwendet werden, um eine Flucht zu organisieren», sagt Sprecher Laurent Forestier. Es stehe darum nicht zur Diskussion, Gefangenen ein Handy abzugeben.

Es geht den Vollzugsbehörden aber auch darum, die Kontrolle über die Telefonate von Gefangenen zu behalten. Gefängnisse können die Gespräche abhören, die ihre Insassen von den offiziellen Telefonen aus führen. «Die Vollzugsanstalten müssen die Rechte der Gefangenen immer gegen jene der Öffentlichkeit auf Sicherheit abwägen», sagt Raphaël Brossard, stellvertretender Leiter des Waadtländer Amtes für Strafvollzug.

### **Drogenhandel, Flucht, Beeinflussung von Zeugen**

Anwalt Meier gibt zu bedenken, dass die meisten Insassen nur mit ihren Angehörigen in Kontakt bleiben wollen. Ein Missbrauch finde sehr selten statt, wie Studien zeigten. «Ich persönlich kenne aus meinen 15 Jahren als Anwalt nur einen Fall, in dem ein Insasse von der Strafanstalt aus weiterhin den Drogenhandel kontrollierte.»

Forestier vom Genfer Amt für Strafvollzug widerspricht: «Es ist naiv zu glauben, dass Gefangene mit geschmuggelten Telefonen nur Kontakt zu ihren Familien suchen. Wir haben dokumentierte Fälle, in denen sie diese für den Drogenhandel einsetzten, Zeugen beeinflussten oder ihre Flucht vorbereiteten.»

### **Autorisierte Handys mit limitierter Funktion**

Jean-Pierre Restellini, ehemaliger Präsident der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter, rät darum, Handys mit limitierter Funktion und Gesprächskontrolle abzugeben. «Gibt man autorisierte Handys ab, wie das einige Länder bereits tun, könnte man den ständigen Kontakt zu den Angehörigen ermöglichen und gleichzeitig die Gespräche weiterhin abhören.»

## Mehr Sklavenarbeit für Gefangene in Polen

In Polen sollen mehr Gefangene kostenlos arbeiten. Mehr entnehmt ihr dem folgenden Artikel:

### Justizressort: Gefangene sollen arbeiten

Veröffentlicht von [Dorota Rędzikowska](#) am Donnerstag, 30. Juni 2016

Quelle: <http://polen-heute.de/justizressort-gefangene-sollen-arbeiten-19869/>

Das Justizressort hat heute seine Pläne zur Beschäftigung von Haftinsassen vorgestellt. Die Gefangenen sollen im Rahmen ihrer Strafen ohne Vergütung arbeiten. Die dafür vorgesehenen Bereiche lägen vor allem im Bauwesen – zum Beispiel beim Wohnungsbau. Außer Ersparnissen für den Staat ist auch der Resozialisierungsfaktor von großer Bedeutung, meinte der stellvertretende Chef des Justizministeriums Patryk Jaki.

Aktuell sind ungefähr nur 30 Prozent der polnischen Häftlinge beschäftigt. Meistens arbeiten sie beim Straßenkehren. Für andere Arbeiten fehlen entsprechende Vorschriften. Die meisten zur Haft Verurteilten arbeiten überhaupt nicht. Dies möchte das Justizressort nun ändern. Schon nach den Sommerferien möchte der Justizminister mehr arbeitende Häftlinge sehen.

Die Vorschriften sollen so angepasst werden, dass die Gefangenen zum Beispiel im Bauwesen beschäftigt werden können. So könnte der Wohnungs-, Kanalisations- oder Hochwasserdammbau gefördert werden. Die Häftlinge sollen dabei nicht bezahlt werden. Ihre Arbeit soll der Gesellschaft, die für ihren Unterhalt durch Steuern zahlt, dienen. Bei Privatunternehmern könnten die Häftlinge jedoch immer noch verdienen – es würde dabei aber ein größerer Teil der Verdienste abgezogen. Für das gesparte Geld sollen 40 Produktionshallen für weitere Gefangenenarbeiten gebaut werden. Die Bauorte wurden schon vorgeschlagen.

Von großer Bedeutung sei der Resozialisierungsfaktor der Arbeit. Vizeminister Patryk Jaki stützt seine Meinung mit entsprechenden Studien, die ergeben hätten, dass Häftlinge, die gearbeitet haben, viel seltener eine weitere Straftat begehen und auf ein gesellschaftliches Leben nach der Haftstrafe viel besser vorbereitet wären.

## Senioren im Knast: Vorzeigeprojekt in der JVA Suben

SUBEN. Seniorenvollzug in der Justizanstalt Suben ist in Österreich in dieser Form einzigartig.

Quelle: <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/innviertel/Senioren-im-Knast-Vorzeigeprojekt-in-der-JVA-Suben;art70,2275837>

3. Juli 2016

Seit Anfang 2014 gibt es offiziell den Seniorenvollzug in der Justizanstalt Suben. Dieser wurde speziell nach den Bedürfnissen und Wünschen von Insassen ab dem 60. Lebensjahr geschaffen und ist in Österreich in dieser Form einzigartig.

Wie wichtig dieser Schritt war, zeigt der aktuelle Stand in den österreichischen Gefängnissen: Waren im Jahr 2010 noch 283 der rund 8.500 Inhaftierten über 61 Jahre, stieg die Zahl der Insassen 2014 auf 358, die ihren 60. Geburtstag bereits hinter sich hatten. Nach knapp zweieinhalb Jahren gilt es nun, Bilanz zu ziehen.

"Ich freue mich natürlich, weil alles sehr gut funktioniert. Wir haben den Seniorenvollzug nicht offensiv beworben, sondern die Leute auf uns zukommen lassen, dadurch ist die Integration bei uns recht problemlos gegangen. Durch diese Vorgehensweise ist uns viel geglückt, was draußen nicht immer so problemlos funktioniert. Darauf bin ich auch ein wenig stolz", erklärt Anstaltsleiter Gerd Katzelberger.

Es gibt viele Betätigungs- und Therapiemöglichkeiten, die von den Senioren in Anspruch genommen werden können. Zudem können sie auf eigenen Wunsch hin auch in einem der 18 anstaltseigenen Betriebe arbeiten, da ab dem 60. Lebensjahr keine Arbeitspflicht mehr gilt. Allerdings handelt es sich um erfahrene und wertvolle Handwerker, die nicht selten als Ruhepole und Ansprechpersonen für die jüngeren Insassen gelten, so Katzelberger.

Aktuell gibt es 30 Personen, die im Senioren-Gefängnistrakt untergebracht sind – Tendenz steigend. Drei Räume sind zu einer Wohngruppe mit Ruhe- und Aufenthaltsraum zusammengefasst, hinzu kommt der Gemeinschaftsbereich, der mit einer Sitzgruppe, Fernseher, Computer und einem Fitnessbereich mit den Sportgeräten ausgestattet ist.

Angefangen hatte alles bereits im Jahr 2007. Als der Konventrakt generalsaniert wurde entschloss man sich, einige Haftplätze seniorengerecht anzulegen. So wurden gleich im Rahmen des Umbaus breitere Türen, Haltegriffe und ein barrierefreier Dusch- und Toilettenzugang mit Notrufanlage für die Senioren geschaffen. Zudem gibt es auf den Böden optische Markierungen, die auf größere Hindernisse hinweisen.

Noch gut kann sich Katzelberger an die ersten Gespräche mit den Senioren erinnern, als sie nach ihren Wünschen und Bedürfnissen

gefragt wurden: "Viele bekamen großen Augen, weil man uns zuerst nicht so recht glaubte, und einen Fallstrick vermutete." Nach einiger Zeit kam aber doch ein sehr konstruktives Gespräch zustande, in dem die Anstaltsleitung in ihrem Vorhaben und der Umsetzung des geplanten Konzepts bestätigt wurde.

### *Vom Computerkurs bis zur Sportgruppe*

Wie sieht es nun mit der Betreuung der Senioren in der Justizanstalt Suben aus? Darüber gibt Sozialbetreuerin Carmen Hois (Foto) Auskunft: "Nach dem aktuellen Betreuungskonzept können die Senioren hier über zahlreiche Möglichkeiten auswählen."

So gibt es unter anderem neben Computerkursen und einer Seniorensportgruppe auch eine Kreativ-Werkstatt, in der Bezirksinspektor Anton Zweimüller verschiedene Angebote wie Töpfer- und Malkurse organisiert. Dazu gehört auch im Frühjahr die Gartengestaltung mit Hochbeeten und die Pflege der Grünanlagen.

Weitere Angebote umfassen sogenannte "Generationengruppen", in denen ein Erfahrungsaustausch zwischen den älteren und jüngeren Insassen erfolgt sowie Gesprächsgruppen zu aktuellen Themen und Geschehnissen.

In regelmäßigen Abständen finden auch Einzelgespräche mit den Senioren durch Psychologin Anne Dewald und Sozialarbeiterin Carmen Hois statt. Die beiden JVA-Angestellten waren es auch, die zusammen mit den Gefangenen das Betreuungskonzept ausgearbeitet hatten. Mit zur Seniorenbetreuung gehört auch "SelbA-Trainer" Alfred Gramatzky. Ziel ist es, die Lebensqualität von Menschen ab 60 Jahren durch ein abgestimmtes Trainingsprogramm für Körper und Geist zu verbessern.

## **Thailand will Trans\*-Häftlinge schützen**

Vizejustizminister kündigt Pilotprogramm an

Quelle: <http://m-maenner.de/2016/07/transgender-haeftlinge-in-thailand-sollen-geschuetzt-werden/>

6. Juli 2016

Thailand plant ein Pilotprogramm zum Schutz von Transgender-Häftlingen. Das bestätigte heute die Organisation Thai Transgender Alliance. Der Testlauf ist für das Gefängnis Min Buri in einem Vorstadt-Distrikt von Bangkok geplant, nach massiven Bemühungen von nationalen wie internationalen Menschenrechtsgruppen. ([In Berlin hilft seit 25 Jahren die AG Knast – MÄNNER-Archiv.](#))

Wenn die Trans\*-Bevölkerung auch nicht sehr groß sei, gehe es bei dieser Kampagne nicht um Zahlen, sondern darum, Einzelpersonen vor Missbrauch zu schützen, sagte Jetsada Taesombat von der Thai Transgender Alliance. Darum soll versuchsweise ein gesonderter Gefängnisstrakt eingerichtet werden

Trans\*-Häftlinge hatten Befürchtungen geäußert, sie könnten zum Opfer von Missbrauch werden, sollte man sie gemeinsam mit männlichen Gefangenen einsperren, so Kobkiat Kasiwiat, der Vize-Justizminister gestern bei der Ankündigung des Pilotprogramms. ([In Freiburg wurde vor einem Jahr ein Hungerstreik wegen eines schwulen Kochs angezettelt – MÄNNER-Archiv.](#))

Schätzungen zufolge liegt die Zahl der Bevölkerung, die sich als weiblich oder transgender empfinden, bei 1,5 %, so die Thai Transgender Alliance said. Laut einer Studie von Bloomberg ist Thailand Weltführer für geschlechtsangleichende Operationen und erwirtschaftete 2013 einen Umsatz von 4 Milliarden Dollar.

In Thailand eröffnete 2015 die asienweit erste Klinik für Trans-Gesundheit, das Tangerine Health Community Center. Außerdem hat im vergangenen Jahr *Transfit* in Bangkok eröffnet – ein Fitnessstudio, das Trans\*-Männer eröffnet haben, um anderen die Möglichkeit zu geben, vorurteilsfrei zu trainieren.

## **EGMR zur Äußerungsfreiheit von Strafgefangenen – Shahanov und Palfreeman gegen Bulgarien**

Quelle: <http://rechtsanwalt-hembach.de/blog/2016/07/27/egmr-zur-aeusserungsfreiheit-von-strafgefangenen-shahanov-und-palfreeman-gegen-bulgarien/>

27. Juli 2016

Strafgefangene verlieren ihre Freiheit. Doch das ist nicht der einzige Rechtsverlust. Mit dem Entzug der Freiheit und dem Leben in der Anstalt gehen andere Beschränkungen von Grundrechten einher. Natürlich gibt es für dies Beschränkungen auf Grenzen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat sich im Fall Shahanov und Palfreeman gegen Bulgarien mit der Äußerungsfreiheit von Strafgefangenen auseinandergesetzt.

### **Sachverhalt:**

Die Beschwerdeführer waren ein australischer und ein bulgarischer Staatsbürger. Beide verbüßten langjährige Freiheitsstrafen in Sofia, Bulgarien.

Der erste Beschwerdeführer, Herr Shahanov, legte zwei schriftliche Beschwerden betreffend den Strafvollzug bei der Gefängnisverwaltung ein. Eine verfasste er selbst, eine andere wurde von seiner Frau in seinem Namen eingereicht. In diesen

Beschwerden führte er aus, dass ein Mitgefangener damit prahlte, er sei mit zwei Vollzugsbeamten verwandt. Er schüchterte Mitgefangene ein, setzte Gerüchte in Umlauf und sorgte für Unruhe. Auch hätte er angekündigt, bald mithilfe seiner Verwandten aus dem Gefängnis zu fliehen. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Diese ergab, dass es keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Gefangenen und den Vollzugsbediensteten gab.

Daraufhin verhängte der Gefängnisdirektor zehntägige Einzelhaft gegen den Beschwerdeführer, weil er verleumderische Aussagen und falsche Behauptungen über Vollzugsbeamte gemacht habe. Der Beschwerdeführer beantragte gerichtliche Überprüfung der Entscheidung, aber das zuständige Gericht bestätigte die Entscheidung der Gefängnisverwaltung.

Der zweite Beschwerdeführer bekam 2012 Besuch von Journalisten. Ein israelischer Staatsbürger, der auch in Sofia inhaftiert war, bekam ebenfalls Besuch von Journalisten. Nach Abschluss des Besuches erfuhr der Beschwerdeführer, dass die Vollzugsbeamten unhöflich zu den Besuchern gewesen waren. Sein israelischer Mitgefangener erzählte ihm, dass die Journalisten persönliche Gegenstände wie Mobiltelefone eingeschlossen hätten. Diese seien gestohlen worden; nur Vollzugsbeamte hätten Zutritt zu dem Raum gehabt, in dem die Gegenstände eingeschlossen gewesen seien.

Der Beschwerdeführer legte daraufhin eine schriftliche Beschwerde an den Gefängnisdirektor. In dieser führte er aus: „*Während des Mittagsbesuches am 23.Mai wurden persönliche Gegenstände von Besuchern aus deren Schließfächern gestohlen, die nur für Vollzugsbeamte zugänglich sind (...). Außerdem waren die Vollzugsbeamten sehr unhöflich gegenüber den Besuchern, schrien sie ohne Grund an und beleidigten sie. Könnten Sie bitte eine Untersuchung des Verhaltens während dieser Schicht einleiten, und Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Vollzugsbeamten Disziplin üben und sich gegenüber Insassen und Besuchern respektvoll verhalten*“.

Der Direktor des Gefängnisses in Sofia führte eine Untersuchung durch. Diese ergab, dass keine Gegenstände abhanden gekommen waren, die den besuchenden Journalisten gehört hatten. Es lag weder darüber noch über unhöfliches Verhalten der Beamten eine Beschwerde der Journalisten vor.

Der Direktor des Gefängnisses verhängte deshalb Disziplinarmaßnahmen gegen den Beschwerdeführer, weil dieser falsche Behauptungen aufgestellt hatte. Dem Beschwerdeführer wurde für drei Monate das Recht aberkannt, Pakete mit Nahrungsmitteln zu empfangen. Er beantragte eine gerichtliche Überprüfung dieser Entscheidung, aber das Gericht bestätigte die Entscheidung.

### **Rechtliche Bewertung:**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte prüfte die Sanktionen, die gegen die beiden Strafgefangenen verhängt worden waren, im Hinblick auf die Äußerungsfreiheit nach [Artikel 10 EMRK](#). Die Äußerungsfreiheit kann eingeschränkt werden, wenn es dafür eine gesetzliche Grundlage gibt, wenn die Beschränkung einem legitimen Ziel dient und wenn sie in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist.

Es gab eine Grundlage im bulgarischen Recht für die Einschränkung der Äußerungsfreiheit der Beschwerdeführer; es gab auch keine Zweifel, dass diese grundsätzlich einem legitimen Ziel dient. Die einzige Frage, die der EGMR detaillierter prüfte, war, ob die Beschränkung in einer demokratischen Gesellschaft notwendig war. Dabei kommt es darauf an, ob die Beschränkung im richtigen Verhältnis zu dem Ziel steht, das sie erreichen soll.

Der Gerichtshof führte aus, dass einerseits Beamte gegen herabwürdigende Äußerungen geschützt werden müssten, weil diese das öffentliche Ansehen der Beamten und ihres Amtes schädigen könnten. Andererseits müsse die besondere verletzte Position von Strafgefangenen berücksichtigt werden. Dies bedeute, dass Behörden es besonders sorgfältig begründen müssten, wenn Sanktionen gegen Strafgefangene wegen ihrer Äußerungen ausgesprochen würden. Bei der Abwägung zwischen diesen Faktoren seien vier Kriterien zu berücksichtigen

- Die Art und der Kontext der Äußerungen
- Der Zusammenhang, in dem sie getätigt worden seien
- Das Ausmaß, in dem sie die Konsequenzen für die betroffenen Beamten gehabt hätten
- Die Schwere der Sanktionen, die den Strafgefangenen auferlegt worden seien

Der Gerichtshof führte aus, dass die Vorwürfe der Strafgefangenen schwerwiegend gewesen seien; andererseits seien sie in moderater Sprache, sachlich und ohne Beleidigungen vorgetragen worden. Die Behauptungen seien nicht öffentlich gemacht worden und die Beschwerdeführer hätten die für Beschwerden vorgesehenen Kanäle genutzt.

Die Äußerungen hätten keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen auf die betroffenen Vollzugsbeamten gehabt. Es sei auch gerade für Strafgefangene wichtig die Möglichkeit zu haben, Beschwerden einzulegen, weil sie in staatlichem Gewahrsam seien und deshalb eine Beschwerde oft die einzige Möglichkeit sei, ihre Rechte zu wahren. Es müsse deshalb für Strafgefangene möglich sein, in gutem Glauben Beschwerden einzulegen, ohne Sanktionen fürchten zu müssen. Schließlich sei zu bedenken, dass die Sanktionen, die den Beschwerdeführern auferlegt worden seien, sehr schwerwiegend gewesen seien. Solche schwerwiegenden Sanktionen könnten nur ausnahmsweise gerechtfertigt sein – beispielsweise wenn bewiesen sei, dass die Strafgefangenen wissentlich falsche Angaben gemacht hätten. Derartige Umstände hätten aber nicht vorgelegen.

Der EGMR stellte daher eine Verletzung der Äußerungsfreiheit gemäß [Artikel 10 EMRK](#) fest.

Shahanov und Palfreeman gegen Bulgarien, Beschwerde Nr. [35365/12](#), Urteil vom 21.07.2016

## **Rente und Mindestlohn - auch hinter Gitter**

Quelle: <http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/altersarmut-mindestlohn-im-gefaengnis100.html>

2. August 2016, von Jennifer Stange

Die Justizvollzugsanstalt Zeithain sieht genauso wenig wie ein übler Knast aus, wie Häftling Mario Matzke einem Klischee-Gangster gleicht. Eher wie einer von Disneys Panzerknackern wirkt er, wie ein sympathischer Verbrecher eben. Der 27 jährige Matzke aus Riesa sitzt, weil er bei einem Onlinebezahlndienst systematisch Geld abgezweigt hat. Im Gefängnis hat der gelernte



Veranstaltungstechniker noch einmal die Branche gewechselt. Er erklärt: "Ich arbeite hier im Bereich Kfz. Ich gehe von Montags bis Freitags meine vollen Stunden."

Matzke nimmt an einer freiwilligen Bildungsmaßnahme in der JVA teil. Sie solle den Gefangenen den Weg zurück in ein "normales" Leben erleichtern, heißt es auf der Seite des Berufsförderungswerks. "Wir reparieren Hänger von der Anstalt oder Autos vom Bildungsträger", sagt Mario Matzke.

### **Normales Gehalt - utopische Summen**

Arbeit, die in der freien Welt richtig kostet. Material und Arbeitskraft müssen schließlich bezahlt werden. Im ersten Ausbildungsjahr verdient ein Kfz-Mechaniker etwa zwischen 520-700 Euro, später kann man laut Umfragen mit einem Durchschnittsgehalt zwischen 1600 Euro 2200 Euro rechnen. Utopische Summen im Vergleich zu Matzkes kargem Stundenlohn. Er bekommt 1,56 Euro: "Wenn ich das auf den Monat zusammenrechne, komme ich auf etwa 200 Euro - wenn überhaupt."

Warum ist die Arbeit von Gefangenen so wenig wert? Das sächsische Justizministerium verweist schriftlich auf das Sächsische Strafvollzugsgesetz. Dort heißt es sinngemäß, die Arbeit im Vollzug sei rechtlich nicht mit einer "normalen" Tätigkeit vergleichbar. Und außerdem habe sie vor allem therapeutische Ziele.

### **Kampf für den Mindestlohn**

Matzke kämpft trotzdem für den Mindestlohn hinter Gittern: "Weil nach Mindestlohngesetz Gefangene dort nicht ausgegliedert sind. Wir fordern eine Eingliederung in die Rentenversicherung, in die Sozialversicherung allgemein. Und wir fordern volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern."

Wir, das meint die bundesweite Organisation der Gefangenengewerkschaft. Gegründet wurde sie 2014 in der Justizvollzugsanstalt Berlin Tegel. Einen Eintrag im Vereinsregister, der diese Gründung offiziell besiegeln würde, gibt es bisher nicht.

### **Neue Mitglieder geworben**

Matzke hat aus einer Gefangenenzeitung davon erfahren, per Brief Kontakt geknüpft und wurde so zum Sprecher der Vereinigung in Sachsen. Danach warb er neue Mitglieder. "Wir haben jetzt 143 Mitglieder in der hiesigen JVA, das heißt ein bisschen über ein Viertel der Gefangenen und ich denke für Sachsen ist das sehr gut und wir wachsen."

Die Gefangenengewerkschaft ist ein Novum in Mitteldeutschland. Nur in der JVA Zeithain gibt es bisher eine derartige Vereinigung. Grundsätzlich gilt auch im Knast das Recht auf Vereinigungsfreiheit. Ein Grundrecht, das bei Inhaftierten laut Gesetz eingeschränkt werden darf, beispielsweise wenn Abläufe im Gefängnis gestört werden. Laut sächsischem Justizministerium gab die "Gefangenengewerkschaft" aber keinen Anlass für entsprechende Einschränkungen.

## (5) Solidarität von draußen und drinnen

### GG/BO-Soligruppen in Hannover und Freiburg gegründet!

Nach den ersten Solidaritäts-Gruppen für die Gefangenengewerkschaft in Berlin, Leipzig und Jena haben sich in den letzten Monaten neue Soli-Gruppen in Hannover und Freiburg gegründet.

#### Soligruppe Hannover gegründet

Im Sommer 2016 hat sich die GG/BO-Soligruppe in Hannover gegründet. Im Juni ist der Blog mit einem ersten Artikel über die unzureichende medizinische Behandlung in der JVA Sehnde hochgegangen. Hier die Blogadresse: <https://gg-soli-h.de/>

#### Kontakt

GG/BO Soligruppe Hannover

c/o UJZ Korn

Kornstraße 28-30

30167 Hannover

E-Mail: [info@gg-soli-h.de](mailto:info@gg-soli-h.de) (geht an unsere Mailingliste)

Wir treffen uns vorerst jeden Montag um 20:15 im UJZ Korn, [Kornstraße 28-30](#).

Zeit und Tag könnten sich in nächster Zeit ändern, wir werden das dann hier bekanntgeben.

Und hier die Selbstbeschreibung der Soli-Gruppe:

Die [Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation](#) hat sich im Mai 2014 in der JVA Tegel gegründet. Seitdem haben sich hunderte inhaftierte Arbeiter\_innen in ihr organisiert und angefangen, kollektiv für ihre Interessen gegen die Ausbeutung im Gefängnis-Industriellen Komplex und gegen die Zurichtung im Knast zu kämpfen.

Als GG/BO-Soligruppe Hannover haben wir uns Anfang Mai 2016 gegründet. Wir sind Teil der Gesamt-GG/BO und stellen die Gewerkschaftsstruktur außerhalb der Gefängnisse dar. Man kann uns sozusagen das äußere Standbein für die gewerkschaftlichen organisierten JVAs in Niedersachsen, bisher in Sehnde, nennen. Wir halten den Kontakt zu den inhaftierten Arbeiter\_innen und Gewerkschafter\_innen aufrecht und unterstützen die Kämpfe der Gefangenen.

#### Soligruppe Freiburg

Auch in Freiburg gibt es seit diesem Sommer eine Soli-Gruppe. Sie ist Kontakt mit Afaq Sajid aus der JVA Freiburg und kann von Häftlingen aus anderen baden-württembergischen Haftanstalten angesprochen werden. Sie hat noch keine eigene Blogadresse. Bisher hat sie die Zensur und Sabotage des Briefverkehrs durch die JVA Freiburg skandalisiert. Das ist gut in der Presse gelandet. Siehe „Repression im Knast“.

Sie ist per Mail zu erreichen unter [ggbo\\_support\\_freiburg@riseup.net](mailto:ggbo_support_freiburg@riseup.net)

### Egal ob Knast oder Uni: Wir halten und kämpfen zusammen!

Quelle: <https://gefangenensolijena.noblogs.org/post/2016/07/03/egal-ob-knast-oder-uni-wir-halten-und-kampfen-zusammen/>

3. Juli 2016

Solidaritätsadresse der Gefangenengewerkschaft der JVA Untermaßfeld an die studentischen Arbeiter\_innen vom CATI-Labor und die FAU Erfurt/Jena

Wir, die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation in der Justizvollzugsanstalt Untermaßfeld, d.h. ihre Sprecher David Hahn und Sebastian Assmann und die Soligruppe Jena, erklären unsere Solidarität mit dem Kampf der studentischen Arbeiter\_innen vom CATI-Labor der Uni Jena!

Unsere Bosse und der Staat finden immer wieder Vorwände, gewisse Gruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen unter besonderen Bedingungen auszubeuten – seien es inhaftierte, migrantische, studentische oder andere Arbeiter\_innen. Genau das passiert am CATI-Labor der Uni Jena. An diesem uni-eigenen Call Center werden Student\_innen in die Scheinselbstständigkeit gezwungen und mit dem Mindestlohn abgespeist. Die Uni spart sich so die Sozialabgaben, Lohnkosten, Urlaubs- und Krankheitsgeld. Sie unerläuft damit die Standards anderer Call Center und betreibt Lohndumping. Jetzt endlich wehren sich die studentischen Arbeiter\_innen gemeinsam mit der kämpferischen Basisgewerkschaft der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) Erfurt/Jena.

Auch wir, die inhaftierten Arbeiter\_innen und die Unterstützer\_innen der Soligruppe, haben uns organisiert, um gegen die Zustände im Knast zu kämpfen: 40 Stunden Maloche die Woche, Zwangsarbeit, 1-2€ „Lohn“ die Stunde, keine Gewerkschaftsfreiheit und Union Busting, keine Zahlung von Renten- und Sozialversicherungsbeiträgen usw. usf. Die Situation ist so bedrückend, dass uns als wirksame Kampfmittel oft nur der Hunger- und Bummelstreik bleibt. Unsere Gewerkschaft, die GG/BO, basiert auf dem Prinzip der Solidarität – unter den Gefangenen und über die Knastmauern hinweg. Halten wir zusammen und unterstützen uns gegenseitig in

unseren Kämpfen, sind wir stärker und kommen unserem Ziel näher: einem besseren Leben schon jetzt und einer Welt frei von Ausbeutung und Herrschaft morgen. Deshalb wünschen wir unseren Kolleg\_innen von der FAU und den Arbeiter\_innen vom CATI-Labor viel Kraft und Mut für die kommenden Auseinandersetzungen.

Auch ihr könnt uns schreiben. Unsere Adressen sind öffentlich. Ihr könnt auch zum monatlichen Briefeschreiben kommen, das die Soligruppe Jena das nächste Mal am 11. Juli organisiert.

In Arbeiter\_innen- und basisgewerkschaftlicher Solidarität!

- GG-Sprecher der JVA Untermaßfeld David Hahn
- stellv. GG-Sprecher der JVA Untermaßfeld Sebastian Assmann
- GG/BO-Soligruppe Jena

## **Internationale Solidaritäts-Woche für inhaftierte Anarchist\_innen 2016**

Quelle: <https://abcj.blackblogs.org/2016/08/24/internationale-soliwoche-2016/>

24. August 2016

Aufruf und Beitrag des Anarchistischen Schwarzen Kreuzes (ABC) Jena

Als neues Anarchistisches Schwarzes Kreuz (ASK) bzw. Anarchist Black Cross (ABC) Jena wollen wir die Internationale Solidaritätswoche für inhaftierte Anarchist\_innen vom 23. bis 30 August 2016 nutzen, um zur Solidarität mit einigen anarchistischen Gefangenen des sozialen Kriegs und zu kommenden Aktionen aufzurufen und auf die Hintergründe der Soli-Woche und des Anarchistischen Schwarzen Kreuzes einzugehen.

### **Unterstützt die inhaftierten Anarchist\_innen!**

In unserer Region – Deutschland, Polen und Tschechien – aber auch anderswo befinden sich derzeit einige Anarchist\_innen bzw. Antiautoritäre aus verschiedenen sozialen Kämpfen als Geiseln des Staats im Knast. Der Staat hat immer wieder und wird auch weiterhin zur Inhaftierung und Isolation Einzelner greifen, um gegen die autonom-anarchistische Bewegung und die verschiedenen sozialen und Klassenkämpfe insgesamt vorzugehen. Ihre Unterstützung sollte deswegen nicht bloß Anwält\_innen, eingespielten Antirepressionsgruppen (Rote Hilfe e.V., ABC), meist überarbeiteten Soli-Gruppen und dem oft überforderten sozialen Umfeld überlassen werden, sondern von uns als Bewegung kollektiv gestemmt werden. Das geht z.B. über Geldspenden, Soli-Aktionen oder Grüße in Postkarten- oder Briefform. Dazu wurde auch im Fall der weiter unten erwähnten Genoss\_innen aufgerufen. Die Liste müsste eigentlich viel länger sein. Wir haben uns dieses Mal entschieden, auf aktuelle Fälle in unserer Region hinzuweisen.

Ende April 2015 wurden in Tschechien im Rahmen der staatlichen Fenix-Repressionsoperation mehrere Anarchist\_innen festgenommen. Von ihnen befindet sich nur noch Martin Ignačák weiterhin in Haft. Im Juni 2016 hat er einen Hungerstreik gegen die Schikanen durchgeführt, am 10. August verbrachte er bereits seinen zweiten Geburtstag hinter Gittern. Mehr Infos unter [antifenix.noblogs.org](http://antifenix.noblogs.org).

Martin Ignačák 10.8.1986

V.V. Praha – Pankrác

P.O.BOX – 5

Praha 4

14057

Am 13. April 2016 wurde eine Anarchistin aus Barcelona im Rahmen einer Bullenrazzia auf Grundlage eines europäischen Haftbefehls, ausgestellt vom deutschen Staat, festgenommen, später an die BRD ausgeliefert und in den Knast von Köln verlegt. Am 21. Juni 2016 wurde ein weiterer portugiesischer Genosse in Barcelona verhaftet, ebenfalls ausgeliefert und in die JVA Aachen gesteckt. Beiden wird vorgeworfen, an Bankenenteignungen in Aachen in den Jahren 2012 und 2014 beteiligt gewesen zu sein. Schon im Juli 2015 war eine niederländische Anarchistin wegen der selben Reihe an Bankenenteignungen verhaftet und im Dezember 2015 bis zum Prozess freigelassen worden. Wir schicken den verfolgten und inhaftierten Genoss\_innen Kraft und unsere Solidarität. Mehr Infos auf dem katalonisch-sprachigen Blog [solidaritatrebel.noblogs.org](http://solidaritatrebel.noblogs.org).

Am 23. Mai 2016 wurden drei Anarchist\_innen in Warschau festgenommen. Sie werden verdächtigt, einen Brandanschlag auf ein Bullenauto vorbereitet zu haben. Einer wurde dabei von den Bullen verprügelt. Sie befinden sich immer noch in U-Haft. Auf sie kommt eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis 8 Jahre zu. Briefe können an die Soligruppe geschickt werden. Sie leitet sie dann weiter.

Kontakt unter wawa3 [at] riseup [dot] net. Mehr Infos unter wawa3.noblogs.org.

Tur\*tel wurde im Rahmen der Repression gegen den Braunkohle-Widerstand der LAutonomia-Waldbesetzung in der Lausitz am 14. Mai 2016 festgenommen und befindet sich seitdem in U-Haft. Mehr Infos unter abcrhineland.blackblogs.org.

Moritz Neuner

JVA Ebrach

Marktplatz 1

96157 Ebrach

Aaron und Balu sitzen seit dem 9. Juli 2016, seit der Soli-Demo für die Rigaer 94 unter dem Slogan „Investitorenträume platzen lassen“, in Untersuchungshaft. Im Infoladen Jena liegen Soli-Postkarten rum, die an die beiden Genossen geschickt werden können. Mehr Infos unter aaronbalu.blackblogs.org.

Aaron:

Buchnr.:1777/16/7 (als Ersatz für Namen)

Balu:

Buchnr.:1776/16/8 (als Ersatz für Namen)

JVA Moabit

10559 Berlin

Alt Moabit 12a

### **Unterstützt den breiten Gefangenenwiderstand!**

Als Anarchistisches Schwarzes Kreuz wollen wir uns nicht nur um „unsere eigenen Leute“ kümmern, sondern betrachten den Knast zusätzlich als eigenes Feld von Widerstand und Kämpfen, innerhalb dessen wir mit anderen, auch nicht-anarchistischen inhaftierten Arbeiter\_innen zusammenkommen wollen. Insofern solidarisieren wir uns mit allen rebellischen und widerständigen Häftlingen. In Deutschland haben sich viele von ihnen in den letzten zwei Jahren in der [Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation](#) organisiert und über Hungerstreiks und andere Protestformen für konkrete Verbesserungen innerhalb des gefängnis-industriellen Komplexes gekämpft. Die GG/BO insgesamt und speziell bei uns in Thüringen (die Sektionen in den JVA's Untermaßfeld und Tonna, die Soligruppe in Jena) verdient damit unsere Unterstützung.

Nichtsdestotrotz müssen wir kritisch auf die Nähe einiger Soligruppen und GG/BO-Aktivist\_innen zum linken Flügel des politischen Establishments, nämlich zur in Brandenburg und Thüringen regierenden Linkspartei sowie zu den bürokratischen Gewerkschaften, und auf die Unterstützung des Gefängnisreformers und Knastleiters Thomas Galli hinweisen. Diese haben in den letzten Monaten ein informelles Bündnis zur Modernisierung von Strafsystem und Gefängniswesen gebildet. Dabei geht es nicht um die Bekämpfung und Abschaffung von Herrschaft, sondern um ihre Transformation und Optimierung. Galli und gewisse Leute aus der Linkspartei setzten sich unter anderem für die elektronische Fußfessel ein, also für die weitere Diffusion der Disziplinar- und Kontrollmechanismen aus dem Knast in die Gesellschaft.

Unsere Solidarität gilt weiterhin den US-amerikanischen Gefangenen, die für den 9. September 2016, 45 Jahre nach dem Beginn der großen Häftlingsrevolte von Attica, zu einem USA-weiten Streik- und Aktionstag gegen die Gefängnis-Sklaverei aufgerufen haben. Dieser wird wohl der größte Gefangenen-Streik in der Geschichte des US-amerikanischen gefängnis-industriellen Komplexes werden. Er wird unter anderem durch unsere Genoss\_innen der amerikanischen ABCs und des Organisationskomitees der inhaftierten Arbeiter\_innen der revolutionären Gewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW) unterstützt. In Deutschland hat die GG/BO für den 9. September zu einer [Solidaritätskundgebung](#) vor dem US-amerikanischen Generalkonsulat in Leipzig aufgerufen. Wir unterstützen hiermit den Aufruf.

### **Was ist das Anarchistische Schwarze Kreuz?**

Das Anarchistische Schwarze Kreuz ist Anfang des 20. Jh.s im vorrevolutionären Russland noch noch unter dem Namen Anarchistisches Rotes Kreuz als Antirepressions- und Gefangenen-solidaritätsorganisation der anarchischen Bewegung entstanden. Das war nötig, weil damalige Hilfsorganisationen, wie das von Sozialdemokrat\_innen kontrollierte Politische Rote Kreuz, Anarchist\_innen die Unterstützung verweigerten. Während der russischen Revolution und innerhalb der südkrainischen bäuerlich-anarchistischen Aufstandsbewegung Nestor Machnos wurde das Anarchistische Rote Kreuz in Anarchistisches Schwarzes Kreuz

umbenannt und übernahm die medizinische Versorgung und den bewaffneten Selbstschutz. Mit der kassierten russischen Revolution und im Verlauf des Ausbaus der staatskapitalistischen Sowjet-Diktatur durch die Bolschewist\_innen wurden die Anarchistischen Schwarzen Kreuze wie auch die anarchistische Bewegung generell zerschlagen.

Bezugnehmend auf das historische Anarchistische Schwarze Kreuz gründeten englische Anarchist\_innen, unter anderem Stuart Christie und Albert Metzler, Ende der 1960er Jahre das Anarchist Black Cross mit dem Ziel, durch das Franco-Regime inhaftierte oder exilierte spanische Anarchist\_innen zu unterstützen. Seitdem hat es sich vor allem in Nordamerika und Westeuropa, nach 1990 auch in Osteuropa verbreitet.

In Deutschland gab es lange Jahre die Berliner ABC-Gruppe. Seit 2015 ist sie inaktiv. Dafür wurden 2015 und 2016 Anarchistische Schwarze Kreuze im [Rheinland](#), [Dresden](#) und [Jena](#) aufgebaut. Sie bieten eine anarchistische Alternative zur bürokratischen und einheitslinken Roten Hilfe e.V. Der Hauptarbeitsschwerpunkt dieser drei ABC-Gruppen besteht momentan in einer Art informeller Arbeitsteilung mit der Roten Hilfe e.V. in der Gefangenensolidarität. Die Gründung und Vernetzung weiterer ABC-Gruppen sehen wir als wichtigen Bestandteil des Bruchs mit der autoritären und Staatslinken und des Aufbauprozesses eigener anarchistischer Bewegungsstrukturen in Deutschland.

### **Worum geht's bei der Soli-Woche?**

2013 beschlossen ABC-Gruppen aus verschiedenen Ländern gemeinsam, die internationale Solidaritäts-Woche für inhaftierte Anarchist\_innen einzuführen, um so auf die Repression gegen unsere Bewegung hinzuweisen, die Solidarität mit den Verfolgten und Gefangenen zu stärken und das Wissen um Kämpfe und Repression in anderen Ländern zu verbreitern.

Als Beginn der Soli-Woche wählten sie den 23. August. Am 23. 1927 nämlich waren Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti, beides aufständische Anarchisten und italienische migrantische Arbeiter in den USA, vom Staat nach einem mehrjährigen Schauprozess und entgegen dem Widerstand einer weltweiten Solidaritätsbewegung hingerichtet worden.

Seit 2013 organisieren ABC-Gruppen jährlich Veranstaltungen und Aktionen anlässlich der Soli-Woche. Als Anarchistisches Schwarzes Kreuz Jena gibt es uns erst seit kurzem. Dennoch wollen wir mit diesem Text zumindest einen kleinen Beitrag zur Woche, zur gefangenensolidarischen Bewegung und dem Kampf gegen Knast und Ausbeutung leisten.

## **Vereint gegen die Knast-Sklaverei! Solidarität mit dem Gefangenewiderstand in den USA!**

Quelle: <http://ggbo.de/vereint-gegen-die-knast-sklaverei-solidaritaet-mit-dem-gefangenenwiderstand-in-den-usa/>

Aufruf der Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO) zu Solidaritätskundgebungen anlässlich des Streik- und Aktionstags der US-amerikanischen Gefangenen am 9. September:

Leipzig: 9. September 2016, 16h – Amerikanisches Generalkonsulat, Simsonplatz / Wilhelm-Seyfferth-Straße ([Google Map](#))

weitere [Termine](#) folgen...

### **Zunehmende Gefangenekämpfe in den USA**

In den letzten 6 Jahren hat eine Reihe massenhafter Kämpfe von Gefangenen gegen das Knastsystem und die Gefängnis-Sklaverei in den USA stattgefunden. Die bekanntesten dieser Kämpfe waren: 2010 haben Tausende inhaftierte Arbeiter\*innen in mindestens sechs Haftanstalten in Georgia einen landesweiten Knaststreik für bessere Lebensbedingungen und Entlohnung für die Knastarbeit organisiert.

In der Folge gab es Proteste in Gefängnissen in Illinois, Virginia, North Carolina und Washington. 2013 kam es in den Knästen von California zur bisher größten Hungerstreikbewegung in der Geschichte der US-amerikanischen Gefangenekämpfe. Am ersten Tag des 60 tägigen Massenhungersteiks gegen die Isolationshaft beteiligten sich 30.000 Gefangene.

Seit Frühjahr dieses Jahres haben wilde Streiks das Knastsystem von Texas und Alabama erfasst, während es in Holman/Alabama im März zu einer Knastrevolte kam, in deren Verlauf die Gefangenen ganze Trakte übernahmen, einen Wärter und den Gefängnisdirektor erstachen.

### **Der Streik- und Aktionstag am 9. September 2016**

Aus dieser Dynamik heraus brachten inhaftierte Arbeiter\*innen aus verschiedenen Haftanstalten der USA am 1. April 2016 einen Aufruf zu einem USA-weiten Knaststreik für den 9. September heraus. Der 9. September ist nämlich der 45-jährige Jahrestag des

Aufstands von Attica. Am 9. September 1971 hatten 1200 Häftlinge im Gefängnis von Attica einen Aufstand gestartet und die Kontrolle über das Gefängnis erlangt. Vier Tage später stürmten 500 State Troopers den Knast, schlugen den Aufstand nieder und richteten ein Massaker an: 32 Gefangene wurden erschossen, 10 Geiseln kamen um und 83 Gefangene wurden schwer verletzt.

Auch zum Aktions- und Streiktag am 9. September 2016 ist mit Repression zu rechnen. Die rebellischen Häftlinge sind auf unsere Solidarität angewiesen. In ihrem Aufruf heißt es: „Wenn wir uns gegen die Herrschendenauflehnen, werden sie zurückschlagen und der einzige Schutz, den wir haben, ist die Solidarität von draußen.“ Deswegen haben wir als GG/BO für den 9. September Solidaritätskundgebungen organisiert.

Die Gefangenenbewegung in den USA und der Streik- und Aktionstag am 9. September werden von zahlreichen Solidaritätsgruppen, Anti-Knast-Gruppen, den ABCs und Community-Initiativen sowie von der revolutionären Basisgewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW) unterstützt. Die IWW hat eine eigene Gefangenen-Sektion, das Incarcerated Workers Organizing Committee (IWOC), Organisationskomitee der Inhaftierten Arbeiter\*innen, mit über 800 Mitgliedern. Wir schicken kämpferische Grüße und Kraft für die kommenden Streik an unsere Schwestergewerkschaft!

### **Die Fortsetzung der Sklaverei im gefängnis-industriellen Komplex der USA**

Seit den 1970er Jahren wurde in den USA über den Neubau unzähliger Gefängnisse, die pauschale Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen und ihre Masseninhaftierung ein gigantischer gefängnis-industrieller Komplex aufgebaut. Heute befinden sich 2 bis 2,5 Millionen Gefangene in den Haftanstalten der USA. Damit ist dauerhaft ein Prozent der Gesamtbevölkerung inhaftiert. Die Gefangenen werden als billige oder kostenlose Sklavenarbeiter\*innen vom Staat und der Privatwirtschaft ausgebeutet. Der überwiegende Teil der Gefangenen gehören dem schwarzen oder migrantischen Proletariat der USA an. Damit stellt der gefängnis-industrielle Komplex der USA die Fortsetzung der Sklaverei dar. Als mit dem 13. Zusatzartikel zur Verfassung 1865 die Sklaverei in den USA abgeschafft wurde, wurde sich eine Lücke offengehalten: „Weder Sklaverei noch Zwangsdienstbarkeit darf, außer als Strafe für ein Verbrechen, dessen die betreffende Person in einem ordentlichen Verfahren für schuldig befunden worden ist, in den Vereinigten Staaten oder in irgendeinem Gebiet unter ihrer Gesetzeshoheit bestehen.“ Den Platz der schwarzen Sklav\*innen haben heute schwarze und Latino-Knast-Sklav\*innen eingenommen. Mit ihren Massenhungerstreiks, den wilden Streiks und dem Aufruf für den 9. September üben sie nun den Aufstand.

Eine andere zentrale Institution des US-amerikanischen Rassismus stellt der massenhafte ungeahndete Mord an Schwarzen durch Polizeibeamte dar. Auch hiergegen hat sich in den letzten Jahren eine Bewegung gebildet, deren Kämpfe von bewaffneten Aufständen wie in Ferguson bis hin zu breiten öffentlichkeitswirksamen Kampagnen wie der „Black Lives Matter“-Kampagne reichen. In ihrem Aufruf solidarisieren sich die Gefangenen mit dieser Bewegung.

### **Die Gefangenen-Gewerkschaft in Deutschland**

Seit den 1990er Jahren formiert sich auch in der BRD ein gefängnis-industrieller Komplex nach dem Vorbild der USA. Mittlerweile gibt es 4 (teil)privatisierte Haftanstalten und von den insgesamt 65.000 Gefangenen werden ca. 45.000 in staatlichen oder privatwirtschaftlichen Betrieben ausgebeutet. Seit 2014 formiert sich mit der Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO) eine Gefangenenbewegung, die mit ihren drei Kernforderungen nach Mindestlohn, Sozialversicherung und Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern versucht, der extremen Abwertung und Ausbeutung der inhaftierten Arbeitskraft etwas entgegenzusetzen. Im letzten Jahr haben zahlreiche Kämpfe stattgefunden, an denen die GG/BO beteiligt war: der Hungerstreik in der JVA Butzbach vom Dezember 2015, der Hungerstreik in der österreichischen JA Graz-Karlau vom Januar 2016 und zuletzt der Hungerstreik in der JVA Würzburg vom Juli 2016.

Das Grundprinzip der GG/BO besteht in der Solidarität und dem gemeinsamen Kampf – sowohl unter den Gefangenen selbst als auch zwischen den inhaftierten Gewerkschafter\*innen und ihren Kolleg\*innen aus den Soli-Gruppen, aber eben auch zwischen den Gefangenenbewegungen der verschiedenen Länder. 2015 wurde von Gefangenen in der JA Graz-Karlau eine GG/BO-Sektion in Österreich aufgebaut. Mit den Solidaritätskundgebungen vor den US-amerikanischen Vertretungen in Berlin und Leipzig gehen wir nun den nächsten Schritt und unterstützen die Gefangenen in den USA in ihrem Kampf gegen die Knast-Sklaverei.

[Leipzig](#), 09. August 2016

## **Humaner Strafvollzug setzt stärkere Rechte für Inhaftierte voraus**

Quelle: <http://tp-presseagentur.de/humaner-strafovollzug-setzt-staerkere-rechte-fuer-inhaftierte-voraus/>

2. September 2016

Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO) erhält Fritz-Bauer-Preis 2016

Die Humanistische Union verleiht ihren diesjährigen Fritz-Bauer-Preis an die Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO). Sie würdigt damit deren Bemühungen um angemessene Standards der Gefangenenarbeit. Die Organisation setzt sich für die Anwendung des gesetzlichen Mindestlohns auf arbeitende Gefangene, für deren Teilnahme an der gesetzlichen Sozialversicherung und die volle Gewerkschaftsfreiheit für Gefangene ein. Sie wurde im Mai 2014 von Oliver Rast und Mehmet Sadik Aykol gegründet. Gegen große Widerstände in den Justizvollzugsanstalten versuchen die Initiatoren, die kollektiven Arbeitnehmerrechte der derzeit ca. 45.000 inhaftierten Beschäftigten in Deutschland zu stärken.

Der Berliner Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) bezeichnete die Forderungen der GG/BO öffentlich sogar als „sozialpolitischen Nonsens“. Das sahen die Initiatoren und ihre Unterstützer anders und setzen sich bis heute weiter für ihre Ziele ein.

Werner Koep-Kerstin, der Vorsitzende der Humanistischen Union, begründet die Entscheidung: „Es gehört seit Jahrzehnten zu den selbstgesteckten Zielen des Gesetzgebers, dass das Leben im Vollzug den Lebensbedingungen in der Freiheit so weit als möglich anzugleichen sei. Davon sind wir in Deutschland weit entfernt. Sowohl die dürftige Entlohnung (weit unterhalb des Mindestlohns), wie auch die fehlenden Beiträge zur Rentenversicherung stellen für die inhaftierten Arbeiter/innen eine doppelte Bestrafung dar. Es sind Bausteine für ihren Weg in die Altersarmut. Es gibt keine vernünftige Begründung, warum das so sein muss – außer der, dass sich an Gefangenen leicht sparen lässt, weil sie keine Lobby in der Öffentlichkeit haben.“ Mit der Vergabe des Fritz-Bauer-Preises erneuert die Humanistische Union ihre Aufforderung an die Justizminister der Länder, die im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Rentenversicherungspflicht eingesetzt haben: „Die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherungspflicht darf nicht weiter aufgeschoben werden“, so Koep-Kerstin. „Die seit 1976 bestehenden Vorgaben des Strafvollzugsgesetzes sind endlich umzusetzen.“

Die Preisverleihung findet am Samstag, dem 17. September 2016 um 19.00 Uhr in Hannover statt. Der Preis wird vom Sprecher der Gewerkschaftsinitiative, Oliver Rast, entgegengenommen. Die Laudatio hält die Strafrechtlerin und Kriminologin Prof. Dr. Kirstin Drenkhahn von der Freien Universität Berlin. Prof. Johannes Fest, der langjährige Leiter des Bremer Strafvollzugsarchivs, erinnert an die bürgerrechtliche Kritik des Strafvollzugs.

Der Fritz-Bauer-Preis ist die höchste Auszeichnung der Humanistischen Union. Der ideelle Preis wird im Gedenken an Dr. Fritz Bauer, den 1968 verstorbenen hessischen Generalstaatsanwalt und Mitbegründer der Humanistischen Union verliehen. Der Preis wurde von der Humanistischen Union im Juli 1968, zwei Wochen nach dem Tod Fritz Bauers, gestiftet. Er wird derzeit alle zwei Jahre vergeben.

Mit der diesjährigen Verleihung kehrt der Fritz-Bauer-Preis zu seinen Wurzeln zurück: Bereits die erste Vergabe des Preises 1969 an Helga Einsele war ein Signal für den dringenden Reformbedarf im Strafvollzug. Die damalige Begründung der Preisvergabe ist heute immer noch gültig: „Die HU wollte mit dieser ... Vergabe des Fritz-Bauer-Preises zugleich die Öffentlichkeit aufmerksam machen auf die Dringlichkeit gerade der Reform des Strafvollzugswesens, das von der Gesellschaft und ihren Institutionen weitgehend noch stiefmütterlich vernachlässigt wird.“

HU/tp

Festakt zur Verleihung des Fritz-Bauer-Preises 2016

an die Gefangenen-Gewerkschaft / Bundesweite Organisation

Wann: Samstag, 17. September 2016 ab 19 Uhr

Wo: Künstlerhaus Hannover – Maestrosaal, Sophienstr. 2, 30159 Hannover

Der Eintritt ist frei.

## (6) Suizide und Todesfälle

„Suizide und Todesfälle“ sind wirklich kein schönes Thema. Dennoch finden wir es wichtig, diese Fälle zu dokumentieren, um aufzuzeigen, wie systematisch der Knast die Häftlinge aufgrund medizinischer Unterversorgung und psychischer Folter in den Tod treibt. Keiner wird vergessen!

### **Gefangener begeht Selbstmord in der JVA Cottbus-Dissenchen**

Quelle: <http://www.niederlausitz-aktuell.de/cottbus/item/61171-gefangener-begeht-selbstmord-in-der-jva-cottbus-dissenchen.html>

6. Mai 2016

Ein 27-jähriger Untersuchungsgefangener der Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen ist an den Folgen eines am 28. April 2016 unternommenen Suizidversuchs am 30. April 2016 im Krankenhaus verstorben. Der Gefangene befand sich seit dem 14. April 2016 wegen des Verdachts der Hehlerei in Untersuchungshaft. Er hatte sich in seinem Haftraum stranguliert, konnte jedoch zunächst reanimiert werden. Der Polizei, welche die Ermittlungen aufgenommen hat, liegen nach derzeitigen Erkenntnissen keine Hinweise auf ein Fremdverschulden vor.

Info zur JVA (laut Wikipedia): Die Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen (abgekürzt JVA Cottbus-Dissenchen) ist eine Justizvollzugsanstalt des Landes Brandenburg in Cottbus. In dem Gefängnis sind männliche erwachsene sowie jugendliche und heranwachsende Straftäter untergebracht. Seit 2002 ersetzt sie die ehemalige JVA Cottbus die an der Bautzener Straße lag und jetzt eine Gedenkstätte ist. In der JVA Cottbus-Dissenchen verbüßen männliche erwachsene Strafgefangene im geschlossenen und offenen Vollzug Freiheitsstrafen. Des Weiteren sitzen jugendliche und heranwachsende Verurteilte ein. Außerdem werden hier die Untersuchungshäftlinge des Landgerichtsbezirkes Cottbus untergebracht. Es existieren derzeit 552 Haftplätze im geschlossenen (116 für Untersuchungshaft, 436 für Strafhaft) und 48 im offenen Vollzug.

### **JVA Geldern: 44-jähriger Inhaftierter begeht Selbstmord**

Quelle: <https://www.nno.de/2016/05/jva-geldern-44-jaehriger-inhaftierter-begeht-selbstmord/>

31. Mai 2016

GELDERN. Am heutigen Morgen, 31. Mai, wurde in der JVA Geldern bei der Frühstücksausgabe ein Gefangener durch die Abteilungsbeamten tot aufgefunden. Der Gefangene hatte sich mittels eines Gürtels am Heizkörper stranguliert. Trotz sofort durchgeführter medizinischer Notmaßnahmen konnte der herbeigerufene Notarzt nur noch den Tod des Gefangenen feststellen. Der 44-jährige Deutsche befand sich seit Januar 2015 in Haft und hatte mehrere kurze Freiheitsstrafen wegen Beleidigung, Erschleichen von Leistungen bis Juni des nächsten Jahres zu verbüßen. Er galt als sehr ruhiger und zurückhaltender Mensch, der nur über wenige Außenkontakte verfügte. Anzeichen für eine Selbstmordgefährdung gab es nicht. Durch die Staatsanwaltschaft Kleve wurde, wie in derartigen Fällen üblich, die Obduktion angeordnet.

### **Wieder Suizid im Wuppertaler Jugendgefängnis**

Quelle: <http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/suizid-jva-wuppertal-ronsdorf-100.html>

13. Juni 2016

In der Justizvollzugsanstalt in Wuppertal-Ronsdorf hat sich ein Gefangener das Leben genommen. Erst im April gab es einen spektakulären Suizid in der JVA: Eine Mitarbeiterin tötete sich selbst.

Ein 17-jähriger Häftling aus Köln, der am vergangenen Donnerstag wegen Diebstahls und schwerer Körperverletzung verhaftet worden war, hat sich am Samstagnachmittag (11.06.2016) in seiner Zelle erhängt. Die Anstaltsleitung glaubt an eine spontane Verzweiflungstat.

#### *Gespräch kurz vor der Tat*

Nur eine Viertelstunde vor seinem Selbstmord hatte der junge Mann im Gespräch mit einer JVA-Beamtin ganz normal gewirkt. Getötet hat er sich offenbar mit einem Bettlaken. JVA-Leiterin Katja Grafweg berichtet, die betreuende Bedienstete habe sich am Samstag noch kurz vor der Tat mit dem jungen Mann unterhalten; er sei auch in der Freistunde bei einem Treffen gewesen.



### *Suizid trotz intensiver Kontrollen*

Nach Angaben eines Sprechers des Justizministeriums war die JVA über eine mögliche Selbstmordgefährdung des 17-Jährigen informiert. Entsprechend wurde er von einem Arzt intensiv untersucht und alle 10 bis 15 Minuten kontrolliert. Trotz dieser kurzen Zeitspanne konnte er sich selbst töten.

Der Sprecher betonte, in Ronsdorf gebe es nicht mehr Selbstmorde als in vergleichbaren Justizvollzugsanstalten. Erst im April hatte sich eine Mitarbeiterin der JVA-Ronsdorf in der Justizvollzugsanstalt ebenfalls das Leben genommen.

## **Erneut Selbstmord in der JVA Ronsdorf**

Quelle: <http://www.wuppertaler-rundschau.de/lokales/erneut-selbstmord-in-der-jva-ronsdorf-aid-1.6044054>

13. Juni 2016

Wuppertal. In der Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Ronsdorf hat sich ein 17-jähriger Gefangener am Samstagnachmittag (11. Juni 2016) in seiner Zelle das Leben genommen.

Das hat die Gefängnisleitung am Montagmittag bekannt gegeben. Der Untersuchungsgefangene war demnach am Donnerstag in Köln festgenommen worden und befand sich seit Freitag in der JVA. Er saß wegen schwerer Körperverletzung und Diebstahls ein. Der Jugendliche wurde nach Angaben der Justizbehörden alle zehn bis 15 Minuten kontrolliert, weil er als suizidgefährdet galt. Dennoch gelang es ihm, sich mit einem Bettlaken zu erdrosseln.

Die Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal hat die Ermittlungen aufgenommen. Die Angehörigen wurden von der Polizei unterrichtet.

In der 2011 eröffneten JVA gab es bereits mehrere Suizide. Allein 2016 beendeten drei Menschen dort ihr Leben - zwei Inhaftierte und eine Angestellte. Die Leitung war zwischenzeitlich ausgewechselt worden.

## **Offener Brief : Für den verstorbenen Gefangenen in Wuppertal-Ronsdorf**

Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/182209>

Verfasst von: Andre Moussa. Verfasst am: 16.06.2016

Wuppertal, der 14.06.2016 - Am Samstag, den 11. Juni 2016 hat sich erneut ein junger Mensch gerade 17 Jahre jung aus dem Leben verabschiedet! Die Anstaltsleitung und ihre Beamten haben es wieder einmal geschafft(!) das ein junger Mensch nun tot ist! Da dies nun mittlerweile nur in NRW der 12. Fall ist haben wir hier gegen Anstaltsleitung und den zuständigen Überwachern eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal erhoben!

Wir sehen nicht mehr tatenlos zu das ein Mensch einer nach dem anderen so verschwindet ohne das ihnen gedacht wird, ohne das ermittelt wird! Denn ich fordere schon lange die Einführung des Nothilfetelefon auf den Zellen, was sofort umsetzbar ist, da es schon das so genannte „Multimediasystem“ gibt ,in Hessen und vielen anderen Bundesländern. Hern Kutschaty Justizminister des Landes NRW fordern wir sofort auf dieses System besonders auch in den Jugendhaftanstalten einzubauen! Denn wie viele Menschen brauchen sie noch, um zu reagieren! Wie viele Menschen braucht es um die Politik der Einarztspolitik endlich einzustellen! Wir sagen Ihnen ES REICHT! Wir fordern Ihr sofortiges Handeln und die Einführung des Nothilfetelefon!!! Stellen Sie sich der Öffentlichkeit und sagen Sie was es für Hilfsangebote derzeit gibt, sagen sie, wenn man sich meldet mit Suizidgedanken- wo dann der Gefangene hingehet....

In den BGH besonders-gesicherten Hafttraum- die selbst von der nationalen Stelle zur Verhütung von Folter als menschenunwürdig ausgelegt wird! Was sie auch ist, da Mensch komplett von der Außenwelt ausgeschlossen ist! Mit einem Loch in Boden als Toilette.... Nein das ist keine Lösung für einen Mensch der nach Hilfe schreit! Daher ist nun der Punkt erreicht wo sie handeln müssen, und wir sie dazu auffordern, das Multimediasystem in jeder Zelle einzubauen, damit die Gefangenen auch dem Gesetz entsprechen wie es dort steht! Schädliche Folgen des Freiheitsentzuges sind entgegenzuwirken, das Leben des Gefangenen ist dem Leben der Freiheit soweit als möglich gleichgestellt! Nur so nicht! Es beweist doch das diese Art der Haft, besonders in der Uhaft, wo wir mitunter 23 Std. Tag für Tag eingeschlossen sind..das dies nicht sein darf und es auch dem Gesetz widerspricht!

Daher mochten wir euch alle aufrufen, solidarisiert euch mit uns zum Gedenken der Opfer, zum Gedenken der Familie und ihrer Angehörigen denn auch was er getan hat um das dieser junge Mensch von gerade einmal 17 Jahren sich aus dem Leben verabschiedet hat, hat niemand das Recht ihn anzuklagen, denn er hat seine Strafe an sich gerichtet! Wir vom Knastschadenkollektiv wollen ihm gedenken und ich rufe euch auf für Unterstützung und Solidarität, das wir alle gemeinsam am 18. Oktober 2016 vor dem Justizministerium-NRW/Düsseldorf stehen und vor allem nehmt Kontakt mit uns auf..

Mit solidarischen grüßen! Und im Gedenken für dich...mögest du deinen Frieden nun gefunden haben und die Schuldigen ihre Strafe erhalten..

Andre Borris Moussa Schmitz, Simonshöfchen 26-JVA-42327 Wuppertal

Willkommen jede Briefmarke

## **JVA Gießen: Selbstmord vor laufender Kamera**

Quelle: [http://www.giessener-allgemeine.de/Home/Kreis/Staedte-und-Gemeinden/Bad-Nauheim/Artikel,-JVA-Giessen-Selbstmord-vor-laufender-Kamera-\\_arid,651321\\_regid,1\\_puid,1\\_pageid,75.html](http://www.giessener-allgemeine.de/Home/Kreis/Staedte-und-Gemeinden/Bad-Nauheim/Artikel,-JVA-Giessen-Selbstmord-vor-laufender-Kamera-_arid,651321_regid,1_puid,1_pageid,75.html)  
22. Juni 2016

Butzbach/Bad Nauheim/Gießen (agl). Nach dem Selbstmord des Mörders von Michaela H. hat die Staatsanwaltschaft im Gespräch mit der GAZ Details zum Suizid bekanntgegeben.

40 Tage nach dem Mord an Michaela H. aus Wisselsheim hat sich der Täter am Samstagabend in der Justizvollzugsanstalt Gießen in seiner Zelle umgebracht.

Der Beschuldigte soll am 8. April seine Freundin in seiner Butzbacher Wohnung erschossen haben. Der Mann gestand diese Tat. Die Leiche wurde auf dem Grundstück der Mutter des Beschuldigten in Rheinbach (Nordrhein-Westfalen) gefunden, wobei Bild und Express berichtet hatten, die Leiche sei zerstückelt und der Kopf an anderer Stelle gefunden worden.

Gegen den 50-jährigen Butzbacher wurde am 2. Juni Haftbefehl wegen Mordverdachts erlassen. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, habe er sich »bislang kooperativ und geständig« gezeigt.

Am Samstag nahm sich der Mann nun in seiner Zelle das Leben, während diese mit einer Kamera überwacht wurde, wie Thomas Hauburger, Sprecher der Staatsanwaltschaft Gießen, am Dienstag gegenüber der GAZ erläuterte. Der Suizid sei sofort bemerkt worden, und man habe versucht, den Mann zu retten, was aber nicht mehr gelungen sei. Ein Abschiedsbrief wurde gefunden.

Der Grad der Überwachung unterscheide sich abhängig davon, wie selbstgefährdend ein Gefangener eingeschätzt werde, sagte Hauburger. So gebe es Zellen, die nicht überwacht würden, bei denen es lediglich routinemäßige Kontrollen gebe. Die nächste Stufe seien Räume, in denen sich Kameras befänden, aber keine zusätzlichen Maßnahmen getroffen würden.

Schließlich gebe es den »besonders gesicherten Haftraum«, der aber einen »unfassbaren Eingriff« bedeute, der nur über wenige Stunden rechtlich möglich sei. Dort gebe es »keine Ecke, wo man sich verletzen kann«, rund um die Uhr sitze jemand dabei. Für eine Unterbringung dieser Art habe im Fall des Butzbachers »keine Indikation« bestanden, erläuterte Hauburger, der den Gefangenen als verhaltensunauffällig bezeichnete. Man habe ihn aber mehr als andere Gefangene im Auge behalten.

»In der Zelle findet ein Gefangener immer Wege sich zu töten, wenn er es machen will«, sagte Staatsanwalt Hauburger. Es sei aber kein Gegenstand in die Zelle geschmuggelt worden, mit dem sich der Butzbacher umgebracht hätte.

Das Verfahren wegen des Mordes an der Wisselsheimerin Michaela H. müsse eingestellt werden, informierte Hauburger. Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis gebe es keine Zweifel daran, dass der 50-jährige Butzbacher für den Mord verantwortlich sei. Es hätten sich außerdem keine Widersprüche und keine Hinweise auf eine Drittbeteiligung ergeben.

## **Erneut Sicherungsverwahrter gestorben!**

Verfasst von: Thomas Meyer-Falk. Verfasst am: 29.07.2016  
Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/186252>

In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen berichte ich über Tod und Sterben in der Sicherungsverwahrung. Heute ist vom Tod des Herrn W. Kenntnis zu geben.

## Die Sicherungsverwahrung

Eingeführt mit Gesetz vom 24. November 1933 erlaubt es die Wegsperrung von Menschen auch nach Verbüßung ihrer Freiheitsstrafe – und zwar bis zum finalen Ende, d.h. dem Tod. Nach mehreren Reformen der Jahre 1998, bzw. 2013, soll – zumindest der Theorie nach – heute nur in Sicherungsverwahrung sitzen, von dem eine akute und hohe Gefahr der Begehung schwerster Sexual- oder Gewalttaten ausgeht. Über 10 Jahre hinaus soll die Sicherungsverwahrung die absolute Ausnahme bleiben.

Herr W.

Mit seinen 72 Jahren verbrachte er fast sein gesamtes Leben in (geschlossenen) Einrichtungen. Über Kinderheime, Jugendstrafanstalten, Zuchthäusern, Psychiatrien, bis hin in die Freiburger Sicherungsverwahrung. Nicht nur dort werden die SV-Abteilungen „Totenstationen“ genannt, denn die, die dort leben, sterben dort mit höherer Wahrscheinlichkeit, als dass sie auf freien Fuß gesetzt werden. Aber auch deshalb, weil sich die Bewohner mitunter als „lebende Tote“ sehen. Die Todesstrafe sei abgeschafft heißt es, jedoch lediglich auf den Tod warten zu müssen, bedeutet nichts anderes, als ein lebender Toter zu sein (so wie in den USA die Todeskandidaten „Dead man“ genannt werden).

Nun soll keinesfalls bagatellisiert werden, was Herr W. zu Lebzeiten verbrochen hat. Mehrfache, schwere Gewalt- und Sexualdelikte, darunter auch einen Mord. Er wurde jedoch nicht zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, sondern einer zeitlich befristeten, mit anschließender Unterbringung in der Sicherungsverwahrung. Am 6.3.2016 hatte er zehn Jahre in der SV zugebracht.

Der Hoffnungsschimmer für Herrn W.

Herr W. klammerte sich an die Hoffnung, im März 2016 frei zu kommen, denn dann wären 10 Jahre Unterbringung in der SV vollstreckt. Als er am 16.12.1992 verurteilt wurde, galt nämlich die Befristung von 10 Jahren. D.h. nach Haftstrafe und anschließend 10 Jahren SV wäre er zwingend frei zu lassen gewesen.

Allerdings änderte der Bundestag 1998 die Gesetze und verlängerte (rückwirkend) die Unterbringungsdauer auf faktisch „lebenslänglich“. Dies beanstandete 2009 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Mit dem im Sommer 2013 in Kraft getretenen Gesetzespaket justierte der Bundestag nach, und im Januar 2016 billigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese Neuregelungen, die insbesondere bessere Haftbedingungen und mehr „Therapieangebote“ vorsahen.

Herr W. verliert die Hoffnung

Der psychiatrische Sachverständige Dr. D. attestierte eine schwere dissoziale Persönlichkeitsstörung; aus gutachterlicher Sicht lagen aktuelle und dringende Hinweise darauf vor, dass Herr W. eine „hochgradige Gefahr“ darstelle. Nachdem das Landgericht Freiburg diesem Diktum folgte, konnte man beobachten, wie Herr W. zerfiel, ja zerbrach. Nun ist das so eine Sache mit den Gutachtern und deren Gutachten. Anfang Juli 2016 berichtete „Der Tagesspiegel“ (5.7.2016, Seite 3) ausführlich darüber, wie sich die attestierte „Gefährlichkeit“ für ein Dutzend Berliner Häftlinge, die 2009 in Folge der oben erwähnten Entscheidung des EGMR auf freien Fuß gesetzt wurden, in Nichts auflöste. Allen war eine ebenso schwere Störung wie Herrn W. attestiert worden, eine ebenso hochgradige Gefährlichkeit. Einer des Dutzend stahl eine Geldtasche und schlug zu, vier starben, die anderen würden auch jetzt, nach fünf Jahren, ein sozial unauffälliges Leben führen.

Allerdings ziehen die Sachverständigen aus diesen ganz lebenspraktischen Erfahrungen mit der mangelnden Zuverlässigkeit ihrer Gutachten keine für die Insassen positiven Konsequenzen; nach wie vor wird verwahrt – wenn es sein muss, bis zum Tod.

Herr W. ist todkrank

Erst brach sich Herr W., schon ziemlich tattrig, einen Arm, als er bei einer von Wärtern bewachten Ausführung stürzte. Als dann Krebs diagnostiziert wurde, weigerte er sich, eine Chemotherapie zuzulassen. Im Freiburger Krankenhaus stürzte er erneut, brach sich Arm und Hüfte und wurde ins Gefängnis-Krankenhaus bei Stuttgart verlegt.

Von dort erreichte die Insassen der Freiburger SV die Nachricht, dass Herr W. am 8. Juli 2016 verstorben sei.

Die Gedenkveranstaltung

Am 20. Juli 2016 fanden sich 12 Sicherungsverwahrte, sowie einige VollzugsbeamtenInnen, darunter Sozialoberinspektor G., Frau Dr. S. und Frau Dipl.Psych. W. im Andachtsraum ein. Der evangelische Gefängnisseelsorger hielt eine 40minütige Andacht. Einige Sicherungsverwahrte sprachen im Rahmen der Andacht über ihre teils Jahrzehnte überdauernde Bekanntschaft mit Herrn W., sowie dessen emotionalen und körperlichen Verfall, als er erfuhr, man würde ihn nicht frei lassen. Friedrich Schmidt (Name geändert) sprach ganz offen seine eigenen Ängste an. Der „gnadenlose Umgang“ mit Herrn W. ängstige ihn, er rechne immer mehr damit, selbst hier sterben zu müssen.

#### Einordnung und Ausblick

Sicherlich, wer nur die Strafurteile von Herrn W. liest, der mag wenig Mitleid oder Mitgefühl mit ihm empfinden, wird vielleicht viel mehr an dessen Opfer und deren Hinterbliebenen denken wollen.

Aber was sagt es über eine Gesellschaft, die auf die – zugegeben – Gnadenlosigkeit eines Herrn W. mit nichts anderem als derselben Gnadenlosigkeit reagiert, mit nichts anderem als mit Rache? Oder um ganz legalistisch zu argumentieren: Die Justiz hatte ihm nur zeitlich befristete Strafen auferlegt, gerade keine lebenslange Freiheitsstrafe. Mit Verbüßen seiner Strafen hatte er die Taten zumindest rechtlich gesühnt, auch wenn die moralische Verantwortlichkeit und Schuld untilgbar sein mag. Die Zuverlässigkeit von psychiatrischen Sachverständigengutachten habe ich schon weiter oben thematisiert. Man hat also einen alten, gebrechlichen Mann auf Grundlage eines solchen Gutachtens seinen Lebensabend im Gefängnis verbringen lassen.

Und das ist das, was viele der Freiburger Bewohner der Sicherungsverwahranstalt, wie die der entsprechenden Einrichtungen in den übrigen 15 Bundesländern erwarten wird. Die Mehrzahl von den bundesweit circa 500 Verwahrten wird nie mehr die Chance erhalten, ein Leben vor den Mauern zu führen, die Verwahranstalten werden zu Lebensversicherungseinrichtungen, auf Hochglanz für die Presse poliert, damit Sozialoberinspektoren und Juristinnen und Juristen sich für ihre eigene (scheinbare) Menschlichkeit feiern lassen dürfen, angesichts der angeblich so famosen Vergünstigungen, die man diesen „Monstern“ gewährt.

Thomas Meyer-Falk, c/o JVA (SV), Hermann-Herder-Str. 8, D-79104 Freiburg

<https://freedomforthomas.wordpress.com>

## Häftling begeht Selbstmord in der JVA Cottbus-Dissenchen

Quelle: <http://www.niederlausitz-aktuell.de/cottbus/62912/haeftling-begeht-selbstmord-in-der-jva-cottbus-dissenchen.html>

9. August 2016

Ein 66-jähriger Strafgefangener, der eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßte, hat sich in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2016 im offenen Vollzug der Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen das Leben genommen. Er wurde stranguliert in seinem Haftraum aufgefunden.

Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Hinweise auf ein Fremdverschulden liegen nach ersten Erkenntnissen nicht vor.

## Familiendrama in Ravensburg Mutmaßlicher Mörder erhängt sich in JVA

Ein 53-Jähriger sitzt in Haft, weil er seine Ehefrau und zwei Stiefkinder getötet haben soll. Nun finden ihn seine Zellengenossen erhängt auf der Toilette. Die Behörden gehen von Selbstmord aus.

Quelle: <http://www.n-tv.de/panorama/Mutmasslicher-Moerder-erhaengt-sich-in-JVA-article18442916.html>

17. August 2016

Knapp sieben Wochen nach einer Familientragödie mit drei Toten in Ravensburg hat sich der mutmaßliche Täter das Leben genommen. Der 53-Jährige wurde von Mitgefangenen in seiner Zelle erhängt auf der Toilette der Justizvollzugsanstalt Hinzstobel in Ravensburg in Baden-Württemberg aufgefunden, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit. Der Notarzt habe nur noch den Tod des Mannes feststellen können.

Hinweise auf ein Verbrechen gebe es nicht, die Ermittler gehen nach der Obduktion der Leiche von einem Suizid aus, hieß es weiter. Demnach wurden mehrere Abschiedsbriefe gefunden.

Der 53-Jährige soll Anfang Juli in Ravensburg seine thailändische Ehefrau und die beiden 14 und 18 Jahre alten Stieftöchter mit einem Beil und einem Messer getötet haben. Nur die fünf Jahre alte gemeinsame Tochter des Paares überlebte die Tat. Der Mann saß seither in Untersuchungshaft. Er soll die Bluttat den Angaben zufolge bewusst geplant haben - womöglich, weil er die Trennung von

seiner Frau befürchtete.

### **Todesermittlungsverfahren eingeleitet**

Bereits Anfang Juli hatte die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass der 53-Jährige suizidgefährdet ist. In den Haftanstalten werden solche Gefangenen besonders behandelt, sagte der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Alexander Schmid, damals. "Er war in einer Gemeinschaftszelle untergebracht, damit er nicht allein ist", erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Die Toilette sei allerdings vor den Augen der Mithäftlinge abgeschirmt gewesen. "Es wird da durchaus eine Privatsphäre gewahrt."

Ein anderer Häftling habe den 53-Jährigen am Morgen aufgefunden, als er selbst zur Toilette wollte, diese aber sehr lange abgeriegelt war. Die Staatsanwaltschaft hat nach eigenen Angaben ein sogenanntes Todesermittlungsverfahren eingeleitet, das bei nicht-natürlichen Todesfällen eingesetzt wird.

## **Schon wieder Selbstmord hinter Gittern**

Quelle: <http://www.wochenblatt-online.de/de/lokales/detail-ravensburg/article/schon-wieder-selbstmord-hinter-gittern.html>

25. August 2016

Dienstagmorgen wurde in der Justizvollzugsanstalt Hinzistobel erneut ein Mann erhängt aufgefunden. Der Staatsanwalt geht von Selbstmord aus. Damit haben sich innerhalb einer Woche zwei Menschen in der Ravensburger JVA das Leben genommen.

Ravensburg – Der 46-Jährige war erst seit vergangenen Dienstag in Hinzistobel, um eine Ersatzfreiheitsstrafe von 41 Tagen abzusitzen. Die hatte er bekommen, weil er eine Geldstrafe für Körperverletzung nicht bezahlt hatte. Laut Anstaltsleiter Thomas Mönig lagen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass der Mann suizidgefährdet war.

Allerdings hatte sich der Wohnsitzlose, der gerade einen Alkoholzug im ZfP Bad Schussenried abgeschlossen und danach selbst in der JVA gemeldet hatte, anfangs auffällig benommen: Er verweigerte laut Mönig zeitweise die Nahrung und ließ sich auch nicht untersuchen. Außerdem bestand er auf Einzelunterbringung, auf die er ein Recht hatte.

Bei Haftantritt gab der 46-Jährige laut Anstaltsleiter Mönig an, zwei Bier getrunken sowie ein Neuroleptikum und eine Tablette Doxepin100 eingenommen zu haben. Dieses Mittel wird bei depressiven Erkrankungen und krankhaften Angstzuständen verordnet.

Als der Amtsarzt den Mann aber schließlich untersuchen konnte, stellte der keine Suizidgefahr fest, er wurde wunschgemäß in eine Einzelzelle verlegt. Dienstag gegen 7.40 Uhr in der Früh wurde der Mann dann erhängt gefunden. Für den Suizid hatte er seinen eigenen Gürtel verwendet – er trug noch seine Alltagskleidung, allerdings gehört laut Mönig auch zur Anstaltskleidung ein Gürtel. Dies ist der zweite Suizid in diesem Jahr in der Ravensburger JVA: Vergangenen Mittwoch hatte sich der Eschacher, der seine Frau und beide Stieftöchter getötet hat, ebenfalls in Hinzistobel erhängt.

Ist diese Häufung Zufall oder hat die Anstaltsleitung ihre Sorgfaltspflicht gegenüber den Gefangenen verletzt? Wir haben beim Justizministerium in Stuttgart nachgefragt. Pressesprecher Robin Schray erklärt: „Der im Ministerium der Justiz und für Europa zuständige Referent hat sich heute vor Ort ein Bild gemacht, bei dem sich keine Anhaltspunkte auf etwaige Versäumnisse ergaben.“ Und: „Letztlich können in einem verfassungskonform ausgestalteten Vollzug trotz aller getroffener Vorkehrungen freiverantwortliche Selbsttötungen nie vollständig ausgeschlossen werden.“ In diesem Jahr haben sich nach Angaben des Ministeriums in Baden-Württemberg damit neun Menschen in einer Haftanstalt das Leben genommen.

Infobox:

Die Zahl der Selbsttötungen im baden-württembergischen Justizvollzug bewegt sich bei langjähriger Betrachtung zwischen einem Fall und vierzehn Fällen im Jahr. Die Zahlen der vergangenen Jahre schwanken stark: 2011, 1 Fall; 2012, 9; 2013, 7; 2014, 6; 2015, 7.

Karin Boukaboub